"Zur Vermeidung ökonomischer Verluste und zur Erwirtschaftung zusätzlicher Devisen im Bereich Kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik"

D i s s e r t a t i o n

Eingereicht zur Erlangung des wissenschaftlichen Grades eines Dr. jur. an der Juristischen Hochschule Potsdam

vorgelegt: Genosse Alexander Schalck-Golodkowski

Genosse Heinz Volpert

Potsdam, im Mai 1970

Betreuer:

Generaloberst Mielke
Minister für Staatssicherheit

Oberstleutnant	Dr. Janzen
Major	Dr. Abisch

Gutachter:

Generalmajor	Mittig
Oberstleutnant	Dr. Janzen

Zur Vermeidung ökonomischer Verluste und zur Erwirtschaftung zusätzlicher Devisen im Bereich Kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik

Inhaltsverzeichnis

		Seite
	Vorbemerkungen	5
1.	Die Konzeption des westdeutschen Imperialismus zur Störung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR und zur Schädigung der Volkswirtschaft	9
1.1	Das strategische Ziel der imperialistischen Aggressionspolitik	10
1.2	Das System der wirtschaftlichen Störtatägkeit des westdeutschen Imperialismus gegen die Volkswirtschaft der DDR als eine der Hauptmethoden zur Realisierung seiner strategischen Zielstellung	18
1.3	Zu einigen spezifischen neuen Mitteln und Methoden der wirtschaftlichen Störtätigkeit	26
2.	Die Erschließung materieller Reserven für die Volkswirtschaft der DDR durch die Nutzung der ökonomischen Vorteile aus den Handelsbeziehungen mit Westdeutschland und Westberlin sowie durch die Aufdeckung und Beseitigung begünstigender Bedingungen der Störtätigkeit im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen	37
2.1	Analyse der schädigenden Auswirkungen auf die Volkswirtschaft der DDR durch die Störtätigkeit feindlicher Kräfte	38
2.2	Zu einigen Entwicklungstendenzen der Wirtschaftsbeziehungen der DDR zu Westdeutschland und Westberlin und die sich daraus ergebenden Vorteile für die DDR	43

Seite

2.3 Die stärkere Einbeziehung der Zollfahndung und der Zollermittlung in das System der Sicherung der Außenhandelsbeziehungen der DDR - die Möglichkeiten dieser Organe zur Aufdeckung begünstigender Bedingungen und Erscheinungsformen der wirtschaftlichen Störtätigkeit sowie zur Vermeidung von ökonomischen Verlusten 51

2.4 Die Möglichkeiten einer verstärkten Einbeziehung der Intercontrol GmbH und ihrer Beauftragten in die Bekämpfung der Störtätigkeit sowie zur Verminderung von Devisenverlusten 60

2.5 Die Nutzung der staatlichen Vertreterorganisation der DDR - Transinter - zur Zurückdrängung der Störtätigkeit im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu nichtsozialistischen Staaten und zur Erwirtschaftung von zusätzlichen Devisen 66

3. Zu einigen Möglichkeiten der Erwirtschaftung zusätzlicher Devisen durch die Nutzung des feindlichen Wirtschaftspotentials und den Aus- und Aufbau eigener abgedeckter Firmen im NSW 78

3.1 Politisch-ideologische Grundlagen des Klassenauftrages an die Außenwirtschaft zur Beschleunigung des Tempos bei der Erhöhung der Wirtschaftskraft der DDR 78

3.2 Die Realisierung von finanziellen Forderungen der DDR gegenüber Westdeutschland und Westberlin und die dabei gesammelten Erfahrungen 87

3.3 Die Nutzung des feindlichen Wirtschaftspotentials - besonders in Westberlin und Westdeutschland - zur Erhöhung des industriellen Wachstumstempos in der DDR 94

Seite

3.4 Rolle und Stellungen der internationalen Handelsfirmen Intrac und Zentralkommerz in der Volkswirtschaft der DDR - ihre Aufgaben und weitgehenden Möglichkeiten zur Erschließung und Erwirtschaftung Freier Devisen 112

3.5 Zur Gründung eigener abgedeckter Firmen bzw. Beteiligungen an bereits bestehenden Firmen im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet 118

Anlagen 136

Literaturverzeichnis 183

Vorbemerkung

In der vorliegenden Arbeit stellen sich die Verfasser das Ziel, ausgehend von der Forderung unserer Partei, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus umfassend zu gestalten, Vorschläge zu unterbreiten, um durch gezielte, offizielle und nichtoffizielle Maßnahmen zusätzliche Devisenquellen aufzudecken und Wege zu deren Nutzung sichtbar zu machen.

Die Verfasser gehen in ihrer Darlegung vom System der feindlichen Störtätigkeit auf dem Gebiet der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR und vom gegenwärtigen Stand der Nutzung volkswirtschaftlicher Reserven aus und unterbreiten in diesem Zusammenhang konkrete Vorschläge.

Im Mittelpunkt der Untersuchungen stehen Vorschläge für die Durchführung solcher Maßnahmen, wie:

- Die Zurückdrängung der kleineren, insbesondere der westdeutschen und Westberliner Produktions-, Handels- und Vertreterfirmen auf dem Gebiet des Ex- und Importes.
- Die Einschränkung der Geschäftsreisetätigkeit westlicher Vertreter innerhalb der DDR.
- Veränderungen der Führungs- und Leitungstätigkeit in volkseigenen Kombinaten und Betrieben zur Beseitigung von Verlustquellen in der Außenwirtschaft, wie z.B. Verhinderung von Preisnachlässen, Reklamationen, usw.
- Konsequente Anwendung der Verfügung des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Nr. 121/69 zur Erwirtschaftung zusätzlicher Devisen durch die staatlichen Vertreter-GmbH und die optimale Nutzung der Intercontrol GmbH.
- Die Realisierung von Schuldenforderungen der DDR an Westdeutschland und Westberlin.

- Die Schaffung zusätzlicher Investitionsmöglichkeiten für neue Produktionsstätten zur vollen Nutzung einheimischer Rohstoffe auf der Grundlage langfristiger Zahlungsvereinbarungen mit Westberlin und Westdeutschland.
- Die Erweiterung der internationalen Geschäftstätigkeit.
- Die optimale Ausnutzung der volkswirtschaftlichen Reserven durch die Außenhandelsbetriebe Intrac und Zentral-Kommerz, besonders durch die volle Auslastung für den zusätzlichen Export in das NSW - verwertbarer Kapazitäten der volkseigenen Kombinate und Betriebe sowie Produktionsstätten anderer Eigentumsformen über den außerplanmäßigen Import von Rohstoffen und Halbfertigerzeugnissen.
- Der Aufbau eigener abgedeckter nichtoffizieller Firmen im NSW.
- Durch die Gründung und Aktivierung einer Leasing GmbH - als abgedeckte Firma der DDR - in Westberlin, die vorwiegend Rationalisierungsmittel an volkseigene Kombinate und Betriebe über Intrac und Zentral-Kommerz für den maximalen Zeitraum von 5 Jahren.

Bei Realisierung der unterbreiteten Vorschläge würde nach Auffassung der Verfasser:

- durch die Einschränkung der wirtschaftlichen Störtätigkeit ein jährlicher Verlust von 20 - 30 Mio VM zu verhindern sein,
- durch die konsequente Anwendung der Verfügung des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Nr. 121/69 ein zusätzlicher Gewinn von 40 - 50 Mio VM bis 1975 zu erwirtschaften sein,
- durch die Eintreibung westdeutscher und Westberliner Schulden bis zu maximal 500 Mio VM zu realisieren sein,

- durch die zeitweise Inanspruchnahme von 1 Mrd. VM zum Kauf von vollautomatischen Produktionsstätten auf der Grundlage eigener Rohstoffe, vorwiegend in Westberlin und durch die Erweiterung der ausländischen Geschäftstätigkeit und die Nutzung der Leasings bis 1975 120 - 150 Mio VM zu erwirtschaften sein,
- durch den Aufbau abgedeckter nichtoffizieller Firmen mit einer Verwertungskennziffer zum eingesetzten Kapital von 20 - 25% p.a. zu rechnen sein, hinzu kämen Möglichkeiten der operativen Nutzung zur Beschaffung von Wirtschaftsinformationen.

Die Verfasser sind sich dessen bewußt, daß die hier unterbreiteten Vorschläge nur dann maximal durchgesetzt werden können, wenn:

- die Intercontrol GmbH leitungs- und kadermäßig verändert wird,
- die Zustimmung zur Gründung der Freihandelszone im Überseehafen Rostock erfolgt,
- die Vorschläge zum Einsatz zusätzlicher staatlicher Förderungsmittel im Rahmen des ökonomischen Systems des Sozialismus vorerst als ökonomisches Experiment und bei Bewährung als prinzipielle Lösung wirksam werden,
- die angeregte Devisennutzung bis zu ihrer Rückzahlung bzw. ihrer festgelegten Verwertung nicht in die Volkswirtschaftspläne aufgenommen wird,
- wenn die spezifischen Kontrollorgane des Ministeriums für Außenwirtschaft (MAW), wie Zollverwaltung der DDR, staatliche Vertretergesellschaften und Intercontrol GmbH in das einheitliche System der Bekämpfung der feindlichen Störtätigkeit durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) stärker einbezogen werden,

- durch den zentralen Partei- und Staatsapparat vorrangig und konzentriert lebens- und parteierfahrene Parteikader aus Industrie und Außenwirtschaft (170 - 200) für die Lösung der Aufgaben neu eingesetzt werden.

1. Die Konzeption des westdeutschen Imperialismus zur Störung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR und zur Schädigung der Volkswirtschaft

Das Anliegen des ersten Abschnittes besteht darin, einige Probleme des Systems der imperialistischen Störtätigkeit auf dem Gebiet der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR sichtbar zu machen. Die hier getroffenen Aussagen sollen als Ausgangsbasis für weitere in der vorliegenden Arbeit herausgearbeiteten Aufgabenstellungen und Schlußfolgerungen zur allseitigen Stärkung der DDR durch eine erfolgreiche offensive Bekämpfung der Störtätigkeit im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen verstanden werden.

Die Verfasser stellen sich dabei nicht das Ziel, eine detaillierte Untersuchung aller feindlichen Konzeptionen zur Liquidierung der DDR und ihrer taktischen Varianten vorzunehmen. Das erfolgte bereits in anderen Arbeiten. So liegen eine Reihe von Arbeiten zum Systemcharakter der wirtschaftlichen Störtätigkeit des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems Westdeutschlands gegen die Volkswirtschaft der DDR und ihre sozial-ökonomischen Ursachen vor. [1)]

---

1) Vgl. dazu u.a. Grunert/Abisch,zur wirtschaftlichen Störtätigkeit des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems Westdeutschlands gegen führende Industriezweige der Volkswirtschaft der DDR, Dissertation Potsdam 1967, VVS, unveröffentlicht, Eck, zur Rolle der Unternehmerverbände im Kampf gegen die DDR, Dissertation Potsdam 1967, VVS, unveröffentlicht.
Schlesinger, H., Die Bonner Politik der Eskalation in Europa, in DWI-Berichte, 1966, Nr. 2
Prokop, S., Der "Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" - ein staatsmonopolistischer Planungsstab, in DWI-Berichte, 1966, Nr. 8

1.1 Das strategische Ziel der imperialistischen Aggressionspolitik

Im Hauptdokument der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau sowie in den Reden der führenden Genossen der kommunistischen und Arbeiterparteien wurde eine klare marxistisch-leninistische Einschätzung der Aggressivität und der Zielstellung der imperialistischen Expansionspolitik gegeben. Im Hauptdokunent der Beratung heißt es:

> "In das letzte Drittel unseres Jahrhunderts ist die Menschheit in eine Situation eingetreten, in der sich die geschichtlichen Auseinandersetzungen zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion, zwischen Sozialismus und Imperialismus zuspitzt. Schauplatz dieser Auseinandersetzung ist die ganze Welt, sind die wichtigsten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: die Wirtschaft,,die Politik, die Ideologie und die Kultur." [1)]

Obwohl der Imperialismus, wie im Hauptdokument der Moskauer Beratung eingeschätzt wird, nicht stärker geworden ist, hat sich seine Aggressivität erhöht, bleibt er ein ernstzunehmender und gefährlicher Gegner. Die durch den Imperialismus und seine aggressive Politik heraufbeschworenen Gefahren erhöhen sich.[2)] Das zu verkennen würde bedeuten, der aggressiven Expansionspolitik des Imperialismus, die sich in ihrer Hauptstoßrichtung gegen die sozialistischen Staaten richtet, Vorschub zu leisten.

---

1) Hauptdokument der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969, Dietz-Verlag, Berlin 1969, S. 10

2) Vgl. ebenda, S. 9 und 10

> "Die Spitze der aggressiven Strategie des Imperialismus ist weiterhin vor allem gegen die sozialistischen Staaten gerichtet." [1)]

Das Hauptziel der imperialistischen Staaten war, ist und bleibt die Liquidierung der sozialistischen Staaten und die Restaurierung der imperialistischen Ordnung. In der strategischen Zielsetzung sind sich alle imperialistischen Kräfte einschließlich ihrer Erfüllungsgehilfen - der rechten sozialdemokratischen Führungen - völlig einig. Unterschiedliche Auffassungen bestehen zwischen den imperialistischen Kräften und ihren Erfüllungsgehilfen nur in der anzuwendenden Taktik zur Erreichung des gemeinsamen strategischen Endzieles.

Die DDR als westlichster Vorposten des sozialistischen Weltsystems steht unmittelbar dem aggressivsten imperialistischen Staat in Europa, der westdeutschen Bundesrepublik und seinem Hauptverbündeten, dem USA-Imperialismus, gegenüber. Der westdeutsche Imperialismus versucht mit allen Mitteln seit seinem Wiedererstarken nach zwei militärischen Niederlagen des deutschen Imperialismus mit Unterstützung der USA, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu revidieren, den Status quo in Europa gewaltsam zu verändern und ein imperialistisches Europa, das vom Atlantik bis zum Ural reichen soll, unter Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus zu errichten. Diese Forderung und Zielstellung des westdeutschen Imperialismus brachte der Exponent des westdeutschen Imperialismus, F.J. StrauB in seinen Büchern "Der große Entwurf" und in "Herausforderung und Antwort - Ein Programm für Europa" unmißverständlich zum Ausdruck So stellte Strauß die Forderung:

> "Wir müssen die politischen Tatsachen von morgen schaffen, ein neues, politisch geeintes Europa, das, wenn auch nicht getrennt von den Vereinigten Staaten und mit diesen schon

---

1) ebenda, S. 11

> durch seine gleichartige Gesellschafts-
> struktur verknüpft, immerhin auf seinen eigenen Füßen steht; wir müssen endlich mit einer Politik der Zukunft beginnen; mit einer Politik für Europa... [1] Ein vereinigtes Europa wäre sicherlich keine kommunistische Macht, sondern eine demokratische... [2] Die osteuropäischen Länder dürfen von dem Proaeß des Zusamnenwachsens des Kontinents nicht ausgeschlossen werden." [3]

Strauß entwickelt in seinem perfektionistischen Programm wie, mit welchen Methoden und welchen taktischen Varianten ein sogenanntes vereinigtes Europa, unter Vorherrschaft des aggressiven westdeutschen Imperialismus durch die Liquidierung der sozialistischen Staaten, errichtet werden soll. In der ersten Etappe geht F.J. Strauß es darum, die kapitalistischen Staaten Westeuropas zu vereinigen, um über diesen Weg Zugang zu Atomwaffen zu erhalten. Auch in anderen offiziösen Abhandlungen Westdeutschlands, wie z.B. in den erschienenen fünf Tätigkeitsberichten des sogenannten Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, werden Programme und theoretische Konzeptionen zur Liquidierung der DDR als das Nahziel des Bonner Staates entwickelt.

So wurde dem Forschungsbeirat bei seiner Bildung im Jahre 1952 als offizielles Organ der Bonner Regierung, der Auftrag erteilt die Wiedervereinigung Deutschlands nach imperialistischem Vorbild Westdeutschlands im wirtschaftlichem und sozialem Bereich durch die Ausarbeitung von Empfehlungen an die Bundesregierung vorzubereiten, die nach dem Tage X - dem erträumten Tag der gewaltsamen Annexion der DDR - als "Sonderrechte" und "Sofort-

---

1) Vgl. F.J. Strauß, Herausforderung und Antwort - Ein Programm für Europa, Seewald-Verlag Stuttgart 1968, S. 148

2) ebenda, S. 110

3) ebenda, S. 111

programme" durch die Bonner Regierung in Kraft gesetzt werden sollen. [1)]

Im 4. Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirates heißt es wörtlich:

> "Es ist bei der zweifachen Aufgabe geblieben..., die Wirtschaft und Gesellschaft Mitteldeutschlands freiheitlich zu formen, um sie so mit Westdeutschland zu einem einheitlichen deutschen Wirtschafts- und Sozialkörper zu integrieren... Die Dauer dieser Transformation und Integration ist nicht vorauszusagen, sie soll so kurz wie möglich sein." [2)]

In seinem 5. Tätigkeitsbericht bekennt sich der Forschungsbeirat in seinem 1. Hauptteil -Arbeit des Forschungsbeirates- wiederum zu der eben vorgegebenen Aufgabenstellung.

In diesen Aufgabenstellungen erschöpft sich jedoch *[nicht]* die Arbeit des Forschungsbeirates ~~nicht~~. Die vom Forschungsbeirat ausgearbeiteten Analysen zur Struktur und zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR, sind zugleich Basismaterial für die imperialistischen Geheimdienste, für die Bonner staatlichen Organe und für feindliche Organisationen und Einrichtungen sowie Leitungen von Konzernen und Wirtschaftsunternehmen zur Organisierung und Durchführung einer zielgerichteten wirtschaftlichen Störtätigkeit gegen die Volkswirtschaft der DDR. Mittels der wirtschaftlichen Störtätigkeit soll die im "Grauen Plan" entwickelte Konzeption zur Liquidierung der DDR und die Annexion vorbereitet werden. [3)]

---

1) Vgl. hierzu Prokop, S., Umtriebe des westdeutschen Forschungsbeirates gegen die DDR, Deutsche Außenpolitik 1965, S. 9
Norden, A., Rede auf einer internationalen Pressekonferenz, ND, Ausgabe B vom 30.6.66
Arzinger, Gutachten im Prozeß gegen Laudahn vor dem OG, Neue Justiz 1966, S. 552
Grunert/Abisch, zur wirtschaftlichen Störtätigkeit des staatsmonopolistischen Wirtschaftssystems Westdeutschlands gegen die führenden Industriezweige der DDR, Dissertation Potsdam 1967, VVS, S. 31 ff

2) 4. Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirates, Bonn 1965, S. 16-18

3) Vgl.Arzinger, Gutachten im Prozeß gegen Hüttenrauch/Latinsky vor dem OG der DDR, unveröffentlicht

Der Zusammenhang zwischen der im "Grauen Plan" entwickelten Konzeption zur Liquidierung der sozialistischen Produkrionsverhältnisse und der wirtschaftlichen Störtätigkeit gegen die Volkswirtschaft der DDR wurden in Strafverfahren vor dem OG und vor Bezirksgerichten der DDR mehrfach nachgewiesen.

So erklärte der Angeklagte Latinsky vor dem OG, daß er mit seinen verbrecherischen Handlungen zur Schädigung der Volkswirtschaft der DDR einen Beitrag zur Wiedervereinigung im Sinne der imperialistischen Ordnung in Westdeutschland leisten wollte.

Der Spion und Saboteur Seltmann strebte nach seinen Äußerungen die Vergrößerung des privat-kapitalistischen Sektors der Wirtschaft durch Zulassung der Gründung von kleineren und mittleren Betrieben an, um die sogenannte freie Unternehmerinitiative zur Entfaltung kommen zu lassen.

Neben dem Ziel der Schädigung der DDR war es die Absicht des S., den unter seiner Leitung stehenden VEB Transportgeräte Berlin, unter Anwendung vielfältiger Methoden so zu erweitern und auszurüsten, daß dieser Betrieb nach der von ihm erwarteten Liquidierung der sozialistischen Staatsmacht unter seiner Leitung in der Lage sei, unter kapitalistischen Bedingungen als kapitalistischer Betrieb rentabel zu arbeiten. Der Betrieb sollte nach der Liquidierung der DDR Erzeugnisse auf dem kapitalistischen Weltmarkt anbieten, die weitgehendst konkurrenzlos *[wären]* ~~sind~~. S. wollte verhindern, daß dieser Betrieb unter sozialistischen Produktionsverhältnissen in der DDR hoch wertige, dem Weltstand entsprechende Waren produziert.

Er ~~habe~~ *[traf]* Vorbereitungen ~~getroffen~~, die erst nach der Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik einen wirtschaftlichen Aufschwung des von ihm geleiteten Betriebes im Zusammenwirken mit westdeutschen Unternehmern ermöglichen sollten. Speziell zu diesem Zweck entwickelte der S. ein Warenzeichen für den Betrieb, das nach seiner Ansicht politisch neutralen Charakter trug und das nach der Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik bestehen bleiben könnte.

Diese Konzeption des S., der im Auftrage des westdeutschen Geheimdienstes, westdeutscher Konzerne und Wirtschaftsunternehmen umfangreiche Spionage, Sabotage und staatsfeindliche Hetze gegen die Volkswirtschaft der DDR betrieben hat, stimmt genau mit der im "Grauen Plan" entwickelten Konzeption zur Liquidierung der DDR und Einverleibung der Volkswirtschaft der DDR in das westdeutsche Wirtschaftsgefüge überein.

In diesem und in einer Reihe weiterer Strafverfahren wurde somit der Nachweis erbracht, daß die aggressiven imperialistischen Kräfte bereits vor dem von ihnen erträumten Tag X dazu übergehen, die im "Grauen Plan" entwickelte Konzeption zur Einverleibung der Volkswirtschaft der DDR in das westdeutsche Wirt schaftsgefüge, mittels des Systems der wirtschaftlichen Störtätigkeit, zu realisieren.

~~Wir dürfen b~~Bei ~~unserer~~ *[der]* Bevölkerung *[der DDR]* und unseren sozialistischen Bruderländern *[dürfen]* keinerlei Illusionen *[zugelassen werden]* ~~aufkommen lassen~~, daß etwa durch die neue Bonner SP/FDP-Regierung unter Brandt/Scheel das strategische Ziel des westdeutschen Imperialismus, die Liquidierung der DDR und der anderen sozialistischen Staaten, aufgegeben sei.

Es handelt sich hier um keinen Machtwechsel im Bonner Staat, sondern vielmehr nur um eine Fortsetzung der Aggressionspolitik des westdeutschen Imperialismus mit veränderten Methoden und Taktiken.

So bekennt sich der neue Bonner Kanzler Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28.10.1969 vor dem Bonner Bundestag dazu, daß die Politik seiner Regierung im Zeichen der "Kontinuität" d.h., im Zeichen der bisherigen Politik stehen werde. In der Außenpolitik und der Beziehungen Westdeutschlands zur DDR so erklärte Brandt, würde seine Regierung an die Regierungserklärung Kiesingers vom Dezember 1966 anknüpfen.

Auch wenn sich Brandt in seiner Erklärung zur Existenz zweier deutscher Staaten bekennt, so lehnt er jedoch "eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung" ab.

Solche außenpolitischen Fragen, wie die Aufgabe der Alleinvertretungsanmaßung durch die westdeutsche Regierung und die Anerkennung der Grenzen zwischen beiden deutschen Staaten ließ Brandt unbeantwortet.

Daraus ergibt sich, daß die neue Bundesregierung -zwar mit neuen Taktiken- weiterhin versuchen wird, eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch andere Staaten zu verhindern, daß weiterhin mit vielfältigen Methoden umfangreiche Störaktionen der Bonner Regierung gegen außenpolitische und außenwirtschaftliche Aktivitäten der DDR in nichtsozialistischen Staaten zu rechnen ist, um die Alleinvertretungsanmaßung des westdeutschen Staates aufrechtzuerhalten.

Das beweist *[auch]* die neue offizielle Dienstanweisung des Außenministers Scheel an alle westdeutschen Botschaften und Vertretungen im Ausland. In dieser Dienstanweisung steht die alte anachronistische Hallstein-Doktrin zwischen allen Zeilen. [1)]

Nach der Meldung der bürgerlichen Presse hat Außenminister Scheel in Dienstanweisungen an seine Diplomaten darauf hingewiesen, daß in der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch andere Staaten, nicht mehr ein "unfreundlicher Akt" mit automatischen Sanktionen, sondern "nur" noch eine "Belastung der Beziehungen zur Bundesrepublik" zu sehen sei.

Der Austausch eines alten, nicht mehr zugkräftigen Etiketts durch ein anderes, kann doch wohl nicht ernsthaft als Erneuerung der Außenpolitik der BRD angepriesen werden. [2)]

In allen feindlichen Konzeptionen und taktischen Varianten zur Liquidierung der DDR nimmt die ideologische und ökonomische Unterwanderung der sozialistischen Staatengemeinschaft, die vor allem durch das System der wirtschaftlichen Störtätigkeit erreicht werden soll, einen besonderen Platz ein.

---

1) Vgl. ND v.4.11.69, Erwartung und Meinung zu Brandts Regierungserklärung

2) Vgl. ND v.7.11.69, Rede d. Gen. F. Ebert auf der Festveranstaltung anläßlich des 52. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

So schreibt F.J. Strauß in seinem Buch "Der große Entwurf":

> "Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte dem kommunistischen Regime nicht helfen, ihre Macht zu festigen und die Mängel und Lücken in ihrem System zu überwinden. Wirtschaftshilfe sollte an bestimmte Projekte gebunden sein, die die Länder enger an den Westen als an den Osten binden." [1)]

R. Barzel, Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion äußerte sich zu den Zielen des Osthandels wie folgt:

> "Er (der Handel der Bundesrepublik mit den sozialistischen Staaten - die Verf.) kann sehr nützlich sein. Aber wir sollten darauf achten, daß er sich nicht zu sehr an der Politik vorbei abspielt... In dem Ausmaß, in dem die "SBZ" unabhängig von westdeutschen Lieferungen wird, schrumpfen die (west)deutschen Möglichkeiten im Kampf um Berlin... Falsche westdeutsche Handels- und Kreditpolitik hilft der "SBZ". [2)]

Die westdeutsche Regierung unter Brandt/Scheel bekennt sich zu einem weiteren Ausbau der Handelsbeziehungen *[zur]* ~~zwischen der~~ DDR und folgt damit den Forderungen der westdeutschen Konzerne und Wirtschaftsunternehmen.

Das Anliegen der Handelspolitik der neuen Bundesregierung wird jedoch auch weiterhin darin bestehen, mittels des Ausbaues der Wirtschaftsbeziehungen zur DDR zu versuchen, die DDR ökonomisch und politisch zu unterwandern. Das Ziel dieser Politik besteht nach wie vor darin, die DDR von ihren sozialistischen Verbündeten wirtschaftlich zu isolieren und durch ein koordiniertes Vorgehen der westdeutschen Verbündeten zu erreichen, daß die wirtschaftliche Abhängigkeit einzelner Industriezweige von westdeutschen Zulieferungen erhalten bleibt und weiter verstärkt wird. Diese Abhängigkeiten sollen zur organisierten Durchführung gezielter ökonomischer Störaktionen und zu politischen Erpressungen der DDR ausgenutzt werden.

---

1) Zitiert nach: Die Welt, Ausgabe B, Hamburg - Westberlin, Nr. 235 v. 9.10.1965 und Nr. 241 v. 16.10.1965.

2) Zitiert nach DIZ, Innen- und außenpolitische Probleme Westdeutschlands Nr. 38/39 1966, S. 11-12

1.2 Das System der wirtschaftlichen Störtätigkeit des westdeutschen Imperialismus gegen die Volkswirtschaft der DDR als eine der Hauptmethoden zur Realisierung seiner strategischen Zielstellung

Das strategische Endziel des Imperialismus, die Liquidierung der DDR und der anderen sozialistischen Staaten, soll durch den Einsatz und durch Anwendung aller dem Imperialismus verfügbaren Mittel und Methoden erreicht werden.

Auch der neuen westdeutschen SP- und FDP-Regierung unter Führung von Brandt und Scheel sind im Kampf gegen den Sozialismus und zur Erreichung des strategischen Zieles des Imperialismus, die Liquidierung der DDR und der sozialistischen Staaten, im Prinzip alle Mittel und Methoden recht.

Die im Hauptdokument der Moskauer Beratung und in den Dokumenten unserer Partei und Staatsführung getroffenen Feststellungen

> "Der Imperialismus verzichtet nicht auf den direkten bewaffneten Kampf gegen den Sozialismus, er verstärkt ununterbrochen das Wettrüsten und ist bestrebt, die Militärblöcke, die er mit dem Ziel der Aggression gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder geschaffen hat, zu aktivieren. Er verschärft den ideologischen Kampf gegen die sozialistischen Länder und versucht ihre wirtschaftliche Entwicklung zu bremsen." [1]

behalten ihre volle Gültigkeit.

So fordert F.J. Strauß in seinem Buch "Entwurf für Europa":

> "Wir müssen die Machtgewichte in der Welt verändern, wir müssen das militärische Gleichgewicht der atomaren Abschreckung festigen, und wir müssen unsere politischen Anstrengungen intensivieren..." [2]

---

1) Hauptdokument der Moskauer Beratung, a.a.O., S. 11

2) Zitiert nach: Die Welt, Ausgabe B, Hamburg - Westberlin, Nr. 235 v. 9.10.1965 und Nr. 241 v. 16.10.1965.

Mit der Übernahme der Regierung durch die SP/FDP wurde die Agggressions- und Kriegsgefahr, die vom westdeutschen Imperialismus für die sozialistischen Staaten ausgeht, keineswegs gebannt, wurden die strategischen Ziele des deutschen Imperialismus nicht aufgegeben. Die neue Regierung wird neue verfeinerte und raffiniertere Taktiken und Methoden im Kampf gegen den Sozialismus anwenden, die schwerer durchschaubar, demagogischer und damit zugleich aber auch gefährlicher sein werden. Die Klassenauseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus und seinem Hauptverbündeten, dem USA-Imperialismus, wird gesetzmäßig an Schärfe zunehmen. Schauplatz der Auseinandersetzung werden nach wie vor alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sein.

Im System der subversiven Angriffe gegen die DDR wird die wirtschaftliche Störtätigkeit als ein wesentliches Teilsystem der staatsfeindlichen Angriffe weiter ausgebaut werden, denn die Ökonomie wird nach wie vor das Hauptfeld der Klassenauseinandersetzung zur Entscheidung der Frage "Wer - Wen" im weltweiten Klassenkampf zwischen Imperialismus und Sozialismus bleiben.

Die wirtschaftliche Störtätigkeit als Teilsystem des Gesamtsystems des staatsfeindlichen Angriffes gegen die DDR dient dem Feind zur Erreichung seiner strategischen Zielstellung.

Das Teilsystem -wirtschaftliche Störtätigkeit- des staatsmonopolistischen Kapitalismus Westdeutschlands gegen die Volkswirtschaft der DDR setzt sich aus einer Vielzahl koordinierter subversiver Angriffe zusammen, die, wie die Aufklärungsergebnisse des MfS beweisen, auf der Grundlage einer gemeinsamen Konzeption der reaktionärsten und aggressivsten imperialistischen Kräfte organisiert und zielgerichtet gegen die DDR vorgetragen werden.

Die im Rahmen des Systems der wirtschaftlichen Störtätigkeit organisierten Angriffe gegen die Volkswirtschaft der DDR dürfen durchaus nicht auf jene Erscheinungsformen der feindlichen Tätigkeit reduziert werden, die sich nach den Strafgesetzen

der DDR als Straftaten erfassen lassen. Das System der wirtschaftlichen Störtätigkeit umfaßt sowohl strafrechtlich relevante Handlungen als auch solche, die unter der Schwelle der strafrechtlichen Verantwortlichkeit liegen können.

Zu den wichtigsten Erscheinungsformen des Systems wirtschaftlicher Störtätigkeit gehören insbesondere:

- Die Vielzahl der politisch-ideologischen Angriffe gegen die Volkswirtschaft der DDR, die von seiten der Bonner Regierung, staatlichen Macht- und Lenkungsorganen, den Geheimdiensten, feindlichen Organisationen und Einrichtungen, den Leitungen der KOnzerne und Wirtschaftsunternehmen u.a. Einrichtungen organisiert, inspiriert und durchgeführt werden.

Die politisch-ideologische Diversion als Bestandteil des Systems der wirtschaftlichen Störtätigkeit ist zugleich eine Erscheinungsform der Feindtätigkeit als auch eine Ursache dafür, daß es dem Feind gelingt, Personen -einschließlich Bürger der DDR- für die Durchführung von Staatsverbrechen, wie Spionage, Sabotage, Diversion, staatsfeindlichen Menschenhandel u.a. zu gewinnen. Die Gefährlichkeit der politisch-ideologischen Diversion, ihrer feindlichen und destruktiven Folgen und Auswirkungen auf das Bewußtsein der Bürger der DDR, dürfen in keiner Phase der gesellschaftlichen Entwicklung unterschätzt werden. [1] Insbesondere die Ereignisse in der CSSR haben uns das mit aller Deutlichkeit gezeigt.

___

1) Die Aufklärungsergebnisse des MfS in der Bekämpfung der wirtschaftlichen Störtätigkeit beweisen, daß bei allen Tätern, die im Auftrage westlicher Geheimdienste, feindlicher Organisationen bzw. im Auftrage von Konzernleitungen und westdeutschen Wirtschaftsunternehmen Staatsverbrechen gegen die Volkswirtschaft der DDR begangen haben, die Einflüsse der politisch-ideologischen Diversion eine wesentliche Ursache für die Entscheidung zur Tat war.

- Die feindliche Kontaktpolitik im Rahmen der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu den sozialistischen Staaten

Sie dient insbesondere der politisch-ideologischen Zersetzung von Wirtschaftsfunktionären der DDR, der Aufklärung und schließlichen Gewinnung von DDR Bürgern zur Durchführung staatsfeindlicher Tätigkeiten, wie Spionage, Sabotage, Diversion, staatsfeindlicher Hetze sowie zur Schaffung personeller Stützpunkte des Feindes im Bereich der Volkswirtschaft, die zu Angriffen gegen die Volkswirtschaft zielgerichtet eingesetzt werden sollen.

- Die Wirtschaftsspionage imperialistischer Geheimdienste und anderer feindlicher Stellen [1)] und Personen, die eine gegen die DDR und andere friedliebende Völker gerichtete Tätigkeit durchführen

Die Aufklärungsergebnisse des MfS beweisen, daß die Wirtschaftsspionage eine steigende Tendenz aufweist. Insbesondere versucht der Feind mittels Abschöpfung, dem blinden Ausnutzen von Personen zur Spionagetätigkeit und durch koordiniertes Zusammenwirken der Geheimdienste mit den Konzernen und Wirtschaftsunternehmen, mit anderen staatlichen Machtorganen die Intensität und die Qualität der Ergebnisse der Wirtschaftsspionage zu erhöhen. Zur Wirtschaftsspionage werden stärker denn je und in zunehmendem Maße die bestehenden Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu den nichtsozialistischen Staaten verbrecherisch ausgenutzt. Das Hauptziel der Wirtschaftsspionage besteht darin, das ökonomisch-militärische Potential der DDR - als Voraussetzung und Bestandteil der militärischen Aggressionsvorbereitung und Aggressionsdurchführung - allseitig aufzuklären.

---

1) Der Begriff feindliche Stellen wird in der Rechtssprechung der DDR als Sammelbegriff für die im §97 ff StGB genannten imperialistischen Geheimdienste, anderen Organisationen, Einrichtungen, Gruppen oder Personen, deren Tätigkeit gegen die DDR oder andere friedliebende Völker gerichtet ist, verwendet. Es wird auch in diesem Sinne in der Arbeit verwandt.

Des weiteren dient die Wirtschaftsspionage der Vorbereitung gezielter Sabotage- und Diversionsverbrechen gegen neuralgische Punkte der Volkswirtschaft der DDR, der Forcierung der politisch-ideologischen Diversion und der gezielten Abwerbung von Fachkadern aus dem Bereich der Volkswirtschaft.

Zugleich dient die Wirtschaftsspionage der Einleitung von Störaktionen, die von seiten der Bonner Regierung und staatlichen Macht- und Lenkungsorganen gegen die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu Westdeutschland/Westberlin sowie zu westdeutschen NATO-Verbündeten und den Nationalstaaten vorgetragen werden. (Embargomaßnahmen, ökonomische und politische Erpressungsversuche, Preisdiktate u.a.)

- Gezielte Sabotage- und Diversionsverbrechen gegen neuralgische Punkte der Volkswirtschaft der DDR und gegen die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu anderen Staaten

Das Hauptziel dieser Angriffe besteht darin, der DDR ökonomisch Verluste in großem Ausmaß zuzufügen, speziell durch Desorganisierung und Hintertreibung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, Schaffung von Abhängigkeitsverhältnissen der DDR Betriebe von der westdeutschen Wirtschaft, speziell auf dem Gebiet störanfälliger Waren (Chemieanlagen, Teilausrüstungen von Betrieben mit elektronischen Anlagen, Spezialpumpen und Motoren u.a. Erzeugnissen) Eine weitere Methode der Sabotage und Diversion besteht in der Lieferung von funktionsuntüchtigen Waren. Mittels Sabotage- und Diversionsverbrechen, wie Lieferung von funktionsuntüchtigen bzw. funktionsgeminderten Anlagen u.a. Erzeugnissen, soll zugleich eine Diskreditierung der DDR bei ihren Handelspartnern erreicht werden. Der Feind will dadurch den Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen dieser Staaten zur DDR erreichen, um die DDR wirtschaftlich und zugleich auch politisch zu isolieren, um die Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Machthaber mit neuen Methoden aufrechtzuerhalten.

- Gezielte Abwerbungen von Wissenschaftlern, Fachkadern und Wirtschaftsfunktionären durch imperialistische Geheimdienste, staatliche Einrichtungen, Menschenhändlerorganisationen, Konzerne und Wirtschaftsunternehmen

Mit gezielten Abwerbungen wird u.a. das Ziel verfolgt, die DDR ökonomisch zu schädigen und mittels der abgeworbenen Wissenschaftler und Fachkader die immer größer werdende Lücke an Wissenschaftlern und Fachkadern im Bereich der westdeutschen Wirtschaft und Wissenschaft auf Kosten der DDR aufzufüllen sowie das Wissen dieser Kader zielgerichtet zum Nachteil der DDR auszunutzen.

- Politisch-ökonomische Störaktionen im Rahmen der offiziellen Bonner Regierungspolitik gegen die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR

Sie richten sich gegen die Ausweitung und Normalisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu kapitalistischen Staaten und den Nationalstaaten. Mittels derartiger Störaktionen will die westdeutsche Regierung eine Monopolstellung in den Wirtschaftsbeziehungen der DDR zu den kapitalistischen Staaten erreichen. Sie sollen zu verstärkten Abhängigkeiten der Volkswirtschaft der DDR von Westdeutschland führen und zur politisch-ökonomischen Erpressung und Schädigung der DDR mißbraucht werden.

Mit dem Ziel der politischen und ökonomischen Isolierung der DDR von ihren Verbündeten werden zugleich politisch-ökonomische Störaktionen der Bonner Machthaber gegen die Wirtschaftsbeziehungen der DDR zu sozialistischen Staaten eingeleitet.

Die verschiedenen in dieser Arbeit nur kurz und in allgemeiner Weise charakterisierten Erscheinungsformen der feindlichen Angriffe im System der wirtschaftlichen Störtätigkeit sowie die damit angestrebten taktischen Teilziele dürfen nicht isoliert

voneinander und von dem angestrebten strategischen Endziel betrachtet werden. [1)]

Eine isolierte Betrachtungsweise führt zur Unterschätzung der Gefährlichkeit der Angriffe im System der Störtätigkeit gegen die Volkswirtschaft der DDR.

Aus der Analyse der vielfältigen Erscheinungsformen der wirtschaftlichen Störtätigkeit und aus den Erfahrungen des MfS in der Bekämpfung der wirtschaftlichen Störtätigkeit ergeben sich folgende zusammenfassende verallgemeinerte Feststellungen:

- Die wirtschaftliche Störtätigkeit des westdeutschen Imperialismus gegen die Volkswirtschaft der DDR trägt Systemcharakter.
- Dem System der wirtschaftlichen Störtätigkeit liegt eine gemeinsame Konzeption der reaktionärsten, imperialistischen Kräfte Westdeutschlands, ihrer Organisationen und Einrichtungen zugrunde.
- Die Angriffe gegen die Volkswirtschaft der DDR werden von außen inspiriert und organisiert und auf der Grundlage der gemeinsamen Konzeption koordiniert und arbeitsteilig durch imperialistische Geheimdienste, andere staatliche Macht- und Lenkungsorgane des Bonner Staates, halbstaatliche, gesellschaftliche und private Einrichtungen und Organisationen, Leitungen von Konzernen und Wirtschaftsunternehmen durchgeführt. In das System der Störtätigkeit werden zielgerichtet Staatsbürger der DDR durch feindliche Kräfte mit einbezogen. (Bewußte Einbeziehung und blindes Ausnutzen von DDR Bürgern in das System der Störtätigkeit)

---

1) Vgl. dazu im einzelnen Grunert/Abisch a.a.O., S. 71 ff

- Die mit den verschiedenen Angriffen verfolgten taktischen Teilziele sollen der Realisierung des strategischen Endzieles dienen.

- Das System der wirtschaftlichen Störtätigkeit ist Bestandteil der Bonner Regierungspolitik. Die Bonner Machthaber stellen den Geheimdiensten, feindlichen Organisationen, wissenschaftlichen Institutionen -insbesondere den Ostforschungsinstituten-, den Konzernen und Wirtschaftsunternehmen aus dem Staatshaushalt riesige finanzielle Mittel zur Organisierung und Durchführung der Störtätigkeit zur Verfügung. Mit dem Ziel, die DDR von internationalen Märkten zu verdrängen, zahlt der Bonner Staat den Konzernen und Wirtschaftsunternehmen staatliche Preisstützungen im Export. Er gewährt diesen Konzernen und Wirtschaftsunternehmen Steuervergünstigungen, Ausgleichszahlung für entgangene Geschäfte und andere finanzielle Unterstützungen.

- Die Bonner Machthaber streben eine Erweiterung der Außenwirtschaftsbeziehungen Westdeutschland und Westberlins und die Monopolstellung Westdeutschlands im Rahmen der NATO-Staaten in den Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR an, um die Monopolstellung zu politischen und ökonomischen Erpressungen der DDR zu mißbrauchen.

- Die Koordinierung der Angriffe gegen die Volkswirtschaft der DDR erfolgt durch den Bundesnachrichtendienst (BND), der mit anderen staatlichen Organen, halbstaatlichen, gesellschaftlichen und privaten Einrichtungen, Organisationen wissenschaftlichen Institutionen, den Leitungen von Konzernen und Wirtschaftsunternehmen konspirativ zusammenarbeitet.

- Die Angriffe des Feindes im System der Störtätigkeit werden schwerpunktmäßig und in zunehmendem Maße über

die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu nichtsozialistischen Staaten organisiert und vorgetragen.

- Das feindliche System der wirtschaftlichen Störtätigkeit wird laufend vervollkommnet und den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen angepaßt. Die wirtschaftliche Störtätigkeit, gekoppelt mit der psychologischen Kriegsführung und der politisch-ideologischen Diversion, ist Bestandteil der Regierungspolitik der neuen Bonner Regierung unter Brandt und Scheel. Sie wird nach wie vor mit dem Ziel der Liquidierung der DDR und der anderen sozialistischen Staaten mit veränderten, verfeinerten, raffinierteren, schwer erkennbareren Mitteln und Methoden betrieben, die in ihrer Gefährlichkeit zunehmen.

- Die Klassenauseinandersetzung auf ökonomischem Gebiet zur Entscheidung der Frage "Wer - Wen" wird in den kommenden Jahren an Schärfe und Heftigkeit zunehmen. Das wird zwangsläufig zum Anwachsen der von außen organisierten subversiven Angriffe gegen die Volkswirtschaft der DDR, speziell gegen die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR, führen.

1.3 Zu einigen spezifischen neuen Mitteln und Methoden der wirtschaftlichen Störtätigkeit

Dem MfS ist es in den zurückliegenden Jahren gelungen, in Untersuchungsvorgängen und durch politisch-operative Aufklärungsergebnisse den Nachweis zu führen, daß im System der wirtschaftlichen Störtätigkeit der BND eng mit führenden westdeutschen Konzernen zusammenarbeitet. So wurde eindeutig nachgewiesen, daß der BND in großen Konzernen Stützpunkte geschaffen hat, die im Auftrage des BND, unter Ausnutzung der

kommerziellen Beziehungen dieser Betriebe zur DDR, Spionage, Sabotage, Diversion und andere Verbrechen gegen die Staatsmacht und speziell gegen die Volkswirtschaft organisieren. [1)]

In anderen Strafverfahren wurde der Beweis erbracht, daß leitende Mitarbeiter westdeutscher Konzerne die Wirtschaftsbeziehungen zur DDR zielgerichtet zur Sabotage und Diversionstätigkeit, zur Organisierung und Durchführung gezielter Abwerbungen ausnutzten bzw. diese Beziehungen für Sammlungen von geheimzuhaltenden Informationen aus dem Bereich der Volkswirtschaft der DDR ausnutzten. [2)]

Da die Entlarvung oben genannter verbrecherischer Handlungen, die von leitenden Hitarbeitern westdeutscher Konzerne im Zusammenwirken mit ihren personellen Stützpunkten in der DDR durchgeführt werden, in erheblichem Maße dem internationalen Ansehen der westdeutschen Konzerne in anderen Staaten schadet, bieten sich den zuständigen Organen der DDR eine Reihe von Möglichkeiten, auf diese Angriffe des Feindes zu reagieren.

So wurden z.B., um eine Diskreditierung ihres Rufes und Ansehens zu vermeiden, durch Konzernleitungen, die der verbrecherischen Tätigkeit gegen die DDR entlarvt wurden, der DDR Angebote zur Wiedergutmachung entstandener Schäden unterbreitet, die Schadenansprüche der DDR zu begleichen, wenn die Staatsorgane der DDR davon Abstand nehmen, die Prozesse gegen Saboteure, die im Auftrage westdeutscher Konzernleitungen handelten, nicht in der Öffentlichkeit durchzuführen bzw. die Ergebnisse dieser Strafverfahren, die die westdeutschen Konzerne eindeutig der subversiven verbrecherischen Tätigkeit überführten, nicht veröffentlicht werden.

---

1) Vgl. dazu z.B. Strafverfahren gegen Henninger bzw. Zeugenaussage des H. vor dem OG im Strafverfahren gegen den westdeutschen Firmeninhaber Latinsky.

2} Vgl. dazu Strafverfahren gegen Henninger bzw. Zeugenaussage de H. im Prozeß gegen Latinsky/Hüttenrauch, vgl. des weiteren Strafverfahren gegen Triebel und Tag bzw. deren Zeugenaussagen vor dem OG im Strafverfahren gegen Latinsky /Hüttenrauch

Die Furcht vor weiteren Entlarvungen subversiver Tätigkeiten veranlagte die westdeutschen Konzerne offensichtlich, ihre Methoden und Taktiken in der wirtschaftlichen Störtätigkeit umzustellen. Das raffinierter gewordene Vorgehen der Konzerne und die Verfeinerung ihrer Methoden zeigt sich in einer noch engeren Koordinierung der Zusammenarbeit der Konzernleitungen mit den Geheimdiensten, der verstärkten Konspirierung dieser Zusammenarbeit, der verstärkten Einschaltung staatlicher Macht- und Lenkungsorgane des westdeutschen Staates zur Organisierung von Störaktionen der Bonner Regierung gegen die Außenwirtschaftsbezienungen der DDR und was unsere volle Aufmerksamkeit verlangt, in der Einschaltung kleinerer Handelsfirmen und Produktionsbetriebe in das System der Störtätigkeit, die im Auftrage von Konzernleitungen und imperialistischen Geheimdiensten Störtätigkeit durchführen.

So wurden in den letzten Jahren, etwa ab 1965, fast ausschließlich kleinere Handelsfirmen bzw. Produktionsbetriebe aufgeklärt, die Sabotage und Diversionsverbrechen u.a. subversive Handlungen im Zusammenwirken mit dazu geschaffenen Stützpunkten in der Volkswirtschaft der DDR durchführten, wie beispielsweise die Firma Oelmess Latinsky, Hamburg, der Industriekaufmann Hüttenrauch, Westberlin, die Seeberger KG, Westdeutschland, die Generalvertreterfirma Fuhrmann und Glösz, Wuppertal, die Generalvertreterfirma Kämmerlin, Frankfurt/Main, die Generalvertreterfirma Backer, Essen u.a.

Bei einem Teil der durchgeführten Prozesse (Latinsky/Hüttenrauch) konnte der Nachweis erbracht werden, daß diese Firmen unmittelbar im Auftrage imperialistischer Geheimdienste tätig wurden und von den Geheimdiensten die erforderlichen finanziellen Mittel zur Gründung der Firmen bzw. zur Finanzierung der subversiven Tätigkeit und zur Finanzierung ihrer in der DDR gewonnenen personellen Stützpunkte erhalten haben.

In den seit 1968 durchgeführten Prozessen vor Gerichten der DDR konnte bisher nicht schlüssig nachgewiesen werden, daß die Vertreter der westdeutschen Firmen im unmittelbaren Auf-

trage großer Konzerne tätig waren. Aus der Art und Weise der Durchführung der subversiven Tätigkeit sowie den Verbindungen dieser Firmen zu Konzernen laut sich jedoch eindeutig der Schluß ziehen, daß diese kleineren Firmen, die über relativ umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen zur DDR verfügen, die Interessen der großen Monopole und Konzerne wahrnehmen und zugleich in deren unmittelbarem bzw. mittelbarem Auftrage Sabotage und Diversionsverbrechen und andere subversive Handlungen gegen die DDR durchführen. Ein typisches Beispiel für die veränderten Methoden und Taktiken ist die Seeberger KG, Westdeutschland. [1)]

> Die Pumpenfabrik Seeberger KG wurde im Frühjahr 1959 gegründet. Die Gründung erfolgte auf Initiative der Gebrüder Abel. Karl Werner Abel war bis 1945 als Direktor der Düsseldorfer Bank tätig und gleichzeitig Funktionär der NSDAP.
>
> Auf der Grundlage des von Karl Werner Abel fixierten Gesellschaftsvertrages wurde Friedrich Seeberger, obwohl er kein Kapital in die Firma einbringen konnte, als persönlich haftender Gesellschafter und gleichzeitiger Geschäftsführer eingesetzt. Durch den Gesellschaftsvertrag wurde Seeberger von jeder Entscheidungsbefugnis über die Entwicklung der Seeberger KG ausgeschlossen. Dadurch hatte sich nach Aussagen des Seeberger, Karl Werner Abel eine Möglichkeit geschaffen, ihn jederzeit zur Durchsetzung der Ziel der Gebrüder Abel erpressen zu können. Bei Gründung erhielt Seeberger den Auftrag, kurzfristig die Produktion von Exzenterschneckenpumpen aufzunehmen und mit diesen den Markt der DDR und anderer sozialistischer Staaten zu erschließen. Zur Verwirklichung dieser Aufgabe und zur Erweiterung des Einflusses der Seeberger KG in den sozialistischen Ländern mit weiteren Erzeugnissen der Seeberger KG, sollte Seeberger im Auftrage Abels in Industrie und Außenhandelsorganen der DDR ein Netz von Vertrauensleuten aufbauen, die ausgenutzt werden sollten zur Erweiterung der Handelsbeziehungen der Seeberger KG und des Absatzes ihrer Produktion in den sozialistischen Staaten. Zu diesem Zwecke der Korrumpierung und Bestechung von Mitarbeitern der Außen-

---

1) Die Untersuchungen gegen Seeberger sind noch nicht abgeschlossen. S. befindet sich in Untersuchungshaft.

handelsorgane der DDR wurde Seeberger von Abel ein Sonderfonds zur Verfügung gestellt. Im Auftrage des Karl Werner Abel mußte Seeberger Verwandte und Bekannte des Abel in die Firma in leitende Stellungen einbauen, wie den ehem. Offizier der faschistischen Wehrmacht, Wolfgang Gaertner und den Ingenieur Dieter Felder. Gaertner sollte auf Weisung Abels Verbindung zu Banken, westdeutschen Dienststellen und anderen Firmen in Westdeutschland und im kapitalistischen Ausland aufnehmen und unterhalten. Felder hatte die Aufgabe, eine Verkaufs- und Absatsorganisation in den sozialistischen Staaten aufzubauen und diese später zu leiten. Die neugegründete Firma Seeberger KG wurde durch westdeutsche Konzerne und Banken vorrangig unterstützt und gefördert, insbesondere durch umfangreiche Kredite von der Deutschen Bank und von der Industrie- und Kreditbank Düsseldorf sowie durch Aufträge von Konzernen und Firmen, wie Lurgi, Krauss-Maffai, Pintsch-Bamag, Wiegand-Apparatebau u.a. Die Seeberger KG lieferte für diese Konzerne und Firmen Komplettierungsaggregate für Anlagen, die in die DDR importiert wurden, nachdem es Seeberger gelungen war in verschiedenen Industriebetrieben und Industriezweigen der DDR Fuß zu fassen, erfolgte die weitere Steuerung der Firma Seeberger KG nicht mehr durch die Gebrüder Abel, sondern durch die Direktoren der westdeutschen Pumpenfabrik Allweiler KG - Reichel und Wieland, deren Unternehmen als Kommanditist in die Seeberger KG eintrat. Der Gesellschaftsvertrag wurde unverändert beibehalten und zusätzlich wurde zwischen Abel sowie Reichel und Wieland vertraglich vereinbart, daß Gaertner und Felder aus der Firma solange nicht ausscheiden dürfen, wie die Seeberger KG existiert.
Reichel der Vorsitzender des EWG-Organs "Europ Pomp" ist und Wieland der eng mit der Deutschen Bank liiert ist, kontrollieren vor allem über Gaertner, wie Seeberger die ihm übertragenen Aufgaben erfüllt. Sie stellten ihm die zusätzliche Aufgabe, mit Allweiler-Pumpen in die DDR einzudringen und zu diesem Zwecke weitere Vertrauensleute, vor allem in den Außenhandelsorganen der DDR, zu gewinnen. Im Jahre 1965 gewann Seeberger und Felder den damaligen Gruppenleiter und späteren Stellvertreter des Kontordirektors im Außenhandelsbetrieb Technocommerz, Gelzenleichter, als Vertrauensperson.

Um die handelspolitische Konzeption der DDR -den Import von Pumpen der Seeberger KG einzuschränken-

unwirksam zu machen, wurde durch Gaertner, Wieland und Gelzenleichter vereinbart, unter Einschaltung der Deutschen Bank Düsseldorf, verschiedene westdeutsche Scheinfirmen in Belgien und Holland zu gründen, über die in der Folgezeit die Exporte der Firma Seeberger KG in die DDR abgewickelt wurden.

Aus den Aufklärungsergebnissen des MfS ergibt sich, daß die Konzerne und Geheimdienste die eigentlichen Organisatoren der wirtschaftlichen Störtätigkeit sind. Um jedoch in der Öffentlichkeit nicht entlarvt zu werden, lassen Geheimdienste und Konzerne über Mittelsmänner Firmen gründen bzw. beteiligen sich an Firmen und bestimmen die Richtung der subversiven Tätigkeit solcher Firmen. Da die Firmeninhaber in der Regel über Mittelsmänner der Geheimdienste, die sich als solche gegenüber den Firmeninhabern nicht zu erkennen geben oder über Konzernleitungen ihre Anleitungen und Aufträge zur Durchführung von subversiven Handlungen gegen die DDR erhalten, wird es in den Strafverfahren bedeutend schwerer, die unmittelbaren Beziehungen dieser Firmen zu Geheimdiensten oder Konzernen nachzuweisen, die die eigentlichen Auftraggeber für die Durchführung der Störtätigkeit sind.

Im Auftrage von Konzernen und Geheimdiensten bzw. auch im Zusammenwirken der Konzerne mit den Geheimdiensten wurden in den letzten Jahren, wie die Aufklärungsergebnisse des MfS beweisen, eine Reihe solcher Tarnfirmen gegründet. Diese Methode der Störtätigkeit ist für die Konzerne zweifelsohne mit einem geringeren Risiko verbunden. Der Nachweis ihrer verbrecherischen Tätigkeit über diese Tarnfirmen wird komplizierter. Im Falle der Entlarvung solcher Tarnfirmen distanzieren sich sowohl Konzernleitungen als auch Geheimdienste von diesen Firmen. Die Konzerne gehen durch derartige Methoden kaum finanzielle Risiken ein. Das in diese Firmen über Mittelsmänner investierte Kapital können sie jederzeit zurückziehen. Nach außen wahren die Konzerne durch diese Manipulationen ihr Gesicht und ihren seriösen Ausdruck.

Die im Auftrage von Geheimdiensten und Konzernen tätigen Firmen verfügen in der Regel über umfangreiche Wirtschafts-

beziehungen zur DDR, die sie zielgerichtet zur Störtätigkeit ausnutzen. Entscheidend für die Einbeziehung kleinerer Handelsfirmen und Produktionsbetriebe in das System der Störtätigkeit durch westdeutsche Geheimdienste und Konzerne ist nicht die Größe der Firma, sondern vielmehr der Umfang ihrer Wirtschaftsbeziehungen zur DDR. Die Untersuchungs- und Auf-' klärungsergebnisse des MfS beweisen, daß sich die Geheimdienste auf solche Handelsfirmen und Produktionsbetriebe konzentrieren, die störanfällige Waren in die DDR liefern bzw. störanfällige Waren aus der DDR importieren, die dann in Westdeutschland gebrauchsuntüchtig gemacht werden bzw. für nicht vorgesehene Einsatzgebiete Verwendung finden, um so das Ansehen der DDR bei ihren Geschäftspartnern in Mißkredit zu bringen und den Absatz von DDR-Erzeugnissen zugunsten der westdeutschen Konzerne einzuschränken.

So ließ der Inhaber der Firma Oelmess Latinsky, der seit 1964 das Alleinvertretungsrecht für Pumpen des VEB Industriewerk Karl-Marx-Stadt (IWK) hatte, in seinem Betrieb in Hamburg ohne Einverständnis des DDR Herstellerbetriebes -VEB IWK- an Spezialpumpen Eingriffe und Umbauten vornehmen, durch welche die Qualität der Pumpen gemindert wurde und eine Abweichung vom DDR Standard vorlag. Die von Latinsky "frisierten" und "getrimmten" Pumpen wurden an Endabnehmer in Westdeutschland und in den EWG-Staaten als Spezialpumpen zur Förderung solcher Medien, wie z.B. Kunstharzleim, Farben, Lacke, Quecksilber und Laugen verkauft. Obwohl Latinsky wußte, daß diese Pumpen des IWK lt. TGL nur für selbstschmierende Medien, wie z.B. Motoren- oder Schmieröl, vorgesehen waren. Die Endabnehmer wurden so über die Qualität der Pumpen getäuscht. Durch diesen falschen Einsatz der Pumpen mußten zwangsläufig Störungen und Havarien an den Pumpen des IWK auftreten. Das führte dazu, daß das Ansehen der Erzeugnisse des IWK bei den Kunden diskreditiert wurde und führte auch dazu, daß der Absatz der Erzeugnisse des IWK in den EWG-Staaten beträchtlich zurückging.

Im Gutachten im Prozeß wurde nachgewiesen, daß die vom IWK gelieferten Pumpen Qualitätserzeugnisse darstellen. Latinsky

forderte vom DDR-Herstellerbetrieb für die aufgetretenen Schäden an den von ihm selbst umgebauten Pumpen ungerechtfertigt Schadenersatz, der zum Teil auch bezahlt wurde.

Die Einbeziehung von Handels- und Vertreterfirmen zeigt neben dem festgestellten eine weitere Erkenntnis. Nachdem die gesamte Störtätigkeit der Firma Latinsky im Prozeß vor dem OG bewiesen und entlarvt war, meldete ca. 4 Wochen später die Firma in Hamburg den Konkurs an. Heute bereits findet man die Firma in keinem Register oder Branchenbuch in Westdeutschland. Es wird notwendig sein, diese Entwicklung auch bei der Firma Seeberger KG und Arft zu verfolgen. Die Verfasser sind der Auffassung, daß es zum System der Störtätigkeit gehört, die Firmen zu bilden, sie umfassend einzubeziehen und wenn sie entlarvt sind, zu liquidieren. Durch eine solche Methode wird die Entlarvung der Hintermänner erschwert und in einigen Fällen sogar unmöglich gemacht. Die Wolfsmoral des Imperialismus wird an solchen Beispielen deutlich.

Der wegen Sabotage im Zusammenhang mit westdeutschen Generalvertretern verurteilte DDR Bürger Bengsch bediente sich nachfolgender Methode zur Einschränkung des Absatzes von DDR Erzeugnissen im kapitalistischen Ausland zugunsten westdeutscher Konzerne und Monopole durch Diskreditierung des Ansehens von DDR Erzeugnissen.

Bengsch setzte im VEB Buchungsmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt im Auftrage westdeutscher Generalvertreter die Lieferung von noch funktionsunsicheren neuentwickelten Buchungsmaschinen, die erst Fertigungs- und Funktionsmuster darstellten, also sich nicht einmal im Stadium von Versuchsmaschinen befanden, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, die Auslieferungen derartiger Maschinen als Testmaschinen in das kapitalistische Ausland verbieten, durch. Zu diesem Zwecke hatte er die Außenhandelsorgane der DDR über die Qualität der Buchungsmaschinen vorsätzlich getäuscht. Sowohl Bengsch als auch den westdeutschen Generalvertretern waren die an den Buchungsmaschinen noch auftretenden erheblichen Funktionsmängel bekannt.

Diese Maschinen wurden von Bengsch kostenlos an die westdeutschen Generalvertreter ausgeliefert. Die westdeutschen Generalvertreter verkauften diese Buchungsmaschinen im Einverständnis mit Bengsch als Qualitätserzeugnisse zum vollen Preis. Die Endabnehmer wurden ebenfalls über die Qualität der Buchungsmaschinen getäuscht. Auftretende Schäden an den als Testmaschinen ausgelieferten Buchungsmaschinen wurden in der Folgezeit dem VEB Buchungsmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt in Rechnung gestellt. Bengsch und die westdeutsche staatsfeindliche Gruppe der Generalvertreter erreichten durch derartige Manipulationen, daß das Ansehen der Erzeugnisse des VEB Buchungsmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt bei den westdeutschen Endabnehmern diskreditiert wurde.

Als Folgen war zu verzeichnen, daß in den folgenden Jahren der Absatz von Erzeugnissen des VEB Buchungsmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt in Westdeutschland und in den EWG-Staaten erheblich zurückging.

Die westdeutschen und Westberliner Konzerne treten nach wie vor auch selbst unmittelbar aktiv gegen die DDR in Erscheinung. Sie wenden dabei aber solche Mittel und Methoden an, die strafrechtlich nicht relevant sind und bei denen der Nachweis einer verbrecherischen Tätigkeit äußerst kompliziert zu führen ist.

Als die westdeutschen Konzerne erkannten, daß die durch sie veranlaßten und über die Bonner Regierung verfügten technischen Beschränkungen in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie zwischen Westberlin und der DDR nicht den gewünschten Erfolg brachten und das wirtschaftliche Wachstum der DDR nicht aufrechtzuerhalten war, veranlaßten sie die Bonner Regierung, eine Reihe dieser Einschränkungen aufzuheben, wie z.B. die Aufhebung der einseitig eingeführten Widerrufsklausel für westdeutsche und Westberliner Lieferungen in die DDR; Zusammenlegung des Swings der Verrechnungskosten; Aufhebung einiger Wertbegrenzungen für Lieferungen der DDR nach Westdeutschland; Verzicht auf Saldenausgleich; Erweiterungen der beiderseitigen Lieferungen von Erzeugnissen des Maschinen-

baues, des Fahrzeugbaues und der elektronischen Industrie; Bildung eines Kreditinstitutes zur Refinanzierung gewährter Zahlungsziele für Investitionsgüterlieferungen durch westdeutsche Unternehmer; Schaffung von "Sonderregelungen" für den Handel mit der DDR im Zusammenhang mit der Einführung der "Mehrwertsteuergesetzgebung" in Westdeutschland; Aufhebung einiger Wertbegrenzungen für Lieferungen der DDR nach Westdeutschland.

Diese von der Bonner Regierung als sogenannte Erleichterungen für den Handel bezeichneten Maßnahmen sind im Schwerpunkt Regelungen, die im Interesse westdeutscher Unternehmer liegen und diese zu zusätzlichen Lieferungen an die DDR stimulieren sollen. Bei diesen "Erleichterungen" handelt es sich in Wirklichkeit lediglich um den Verzicht auf einige technische Behinderungsmaßnahmen, während die Haupthindernisse, die für den Handel von der Bonner Regierung aufgerichtet wurden, nach wie vor bestehen bleiben.

Die Grundlinie der Bonner Handelspolitik zur DDR bleibt im wesentlichen unverändert und besteht im Kern darin, die Alleinvertretungsanmaßung nach wie vor aufrechtzuerhalten, die DDR politisch und ökonomisch zu diskriminieren, eine Monopolstellung Westdeutschlands im Handel der DDR mit kapitalistischen Staaten zu erreichen, Abhängigkeitsverhältnisse der Wirtschaft der DDR von der westdeutschen zu schaffen, die westdeutschen Partnerländer in wachsendem Maße im Handel mit der DDR zu bevormunden, u.a. durch Veranlassung ungünstiger Preis-, Kredit- und sonstiger Konditionen, Fortsetzung der politisch-ideologischen Angriffe auf die Verbündeten der DDR durch Argumentationen bei diesen über eine angebliche Vorrangstellung und -behandlung der DDR im Handel im Verhältnis des Handels Westdeutschlands mit den sozialistischen Staaten mit dem Ziel, Meinungsverschiedenheiten in den sozialistischen Bruderländern hervorzurufen und die DDR von ihren Verbündeten politisch und ökonomisch zu isolieren.

Die von der westdeutschen Regierung im Auftrage der Konzerne beschlossenen "Lockerungen" in den bestehenden gesetzlichen

Bestimmungen des Handels zwischen den beiden deutschen Staaten sollen dazu dienen, die o.g. Zielstellungen, insbesondere die Erreichung einer Monopolstellung im Handel mit der DDR zu realisieren.

Seitdem versuchen westdeutsche und Westberliner Konzerne verstärkt in das Anlagengeschäft mit der DDR einzudringen, speziell auf dem Gebiet störanfälliger Waren mit dem Ziel, Abhängigkeitsverhältnisse von Westdeutschland zu schaffen. Die sich dahinter verbergende Zielstellung ist einduetig. Die ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse sollen zum gegebenen Zeitpunkt zu politischen und ökonomischen Erpressungen mißbraucht werden. (Wie z.B. durch Vertragkündigungen, Nichterneuerung abgelaufener Verträge über Ersatzlieferung u.a.)

Mit dem Ausbau dieser Beziehungen wollen die Bonner Machthaber gleichzeitig politisch in der DDR wirksam werden.

Speziell zu diesem Zweck empfing Willy Brandt -noch vor seiner Wahl als Bundeskanzler im Februar 1969- westdeutsche Großindustrielle und stellte diesen zur Aufgabe, dort, wo die westdeutsche Regierung nicht aktiv werden könne oder zur Zeit nicht wolle, mit ökonomischen Mitteln stärkeren Einfluß auf die DDR unmittelbar bzw. auf ihre Außenwirtschaftsbeziehungen mit kapitalistischen Industrieländern und Entwicklungsländern zu gewinnen.

Um die Alleinvertretungsanmaßung Westdeutschlands weiterhin aufrechtzuerhalten und eine diplomatische Anerkennung der DDR zu weiteren Staaten zu verhindern, versuchen die Bonner Machthaber dem wachsenden ökonomischen und politischen Einfluß der DDR auf den Weltmärkten entgegenzuwirken. Zu diesem Zwecke werden neben subversiven staatsverbrecherischen Methoden (Sabotage, Diversion, Spionage) westdeutsche diplomatische und Handelsvertretungen in anderen Staaten zur Erpressung dieser Staaten eingesetzt. [1)]

Eine weitere, gegenwärtig verstärkt praktizierte Methode ist das Unterbreiten von scheinbar ökonomisch günstigen Kooperationsangeboten westdeutscher Konzerne an volkseigene Betriebe

---

1) Beispiel s. Anlage 1

der DDR, Angeobte zum gemeinsamen Auftreten auf internationalen Märkten, Angebote zur Aufteilung der Marktanteile in anderen Staaten und vieles andere mehr. Die Einbeziehung von DDR Betrieben in solche Kooperationen bringt den westdeutschen Konzernen einseitige materielle und finanzielle Vorteile. Ein derartiges gemeinsamen Auftreten mit westdeutschen Konzernen würde grundsätzlich die Politik der DDR in diesen Ländern unglaublich machen, weil damit die Existenz zweier deutscher Staaten negiert wird. Deshalb darf ein solches gemeinsames Auftreten nicht augelassen werden. [1]

Eine weitere wirkungsvolle und verstärkt praktizierte Methode der Störtätigkeit ist die von der westdeutschen Regierung im Auftrage der westdeutschen Konzerne angewandte Erpressungsmethode der verbündeten NATO-Staaten.

Die westdeutsche Regierung maßt sich an, ihren NATO-Verbündeten Beschränkungen im Handel mit der DDR aufzuerlegen und deren Wirtschaftsbeziehungen zur DDR zu kontrollieren. [2]

2. Die Erschließung materieller Reserven für die Volkswirtschaft der DDR durch die Nutzung der ökonomischen Vorteile aus den Handelsbeziehungen mit Westdeutschland und Westberlin sowie durch die Aufdeckung und Beseitigung begünstigender Bedingungen der Störtätigkeit im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen

---

Aus dem Systemcharakter der wirtschaftlichen Störtätigkeit ergibt sich, daß die Bekämpfung der Störtätigkeit als eine gesamtgesellschaftliche Aufgäbe zu betrachten ist, an der alle gesellschaftlichen Kräfte -entsprechend ihren Möglichkeiten und spezifischen Verantwortlichkeiten- mitwirken müssen.

---

1) Beispiele s. Anlage 2

2) Beispiele s. Anlage 3

Die raffinierten Mittel und Methoden des Feindes, das koordinierte Vorgehen aller feindlichen Kräfte auf der Grundlage einer gemeinsamen Konzeption zur Schädigung der Volkswirtschaft erfordern, das System der Sicherung der Volkswirtschaft, speziell das Teilsystem Sicherung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu nichtsozialistischen Staaten und Gebieten, ständig zu vervollkommnen. Das muß insbesondere durch eine straffe Leitung und Koordinierung aller gesellschaftlichen Kräfte erfolgen, die an der Bekämpfung der Störtätigkeit im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR im entscheidenden Maße durch spezifische Kontrollfunktionen beteiligt sind bzw. Kontrollmöglichkeiten haben. Die Verfasser der Arbeit sind auf Grund der Untersuchungsergebnisse zur Bekämpfung der Störtätigkeit im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu Westdeutschland und Westberlin zu der Feststellung gelangt, daß die vorhandenen gesellschaftlichen Potenzen zur Bekämpfung der Feindtätigkeit im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen noch zielstrebiger und rationeller genutzt werden können. Im folgenden Teil der Arbeit unterbreiten die Verfasser Vorstellungen, die zeigen sollen - ohne das gesamte System der Sicherung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu Westdeutschland und Westberlin zu behandeln- wie die vorhandenen spezifischen Kontrollorgane des Ministeriums für Außenwirtschaft wirkungsvoller zur Zurückdrängung der Störtätigkeit und Verminderung von Devisenverlusten genutzt werden können.

2.1 Analyse der schädigenden Auswirkungen auf die Volkswirtschaft der DDR durch die Störtätigkeit feindlicher Kräfte

Die der Volkswirtschaft der DDR zugefügten materiellen Schäden durch die wirtschaftliche Störtätigkeit imperialistischer Geheimdienste, staatlicher Einrichtungen und Organe des westdeutschen Staates, feindlicher Organisationen sowie der westdeutschen und Westberliner Konzerne sowie Firmen stellen eine

nicht zu unterschätzende Größe dar. Die ökonomischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Störtätigkeit der feindlichen Kräfte schmälern erheblich das Nationaleinkommen der DDR, die Effektivität der Volkswirtschaft und sind ein ernstzunehmender Faktor, der die volle Durchsetzung und Wirksamkeit des ökonomischen Systems der DDR -insbesondere im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen- negativ beeinflußt.

Es ist zwar nicht möglich, eine bis ins Detail gehende Berechnung darüber anzustellen, wie hoch jährlich die finanziellen Verluste sind, die der Volkswirtschaft der DDR durch die Störtätigkeit feindlicher Kräfte zugefügt werden, da nicht alle Erscheinungsformen der Störtätigkeit aufgedeckt werden und auf diesem Gebiet noch mit einer nicht genau bestimmbaren beträchtlichen Latenz zu rechnen ist.

Die Latenz auf diesem Gebiet der Feindtätigkeit hat ihre Ursachen vor allem in der Kompliziertheit des Nachweises der feindlichen Tätigkeit sowie in der Tatsache, das noch eine Reihe begünstigender Bedingungen zur Durchführung, Verschleierung und Tarnung der Störtatigkeit im gesellschaftlichen Leben der DDR vorhanden sind, die sowohl objektiver als auch subjektiver Natur sind. [1)]

Zum anderen muß in diesem Zusammenhang auch gesehen werden, daß es nicht in jedem Falle möglich ist, die durch die Handlungen feindlich tätiger Personen hervorgerufenen schädigenden Auswirkungen -insbesondere die noch entstehenden möglichen Folgeschäden- exakt zu berechnen und zu quantifizieren.

---

1) So sind eine Vielzahl von Erscheinungsformen der wirtschaftlichen Störtätigkeit feindlicher Kräfte in ihrem äußeren Erscheinungsbild identisch mit andern kriminellen Verhaltungsweisen in der Volkswirtschaft, die zu Schäden führen. Dieser Umstand wird durch Täter zur Verschleierung feindlicher Zielsetzungen ihrer Verhaltensweise ausgenutzt. Die feindlich tätigen Personen versuchen ihre Verhaltensweisen mit persönlichen Bereicherungsabsichten, mit Fahrlässigkeit oder Unkenntnis u.a. Motiven und Zielen zu belegen, die zu einer höheren Bestrafung führen, zu entgehen.

Das betrifft insbesondere solche Auswirkungen der Störtätigkeit feindlicher Kräfte, die in Folge des Verrates geheimer Forschungsergebnisse oder anderer geheimzuhaltender Nachrichten oder Tatsachen aus dem Bereich der Volkswirtschaft bzw. der Wissenschaft und Forschung an imperialistische Geheimdienste, andere feindliche Stellen, Konzerne oder Firmen oder wissenschaftliche Einrichtungen oder Institutionen in anderen Staaten oder Gebieten entstehen.Des weiteren können in der Regel solche schädigende Auswirkungen auf die Volkswirtschaft der DDR, die in Folge der Sabotierung von Forschungsergebnissen oder Entwicklungsarbeiten als Nachfolgeschäden zu verzeichnen sind oder die durch Störaktionen der Bonner Regierung gegen die Normalisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu nichtsozialistischen Staaten oder Gebieten entstehen, nicht in finanziellen quantifiziert werden.

Die ungefähren Ausmaße der ökonomisch-schädigenden Auswirkungen - gemessen in quantifizierbaren finanziellen Wertgrößen - die der DDR jährlich durch die Störtätigkeit des westdeutschen Staates entstehen, verdeutlichen die in den letzten Jahren abgeschlossenen Strafverfahren gegen die Agenten und Saboteure Förster, Kreutz, Triebel, Latinsky, Bengsch und Seltmann, die jahrelang im Auftrage imperialistischer Geheimdienste oder westdeutscher Konzerne bzw. Firmen zielgerichtet Störtätigkeit gegen die Volkswirtschaft der DDR durchführten.

Die in finanziellen Werten meßbaren und quantifizierbaren Schäden, die der Volkswirtschaft durch die Verbrechen der genannten Personen zugefügt wurden, zeigt nachfolgende Aufstellung.

Täter	Direkter Schaden in Mio Mark der DDR	Nachfolgeschaden in Mio Mark der DDR	Zeitraum
Förster) Kreutz) Triebel)	700.0	[2]	1957/1965
Latinsky	11.0	ca. 250.0	1955/1966
Bengsch	4.2 [1]	ca. 120.0 [2]	1963/1967
Seltmann	27.5	[2]	1960/1967
Insgesamt	742.7 Mio [3]		

Ein weiteres Beispiel soll verdeutlichen, welche ökonomischen, im einzelnen nicht quantifizierbaren Schäden der DDK durch die Spionagetätigkeit und Sabotage auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung entstanden sind:

Der Spion und Saboteur H., der im Auftrage des westdeutschen Geheimdienstes und leitender Mitarbeiter des Stemag-Konzerns tätig war, verursachte durch die

---

1) Davon 3.0 Mio VE bei anderen Tätern in Gutachten und Urteilen nicht gesondert ausgewiesen.

2) Die Nachfolgeschäden sind gemäß Gutachten in diesen Fällen noch nicht übersehbar. Der Produktionsausfall, der dem Betrieb IWK durch die Handlungen des S. verursacht wurde, beträgt jährlich 10.0 Mio Mark der DDR.

3) Die durchschnittliche jährliche Schadensgröße beträgt demnach ca. 57.0 Mio Mark bei den direkten Schäden. Dabei muß jedoch gesehen werden, daß die Tendenz in den letzten Jahren sinkend ist^

Desorganisierung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Ferriteproduktion, eines Produktionszweiges der Elektronik, auf dem die DDR zuvor gemäß dem Sachverständigengutachten die Weltspitze mit bestimmte, einen Rückstand der DDR hinter der Weltspitze um ca. 5 Jahre. Der hierdurch eingetretene Nachfolgeschaden ist in finanziellen quantifizierbaren Werten nicht meßbar, Die Folgen dieser

Sabotagetätigkeit wirken sich in einer Reihe von Industriezweigen und Betrieben der DDR und in der Außenwirtschaftstätigkeit heute bereits aus.

Unter Zugrundelegung der abgeschlossenen Vorgänge, der sich z. Zt. in operativer und untersuchungsmäßiger Bearbeitung befindlichen Vorgänge, der Arbeitsergebnisse der Zollfahndung und Zollermittlung sowie der effektiv vorhandenen Schäden bei latenten staatsfeindlichen Handlungen gegen die Volkswirtschaft der DDR, deren Größe im einzelnen zwar nicht genau bestimmbar ist (Dunkelziffer), können die der DDR jährlich zugefügten direkten Schäden auf etwa 50 - 100 Mio Mark der DDR geschätzt werden. Die durch die feindlichen Handlungen verursachten Folgeschäden, die im einzelnen nicht exakt in finanziellen Werten meßbar sind, werden jährlich nach Schätzungen um das 5 - 10-fache größer sein.

Diese im einzelnen zwar nicht genau mathematisch zu beweisenden Schätzungen, die aber auf einer realen Grundlage der politisch-operativen Erfahrungen in der Bekämpfung der Störtätigkeit gegen die Volkswirtschaft der DDR beruhen, verdeutlichen die gegenwärtige Situation und zeigen zugleich, welche volkswirtschaftlichen Reserven für die allseitige Stärkung der DDR erschlossen werden können, wenn es durch einen koordinierten Einsatz aller gesellschaftlichen Kräfte gelingt, die feindliche Störtätigkeit maximal zurückzudrängen, feindlich tätige Personen nicht erst im Durchschnitt nach 5 - 8 Jahren

zu entlarven, wie sich aus den Analysen abgeschlossener Vorgänge ergibt. (siehe Tabelle S. 41)

2.2. Zu einigen Entwicklungstendenzen der Wirtschaftsbeziehungen der DDR zu Westdeutschland und Westberlin und die sich daraus ergebenden Vorteile für die DDR

Der Handel der DDR mit Westdeutschland und Westberlin nimmt am Gesamtaußenhandel der DDR, hinter der UdSSR und der CSSR, den dritten Platz ein. Der Umsatz im Handel der DDR mit Westdeutschland und Westberlin weist im absoluten Umfang seit 1960 eine steigende Tendenz auf. So stieg der Umsatz (einschließlich Sondergeschäfte) von 1.878 Mio VM im Jahre 1960 auf 2.900 Mio VM im Jahre 1968. Das entspricht einer Steigerung von 54,2 Prozent. Für das Jahr 1969 ist eine weitere Steigerung im Umsatz im Vergleich zu 1968 vorgesehen. Es wird erstmalig die 3 Milliarden-VM-Grenze beträchtlich überstiegen.

Betrachtet man jedoch den relativen Anteil Westdeutschlands und Westberlins am Handel mit der DDR, so ergibt sich eine Stagnation bzw. seit 1968 eine leicht steigende Tendenz. Im Jahre 1960 betrug der relative Anteil Westdeutschlands und Westberlins am Gesamtaußenhandel der DDR ca. 10 Prozent, im Jahre 1968 ca. 10 - 11 Prozent. Westdeutschland und Westberlin ist somit nach wie vor der größte Handelspartner der DDR im NSW. Im Jahre 1968 entfielen ca. 45 Prozent des Außenhandelsumsatzes der DDR mit dem NSW auf Westdeutschland und Westberlin.

Die Entwicklung der Warenstruktur im Handel der DDR mit Westdeutschland und Westberlin veranschaulicht nachfolgende Tabelle:

Export der DDR nach Westdeutschland und Westberlin - dargestellt in Prozenten des Gesamtumfanges des Warenaustausches; im Jahre 1969 - staatliche Planauflage

	1960	1966	1967	1968	1969
Metallverarbeitende Industrie	11.8	14.9	14.5	16.6	17.9
Leichtindustrie	= [1)]	31.3	33.1	36.8	39.7
Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie		18.8	21.0	20.8	19.8
Chemische Industrie und Grundstoffindustrie	52.0	35.0	31.4	25.8	22.6

---

1) 1960 wurde anders erfaßt - Leichtindustrie und Lebensmittelindustrie zusammen = 30.7 %

Landwirtschaft (einschließlich Forstwirtschaft) = 5.4 %

Import der DDR aus Westdeutschland und Westberlin - dargestellt in Prozenten am Gesamtwarenaustausch im Jahre 1969 - staatliche Planauflage

	1960	1966	1967	1968	1969
Metallverarbeitende Industrie	31.4	19.6	22.6	20.2	28.8
Leichtindustrie	-	12.0	13.9	15.7	15.3
Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie	-	16.7	19.9	18.3	15.8
Chemische Industrie und Grundstoffindustrie	43.5	51.7	43.6	45.8	40.1

Die Entwicklung der Warenstruktur zeigt, daß diese nicht den Erfordernissen der ökonomischen Beziehungen zwischen zwei hochindustrialisierten Staaten entspricht.

Aus der Warenstruktur ergibt sich im einzelnen:

Der Exportanteil der DDR an Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie nach Westdeutschland und Westberlin mit einem Anteil im Jahre 1967 von 16.6 % liegt erheblich unter den international üblichen Anteilen zwischen vergleichbaren Industrieländern, der durchschnittlich 30 - 40 % beträgt. Im internationalen Handel sind bei hochindustrialisierten Ländern auf diesem Gebiet absolute Steigerungsraten von jährlich durchschnittlich 11 % üblich.

Durch den Rückgang der Exporte von Braunkohlenbriketts und die Einstellung von Mineralöllieferungen der DDR bis zum Jahre 1967 nach Westdeutschland und Westberlin und den dadurch bedingten überdurchschnittlich hohen Anteil im Export der Leicht- und Lebensmittelindustrie, ist eine stark abnehmende Valutarentabilität - zum Nachteil der DDR - zu verzeichnen gewesen.

Die Ausnutzung der EWG-Marktordnungen bringen der DDR bei der Lieferung von Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie und bei Agrarprodukten ökonomische Vorteile. Bei voller weiterer Ausnutzung dieses zeitweiligen Vorteils muß jedoch eine konsequente Verbesserung der Exportstruktur der DDR nach Westdeutschland und Westberlin zugunsten des Maschinenbaus angestrebt werden. [1]

Durch die Liberalisierung der Einfuhren Westdeutschlands, besonders von Textilerzeugnissen aus sogenannten Niedrigpreisländern (Japan, Hongkong u. a.), kommt es zu zunehmenden Verschärfungen im Konkurrenzkampf bei steigendem Export dieser Erzeugnisse der DDR nach Westdeutschland.

---

1) Vgl. Anlage 4

Der damit verbundene Preisdruck seitens Westdeutschlands auf die DDR, führt perspektivisch zu wachsenden ökonomischen Verlusten und kann nur durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie durch die Senkung der Selbstkosten in den Exportbetrieben der DDR durch konsequente Rationalisierung und Automatisierung aufgefangen werden.

Aus der Warenstruktur im Handel der DDR mit Westdeutschland und Westberlin ergibt sich, daß die DDR sowohl import- als auch exportseitig von Westdeutschland abhängig ist. Eine Einstellung westdeutscher und Westberliner Warenlieferungen auf bestimmten Gebieten, besonders Ersatzteillieferungen, führt gegenwärtig noch zu erheblichen Produktionsschwierigkeiten im Bereich der Industrie der DDR. Hinzu kommt, daß bestimmte Waren nicht ohne weiteres aus anderen kapitalistischen Industriestaaten oder aus den sozialistischen Staaten zu gleich günstigen Bedingungen beschafft werden können. Umgekehrt ergibt sich jedoch aus der Warenstruktur der Lieferungen der DDR nach Westdeutschland und Westberlin und aus dem Gesamtanteil der DDR am Außenhandel Westdeutschland und Westberlin (1967 ca. 2 %) für Westdeutschland keine wesentliche ökonomische Schwierigkeit bei Wegfall der Lieferung aus der DDR bzw. der westdeutschen Lieferungen in die DDR.

Exportseitige Abhängigkeiten der DDR von Westdeutschland und Westberlin ergeben sich vor allem daraus, daß bestimmte Waren, die die DDR nach Westdeutschland und Westberlin liefert, nicht oder nur zu sehr ungünstigen

Preisen im Vergleich zu Westdeutschland und verbunden mit erheblichen ökonomischen Verlusten in anderen kapitalistischen Staaten abgesetzt werden könne.

Es handelt sich hier um folgende Erzeugnisse:

Erzeugnisse	Volumen 1967 in Mio VM
Lebensmittel- und Agrarerzeugnisse (Getreide, Vieh, Fleisch, Zucker u. a.)	ca. 300.0
Braunkohlenbriketts	ca. 100.0
Möbel	ca. 30.0
Textilerzeugnisse	ca. 100.0
Verschiedene Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie (Büromaschinen, Werkzeugmaschinen u. a.)	ca. 30.0
Chemische Erzeugnisse	ca. 40.0
	ca. 600.0

Dieses Volumen enspricht ca. 50 % der im Jahre 1967 nach Westdeutschland und Westberlin durchgeführten Exporte der DDR.

Aus dem Handel mit Westdeutschland und Westberlin ergeben sich neben schädigenden Auswirkungen (Anwachsen ökonomischer Abhängigkeitsverhältnisse und der Möglichkeit, diese zu politischen und ökonomischen Erpressungen auszunutzen, Erweiterungen der begünstigenden Bedingungen zur Durchführung staatsfeindlicher Angriffe gegen die DDR im System der wirtschaftlichen Störtätigkeit u.a.) zugleich auch ökonomische Vorteile für die DDR im Vergleich zu anderen kapitalistischen Staaten.

So erzielt die DDR beim Export von Waren nach Westdeutschland und Westberlin um ca. 10 % günstigere Preise als beim Export gleicher Waren in andere kapitalstische Länder (Berechnungsgrundlage 1966). Anderseits werden beim Import von Waren aus Westdeutschland und Westberlin im Durchschnitt aller Waren jährlich um ca. 1,5 % ungünstigere Preise im Verhältnis zu anderen kapitalistischen Staaten gezahlt (Berechnungsgrundlage 1966). Der Export und Import mit Westdeutschland und Westberlin erreichte bis 1967 folgende absolute Preisvorteile:

1964	ca.	209 Mio	VM
1965	ca.	170 "	"
1966	ca.	140 "	"
1967	ca.	120 "	"

Die starke Verringerung in den letzten Jahren ergab sich aus der rückläufigen Tendenz des Absatzes von Braunkohlenbriketts und dem Wegfall der Lieferung von Mineralölerzeugnissen bis einschl. 1967.

Ein im Jahre 1967 im Ministerium für Außenwirtschaft durchgeführter Rentabilitätsvergleich nach Ländern und Währungsgebieten ergibt folgendes Bild:

Land	Rentabilitätskennziffer (RKZ) Export	Import
UdSSR	1.059	1.360
Westdeutschland/ Westberlin	0.911	1.098
kapitalistische Industrieländer	0.789	1.081
Länder Verrechnungswährung	0.821	1.091
Länder freie Devisen	0.709	1.064

Dieser Rentabilitätsvergleich Export/Import zeigt deutlich, daß der Warenaustausch der DDR mit Westdeutschland und Westberlin für die DDR ökonomisch wesentlich vorteilhafter ist, als der im Vergleich zu anderen kapitalistischen Industrieländern.

Zusammenfassend ergibt sich:

Die DDR ist z. Zt. noch auf den Warenaustausch mit Westdeutschland und Westberlin angewiesen. Ein Abbau bzw. eine Drosselung der Handelsbeziehungen führten zu einseitigen ökonomischen Schwierigkeiten für die DDR.

Der DDR erwachsen aus dem Handel mit Westdeutschland ökonomische Vorteile, die es auch künftig durch einen Ausbau der Handelsbeziehungen zu nutzen gilt.

Die Warenstruktur der Lieferungen der DDR nach Westdeutschland und Westberlin sowie der Einfuhren aus Westdeutschland und Westberlin muß schrittweise mit dem Ziel verändert werden, ökonomisch noch bestehende Abhängigkeiten der DDR von Westdeutschland und Westberlin abzubauen. Die Erweiterungen des Warenaustausches müssen so gestaltet werden, daß keine neuen Abhängigkeiten von Westdeutschland und Westberlin auftreten.

Die ökonomischen Vorteile aus dem Handel mit Westdeutschland und Westberlin paralysieren zum Teil mögliche ökonomisch schädigende Auswirkungen bzw. sie können überwiegen, wenn es gelingt, die schädigenden Auswirkungen zurückzudrängen.

Eine Ausweitung der Handelsbeziehungen der DDR zu Westdeutschland und Westberlin muß nicht automatisch zu einem Anwachsen der Störtätigkeit und Störmöglichkeiten durch feindliche Kräfte führen. Der sozialistische Staat ist stark genug, derartige feindliche Angriffe erfolgreich zu bekämpfen und zu verhindern.

Voraussetzung dafür ist, daß alle vorhandenen gesellschaftlichen Potenzen zielstrebig in das Sicherungssystem der Volkswirtschaft wirkungsvoller einbezogen werden.

2.3. Die stärkere Einbeziehung der Zollfahndung und der Zollermittlung in das System der Sicherung der Außenhandelsbeziehungen der DDR - die Möglichkeiten dieser Organe zur Aufdeckung begünstigender Bedingungen und Erscheinungsformen der wirtschaftlichen Störtätigkeit sowie zur Vermeidung von ökonomischen Verlusten

Die staatlichen Organe der Zollfahndung und Zollermittlung unterstehen der Leitung der Zollverwaltung der DDR. Sie sind als spezifische Organe der Zollverwaltung der DDR verantwortlich für die Überwachung der

gesetzlichen Bestimmungen der DDR zur Sicherung des staatlichen Außenwirtschaftsmonopols und für die Aufklärung von Handlungen, die gegen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Sicherung der Außenwirtschaftsbeziehungen und gegen das staatliche Außenhandelsmonopol begangen werden. Sie sind somit spezifische Kontroll- und Ermittlungsorgane der DDR, die anleitungs- und kontrollnäßig dem Minister für Außenwirtschaft der DDR unterstehen.

Die Dienststellen der Zollfahndung und Zollermittlung haben auf Grund ihrer Stellung und der ihnen obliegenden Aufgaben bei richtigem Einsatz der Kräfte umfangreiche Möglichkeiten, begünstigende Bedingungen der Störtätigkeit im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen sowie Handlungen, die den Verdacht einer staatsfeindlichen Tätigkeit begründen, aufzuklären und Einfluß auf die Beseitigung begünstigender Bedingungen zu nehmen und somit ökonomische Schäden für die DDR zu verhindern. Bei richtiger Leitung der Arbeit und richtigem Einsatz der vorhandenen Kräfte, können diese Organe wertvolle Zuarbeit für das MfS zur Aufdeckung feindlich tätiger Personen in der Volkswirtschaft der DDR leisten.

Bei wissenschaftlich begründeter Leitung und effektivem Einsatz der Kräfte sind die Dienststellen in der Lage, den gesamten Import und Export der DDR aus bzw. in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet zu überwachen, Gesetzesverletzungen rechtzeitig aufzuklären und Angriffe feindlicher Kräfte im System der wirtschaftlichen Störtätigkeit zurückzuweisen. Es ist aber zugleich auch möglich, über diese Organe Unordnung, Schlamperei, Mißwirtschaft, Leichtfertigkeit, mangelnde Leitungstätig-

keit in Betrieben der DDR und den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, einschließlich in anderen Kontrollorganen - z. B. der Intercontrol GmbH - des Ministeriums für Außenwirtschaft aufzudecken. Die Dienststellen der Zollfahndung und der Zollermittlung sind somit in der Lage, die DDR vor ökonomischen Schäden, insbesondere vor Devisenverlusten, zu bewahren.

Aus der Analyse vorliegender Arbeitsergebnisse in den Dienststellen der Zollfahndung und Zollermittlung (Informationsberichten, Abschlußberichten) ergibt sich, daß diese Organe bei richtiger politisch-operativer Leitung und Einsatz der Kräfte, nachfolgende ökonomisch sowie politisch-operativ interessante Erscheinungen im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR, die den Verdacht feindlicher Störtätigkeit, anderer schädigender Verhaltenswelsen durch Personen zulassen bzw. begünstigende Bedingungen für Feindtätigkeit darstellen, aufklären können:

- Störende Einflüsse von westdeutschen, Westberliner und anderen ausländischen Vertreterfirmen und Produktionsbetrieben auf die kontinuierliche Abwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR, die dabei praktizierten Mittel und Methoden, wie insbesondere ständige Bestrebungen bei bereits vertraglich fest gebundenen Preisvereinbarungen, Preisreduzierungen zum Nachteil der DDR herbeizuführen, kurzfristige Umstellungen in den vertraglich fest gebundenen Abrufeterminen für DDR-Erzeugnisse durch den Vertragspartner im Ausland, Westdeutschland oder Westberlin, Forderungen nach einmaligen Sonderfertigungen, die von vereinbarten vertraglichen Standards abweichen und nicht notwendig sind u. a. m.

- Nachgeben von Wirtschaftsfunktionären der DDR gegenüber unberechtigten Forderungen der westdeutschen, Westberliner oder anderer ausländischer Vertreter zum ökonomischen Nachteil der DDR, wie bei vertraglich nicht geforderten Qualitätsmerkmalen, die von den Vertretern gestellt werden, ungerechtfertigte Preisnachlässe entgegen den vertraglich vereinbarten, Anerkennen ungerechtfertigter Garantierforderungen bei bereits gezahlten Garantieablösebeträgen u. a. m.

- Zusätzliche Lieferung vertraglich nicht vereinbarter Waren nach Westdeutschland oder Westberlin oder in andere kapitalistische Staaten bei gleichzeitiger Zurückstellung vertraglich gebundener Exportverpflichtungen gegenüber sozialistischer Staaten.

- Nichteinhalten der vertraglich gebundenen Vereinbarungen bei Lieferung von Erzeugnissen westdeutscher, Westberliner oder anderer ausländischer Firmen zum Nachteil der DDR sowie deren Billigung durch Zugeständnisse der verantwortlichen Wirtschaftsfunktionäre.

- Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen für den Export und Import von Waren zum Nachteil der DDR und Aufklärung der dadurch eingetretenen Devisenverluste.

- Verhinderung von Devisenverlusten, durch rechtzeitiges operatives Einschreiten bei festgestellten Gesetzesverletzungen (z. B. bei ungesetzlicher Aus- und Einfuhr von Waren, Vertragsverletzungen u. a. m.)

- Vertragswidrige Lagerung von DDR-Erzeugnissen bei westdeutschen und Westberliner Vertreterfirmen und dadurch auftretende Beschädigungen und Qualitätsminderungen und die ungerechtfertigte Zurückführung dieser Erzeugnisse in die DDR auf Kosten der Lieferbetriebe der DDR.

- Nichteinhaltung von Zahlungsterminen durch westdeutsche, Westberliner oder ausländische Vertreterfirmen und Käufer.

- Erlaß ungerechtfertigter Rabatte in Form von überhöhten Garantieablösesummen und überhöhten Provisionssätzen für westdeutsche, Westberliner oder andere ausländische Vertreterfirmen.

- Korrumpierungen und Bestechungen von Wirtschaftsfunktionären der DDR und Angestellte bzw. Beauftragte von Kontrollorganen des Ministeriums für Außenwirtschaft, wie Beauftragte der Intercontrol GntbH und dadurch vorgenommene, nicht qualitätsgerechte Klassifizierung von Erzeugnissen der DDR durch Beauftragte der Intercontrol GmbH.

- Aufklärung von Erscheinungen der politisch-ideologischen Diversion und Kontaktpolitik, die von Vertretern westdeutscher, Westberliner oder anderer ausländischer Firmen ausgehen.

- Einreisen westdeutscher, Westberliner oder anderer ausländischer Personen, deren Aufenthaltsorte in der DDR und Abweichungen von gesetzlich vorgeschriebenen Reisezielen sowie willkürliche Erweiterungen und Verlängerungen von Aufenthaltsgenehmigungen sowie von Daueraufenthaltsgenehmigungen in der DDR durch die zuständigen Organe, Mißbrauch der erteilten Genehmigungen zu persönlichen Zwecken.

Die Abteilung Zollfahndung klärte z. B. im Jahre 1969 durch ihre operative Arbeit auf dem Gebiet des Fleischwarenexportes (Schweinefleisch) der DDR nach Westdeutschland und Westberlin schädigende Verhaltensweisen und Handlungen von westdeutschen und Westberliner Aufkäufern im Zusammenwirken mit Beauftragten der Intercontrol GmbH und Angestellten der Schlachthöfe auf, die im Jahre 1968 zu Devisenverlusten von 2.1 Mio VE geführt haben. Diese Devisenverluste wurden verursacht durch ungerechtfertigte Quälitätsabstufungen und Stoßungen bei Schweinehälften, die Beauftragte der Intercontrol GmbH im Auftrage westdeutscher oder Westberliner Aufkäufer vornahmen sowie durch andere betrügerische Manipulationen. [1)]

Darüber hinaus wurden durch die Abteilung in diesem Zusammenhang operativ interessante Hinweise zu

- 26 DDR-Bürgern aus dem Bereich der Schlachthöfe
- 23 Beauftragten der Intercontrol GmbH
- 22 westdeutschen, Westberliner bzw. ausländischen Aufkäufern
- 72 Kraftfahrern westdeutscher, Westberliner oder anderer ausländischer Importfirmen

erarbeitet.

---

1) Vgl. Abschlußbericht der Abteilung Zollfahndung Akte "Kombinat" - Auszüge daraus s. Anlage 5

Die Abteilung Zollermittlung hat durch ihre Untersuchung im VEB Pressen und Scherenbau Erfurt nachgewiesen, daß durch störende Einflüsse von seiten westdeutscher Vertreterfirmen auf die Produktion des Betriebes und den Absatz der Erzeugnisse für das Planjahr 1968 Planschäden in Höhe von 46 Mio Mark der DDR entstanden sind. Die Planauflage des Betriebes betrug für 1968 160 Mio Mark der DDR. Etwa 10 % der Erzeugnisse wurden in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet exportiert. [1]

In einem weiteren Untersuchungsbericht der Abteilung Zollermittlung wird nachgewiesen, daß dem VEB Kühlmöbel Erfurt durch die westdeutsche Vertreterfirma Kälte-Dienst Emsdetten ein Schaden von 514.000 Mark der DDR in den Jahren 1968 bis einschließlich erstes Halbjahr 1969 verursacht wurde. Diese Schäden wären bei einem verantwortungsbewußten Verhalten der zuständigen Wirtschaftsfunktiönäre der DDR zum großen Teil vermeidbar gewesen. [2]

Diese kurz skizzierten Beispiele aus der Arbeit der Zollfahndung und Zollermittlung beweisen eindeutig, welche Möglichkeiten diese Organe zur Aufdeckung ökonomischer Verlustquellen im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR sowie zur Aufdeckung begünstigender Bedingungen der feindlichen Störtätigkeit, von schädigenden Verhaltensweisen einzelner Personen haben, die

---

1) Vgl. dazu im einzelnen MAI-Information Nr. 27/10/180/69
Auszüge s. Anlage 6

2) Vgl. Information der Abteilung Zollermittlung 10/181/69
Auszüge daraus s. Anlage 7

den Verdacht einer Feindtätigkeit zulassen bzw. die auf kriminelles Verhalten oder auf Unordnung, Schlamperei, Leichtfertigkeit, Unkenntnis oder mangelnder Leitungstätigkeit beruhen.

Daraus ergibt sich nach Ansicht der Verfasser als eine Konsequenz, die unverzüglich zentral zu entscheiden wäre:

Die Leitung der Zollverwaltung der DDR, die gegenwärtig dem Minister für Außenwirtschaft der DDR untersteht, ist durch in der politisch-operativen Arbeit erfahrene Offiziere des MfS zu verstärken. Anleitungs- und kontrollmäßig ist die Zollverwaltung offiziell dem stellvertretenden Außenwirtschaftsminister der DDR für den Bereich Kommerzielle Koordinierung zu unterstellen.

Die Notwendigkeit dieser Maßnahme ergibt sich daraus, daß eine Erhöhung der Effektivität in der Bekämpfung der feindlichen Störtätigkeit im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen nur erreicht werden kann, wenn alle staatlichen Organe, die unmittelbar durch spezifische Kontrollfunktionen im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen an der Bekämpfung der feindlichen Störtätigkeit und anderer schädigender Verhaltensweisen beteiligt sind, einer einheitlichen Anleitung und Kontrolle unterliegen und wenn die Arbeit dieser Organe stärker mit der Arbeit des MfS koordiniert wird.

Die Stärkung der Zollverwaltung der DDR durch in der politisch-operativen Arbeit erfahrene Offiziere des MfS sowie durch Veränderungen in der Unterstellung ist nach Ansicht der Verfasser auch vom ökonomischen Standpunkt aus gerechtfertigt.

Im Abschnitt 2.1 der vorliegenden Arbeit wurde versucht, den Nachweis zu führen, daß der DDR durch die feindliche Störtätigkeit jährlich Gesamtschäden (direkte und Nachfolgeschäden) von schätzungsweise einer halben Milliarde Mark zugefügt werden. Durch eine kadermäßige Stärkung der Zollverwaltung, die Erhöhung der operativen Schlagkraft der Dienststellen, die bessere Koordinierung der Arbeit der Zollverwaltung mit dem MfS ist es durchaus möglich, diese Schadensumme maximal zu senken. Es können so erhebliche Verlustquellen, insbesondere auch bei Devisen, eingeschränkt werden, die notwendige Mehrausgaben aus dem Staatshaushalt für die personelle Stärkung der Zollverwaltung mit Kadern rechtfertigen. [1)]

Bei einer weiteren Qualifizierung der Arbeit der Dienst stellen der Zollverwaltung der DDR und einer besseren Koordinierung der Arbeit mit den Diensteinheiten des MfS ist es möglich, ökonomische Verlustquellen, ihre Ursachen und begünstigenden Bedingungen frühzeitig aufzudecken und die Volkswirtschaft der DDR dadurch vor größeren Schäden zu be~~e~~wahren.

---

1) Bei Senkung der Schäden um beispielsweise anfangs nur 10 - 20 % werden jährlich 50 - 100 Mio Mark Verluste für die DDR vermieden.

So werden solche Fälle langjähriger Feindtätigkeit und anderer Verbrechen gegen die Volkswirtschaft wie bei

Latinsky	von	1955	bis	1966
Bengsch	von	1963	bis	1967
Seltmann	von	1960	bis	1967
Seeberger	von	1962	bis	1968

durch frühzeitiges Erkennen nicht mehr möglich sein, ökonomische Verluste,wie sie der Volkswirtschaft durch deren verbrecherische Tätigkeit zugefügt wurden, auf ein Minimum beschränkt werden können.

2.4. Die Möglichkeiten einer verstärkten Einbeziehung der Intercontrol GmbH und ihrer Beauftragten in die Bekämpfung der Störtätigkeit sowie zur Verminderung von Devisenverlusten

Die Intercontrol GmbH ist ein juristisch selbständiger Dienstleistungsbetrieb der DDR und untersteht direkt dem Minister für Außenwirtschaft der DDR. Beauftragte der Intercontrol GmbH arbeiten in fast allen Bezirken der DDR und darüber hinaus in allen wichtigen Umschlagplätzen in Europa. Die wichtigste Aufgabe von Intercontrol besteht darin, die auf der vertraglichen Grundlage vereinbarten Qualitätsnormen bei Erzeugnissen festzulegen, diese zu überwachen und zu kontrollieren. Die Intercontrol GmbH ist somit ein spezifisches staatliches Kontrollorgan des Ministers für Außenwirtschaft, welches darüber zu

wachen hat, daß der DDR keine wirtschaftlichen Nachteile durch Übervorteilungen ausländischer Vertreter entstehen. Bei einer gewissenhaften Arbeit der Intercontrolbeauftragten, die durchweg Staatsbürger der DDR sind, können durch die Tätigkeit dieses Kontrollorgans Devisenverluste vermieden und die Devisenrentabilität der Außenhandelsorgane erhöht werden.

Durch die notwendigen Kontakte, die Intercontrolbeauftragte zu ausländischen Käufern und Verkäufern unterhalten, haben sie zugleich die Möglichkeit, kapitalistische Geschäftsgebaren sowie begünstigende Bedingungen der wirtschaftlichen Störtätigkeit, Verhaltensweisen von DDR-Wirtschaftsfunktionären und ausländischen Vertretern, die den Verdacht einer feindlichen Tätigkeit zulassen bzw., die auf Nachlässigkeit, Unordnung,Leichtfertigkeit, mangelnde Leitungstätigkeit zurückzuführen sind, aufzudecken. Darüber hinaus können durch die Intercontrolbeauftragten operativ interessante Personen festgestellt und bis zu einem bestimmten Grade aufgeklärt werden.

Untersuchungsergebnisse der Abteilung Zollfahndung auf einem bestimmten Teilgebiet der Tätigkeit der Intercontrol GmbH und ihrer Beauftragten (Fleischexport) zeigen, daß dieses staatliche Kontrollorgan seine Aufgaben zumindest auf diesem Teilgebiet nicht erfüllt.
In einzelnen wurde durch die Zollfahndung der DDR auf dem Gebiet des Fleischexportes zur Tätigkeit der Intercontrolbeauftragten festgestellt:

- Die durch Beauftragte der Intercontrol festgelegten Qualitätsnormen in der Klassifizierung der Exponate werden durch die Abnehmer in Westdeutschland und Westberlin angefochten. In fast allen Fällen wurden

die Einsprüche der westdeutschen und Westberliner Abnehmer anerkannt. Durch die Intercontrolbeauftragten wurden die bereits vorgenommenen Klassifizierungen entfernt und die vom Abnehner geforderte Güteklasse zum Nachteil der Volkswirtschaft der DDR eingetragen.

- Den Festlegungen in beiderseitigen Verträgen entgegen wird die Klassifizierung durch Intercontrolbeauftragte und die Abnehmer gemeinsam durchgeführt und die Einstufung der Exponate in die entsprechende Güteklasse nach Vorgabe der Abnehmer durchgeführt.

- In verschiedenen Fällen wurde durch den Abnehmer die Klassifizierung der Ware allein vorgenommen und durch die Intercontrolbeauftragten später nur die entsprechenden Stempel angebracht, obwohl festgelegt ist, daß die Intercontrolbeauftragten die Klassifizierung der Exponate vor Eintreffen der Abnehmer durchzuführen haben. Dazu ein Beispiel:

  Am 30. 4. 1969 wurden durch den Westberliner Abnehmer Märksch, Dieter die Waren klassifiziert und dem Intercontrolbeauftragten Hübner, Rolf in folgender schriftlicher Form eine Mitteilung hinterlassen:

  "Guten Morgen Über Rolf! Ich habe Deine Arbeit schon getan, Du brauchst nur noch zu stempeln." (Hier erfolgen die jeweiligen Klassifizierungsmerkmale) Viele Grüße Dieter.

Durch diese und andere betrügerische Praktiken entstand allein auf dem Gebiet des Fleischexportes der DDR ein Gesamtschaden von 2.1 Mio VE im Jahre 1968 .

- Durch die an der Abwicklung der Geschäfte beteiligten Personen der Westberliner und westdeutschen Firmen wird auf DDR-Bürger unmittelbar mit dem Ziel eingewirkt, der DDR politischen und ökonomischen Schaden zuzufügen. Es wird bei Abwicklung der Geschäfte eine massive politisch-ideologische Diversion gegenüber Bürgern der DDR betrieben.

Eine von der Zollfahndung der DDR angefertigte Analyse über den Personenkreis der Intercontrolbeauftragten auf dem Gebiet des Fleischexportes ist in diesem Zusammenhang interessant:

Von den 23 in Erscheinung getretenen Intercontrolbeauftragten sind 7 mit Vorstrafen belastet bzw. wurden über sie Ermittlungen durch die Sicherheitsorgane der DDR geführt. Von diesen Personen sind mehrere wegen Diebstahl und Unterschlagung sowie ungesetzlicher Grenzübertritte bestraft worden.
Von 23 überprüften Personen besitzen 12 intensive Westverbindungen und 5 sind regelmäßige Empfänger von Paketsendungen aus Westberlin und Westdeutschland, obwohl sie keinerlei enge Verbindung nach Westberlin und Westdeutschland haben.

Auf einige dieser Beauftragten treffen gleichzeitig mehrere Merkmale zu. So ist z. B. der Intercontrolbeauftragte in Magdeburg, Franke, Otto von sich aus bemüht, beim Auftauchen von Westberliner und westdeutschen Abnehmern ständig Kontakt zu diesen herzustellen mit dem Ziel, seine feindliche Haltung gegen die DDR zum Ausdruck zu bringen und die zu liefernde Ware bei den Käufern aus Westdeutschland und Westberlin in Mißkredit zu bringen.

Die feindliche Haltung Frankes zur DDR drückt er in solchen hetzerischen Äußerungen aus:

> "Ich bin dazu verurteilt, hinter Stacheldraht und Mauern zu leben. Ich muß mich damit abfinden, in einer russischen Kolonie mein bißchen Leben zu fristen, welches Recht hat der Staat, seine Bürger wie Gefangene zu behandeln."

Diese Äußerungen machte Franke im Beisein von Angestellten westdeutscher und Westberliner Transportunternehmen. Da jeder Intercontrolbeauftragte darüber zu ent scheiden hat, welche Qualltätsmerkmale und Klassifizierungen der Exponate bei Importen und Exporten angewandt werden, unterliegt er im starken Maße der Versuchung, durch westdeutsche, Westberliner sowie kapitalistische Vertreter korrumpiert zu werden. Diese Vertreter sehen hier eine ständige Möglichkeit, sich auf Kosten der Volkswirtschaft der DDR durch Bestechung von Intercontrolbeauftragten Vorteile zu verschaffen. Durch die Zollfahndung der DDR wurden Intercontrolbeauftragte ermittelt, die in dem Verdacht stehen, durch ausländische Vertreter korrumpiert oder bestochen worden zu sein. [1)]

---

1) Siehe Abschlußbericht der Abteilung Zollfahndung "Kombinat"
Auszüge s. Anlage 5

Die Verfasser schlagen vor, daß die Untersuchungsergebnisse der Zollfahndung der DDR zum Anlaß genommen werden, den Minister für Außenwirtschaft zu beauftragen, eine Kommission zur Überprüfung der Arbeitsweise und des Kaderbestandes der Intercontrolbeauftragten einzusetzen. Im Ergebnis der Überprüfung ist darüber zu entscheiden, welche kadermäßigen Veränderungen in der Intercontrol GmbH vorzunehmen sind.

Es muß schnellstens gewährleistet werden, daß die Intercontrol GmbH ein schlagkräftiges staatliches Kontrollorgan wird, das durch seine Arbeit Devisenverluste vermeiden hilft und daß dieses Organ mit einbezogen wird zur Aufdeckung begünstigender Bedingungen der wirtschaftlichen Störtätigkeit und zu ihrer Ausräumung.

Um die Schlagkraft dieses staatlichen Kontrollorgans zu erhöhen sowie die vorhandenen Möglichkeiten dieses Organs besser für die politisch-operative Arbeit zur Aufdeckung feindlicher Handlungen in Bereich der Volkswirtschaft, speziell der Außenwirtschaftsbeziehungen, zu nutzen, wird durch die Verfasser der Arbeit vor-

geschlagen, die Leitung der Intercontrol GmbH durch in der politisch-operativen Arbeit erfahrene Offiziere des MfS im besonderen Einsatz zu besetzen. Dieses Kontrollorgan müßte, wie die Zollverwaltung der DDR, dem Stellvertreter des Ministers für Außenwirtschaft für den Bereich Kommerzielle Koordinierung kontroll- und anleitungsmäßig offiziell unterstellt werden.

2.5. Die Nutzung der staatlichen Vertreterorganisation der DDR - Transinter - zur Zurückdrängung der Störtätigkeit im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu nichtsozialistischen Staaten und zur Erwirtschaftung von zusätzlichen Devisen

In Ergebnis der Analyse der Erscheinungsformen, Mittel und Methoden und der begünstigenden Bedingungen der Störtätigkeit feindlicher Kräfte gegen die Volkswirtschaft der DDR wurde festgestellt, daß eine Vielzahl der Angriffe imperialistischer Geheimdienste, feindlicher Stellen, der Konzerne und durch Einschaltung von kleineren Handelsfirmen (Vertreterfirmen) und kleineren Produktionsbetrieben, die über umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen zur DDR verfügen, vorgetragen werden, die zum Teil Tarnfirmen der Geheimdieaste und Konzerne sind.

Daraus ergibt sich als zwingende Logik, diese kleineren westdeutschen, Westberliner und anderen ausländischen Firmen im Rahmen der vertretbaren Möglichkeiten aus den Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu nichtsozialistischen Staaten zu verdrängen und die Außenhandelsgeschäfte mit dem NSW in zunehmendem Maße über offizielle nationale Vertreterorganiationen der DDR - speziell beim Import von Waren aus dem NSW - gemischte Gesellschaften und DDR-eigene abgedeckte Firmen im Ausland - letztere speziellfür den Export - abzuwickeln.

Dadurch wird es möglich sein, begünstigende Bedingungen für die Störtätigkeit zu beseitigen, die DDR somit durch Zurückdrängung der Störtätigkeit vor Devisenverlusten zu bewahren. Zugleich - und das ist besonders hervorzuheben - sind auch durch diese nationalen Vertreterorganisationen und die gemischten und abgedeckten Firmen zusätzlich Devisen zu erwirtschaften.

Zu~~m~~ *[diesem]* Zwecke der Ausschaltung der westdeutschen, Westberliner und anderen ausländischen Handelsfirmen (Vertreterfirmen) und kleineren Produktionsbetriebe wurde im Jahre 1967 - Transinter - als Leitfirma für alle nationalen Vertretergesellschaften der DDR gebildet.

Die Hauptaufgaben der staatlichen Vertretergesellschaften (Transinter) bestehen darin:

- durch Koordinierung der Außenwirtschaftstätigkeit der volkseigenen Kombinate, volkseigenen Betriebe und Betriebe anderer Eigentumsformen die zur Zeit noch unkontrollierbare~~n~~ Kontakte und anderen Geschäftigkeiten kapitalistischer Konzerne, Produktions-, Handels- und Vertreterfirmen und ihre Exporte in die DDR unter einheitliche Kontrolle zu bekommen;
- durch echte Wahrnehmung von Vertreterfunktionen im Sinne von spezifischen Firmenvertretungen einschließlich Kundenberatung und Kundendienst international übliche Anteile der kalkulierten Handels- und Werbekosten als Provision sowie Vertreterzuschüsse in Freien Devisen zu realisieren;
- durch eine allseitige Import- und Exportkoordinierung zusätzliche Exportmöglichkeiten der DDR in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet zu erschließen;
- durch inoffizielles Personenstudium ausländischer Handelspartner Kontaktpersonen unter diesen aufzuklären und zu erfassen;
- durch Einrichtung eigener Außenstellen der Transinter in den Industriezentren der DDR die Reisetätigkeit der Vertreter kapitalistischer Firmen in die DDR auf ein kontrollierbares Minimum einzuschränken;

- durch Kontrolle des Reiseverkehrs von westdeutschen, Westberliner oder anderen ausländischen Geschäftspartnern, spezifische Aufgaben der inneren Abwehr der Störtätigkeit durch Transinter im Zusammenwirken mit den Diensteinheiten des MfS zu übernehmen.

Die Analyse des gegenwärtigen Standes der Abwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu nichtsozialistischen Staaten zeigt, daß die mit der Bildung der Transinter angestrebte Hauptzielstellung - ~~Verdrängung~~ *[Kontrolle u. Einschränkung]* der westdeutschen, Westberliner und anderen ausländischen Vertreterfirmen beim Import von Waren aus dem NSW - noch nicht in vollem Umfange erreicht worden ist. Hier liegen erhebliche Reserven zur Vermeidung von ökonomischen Verlusten durch die Zurückdrängung der Störtätigkeit einerseits und durch die Erwirtschaftung zusätzlicher Devisen andererseits.

An der Abwicklung der Außenwirtschaftstätigkeit zwischen der DDR mit Westdeutschland und Westberlin sind gegenwärtig ca. 960 westdeutsche und Westberliner Produktions- und Handelsfirmen beteiligt. Von diesen ca. 960 Firmen sind 896 Firmen und Produktionsbetriebe aus Westdeutschland und 65 aus Westberlin. Von den 65 aus Westberlin stammenden Firmen sind 30 nur Handels- oder Vertreterfirmen, d.h., keine Produktionsbetriebe. Die gesamten Firmen aus Westdeutschland und Westberlin verdienen durch Provisionsbeträge etwa 60 - 70 Mio VM [1] im Jahr.

---

1) Die hier aufgezeigte Tendenz ändert sich auch nicht wesentlich, wenn berücksichtigt wird, daß von den 60 - 70 mio VM jährlich etwa 10 Mio durch abgedeckte DDR-eigene Vertreterfirmen bzw. befreundete Firmen im Ausland verdient werden.

Dieser Provisionssumme von 60 - 70 Mio stehen folgende Einnahmen der Transinter gegenüber:

1967		7.3 Mio VM Provision
1968		7.6 " " "
1969	ca.	10.8 " " "

Die nationale Vertreterorganisation Transinter ist am Gesamtimport der DDR aus kapitalistischen Industireländern wie folgt beteiligt:

1965		324 Mio VM
1967		361 " "
1968		486 " "
1969	ca.	560 " " [1]

Damit war Transinter mit nur 20 % am Gesamtimport aus kapitalistischen Ländern im Jahre 1968 beteiligt. Der Gesamtimport betrug 1968 ca. 2.9 Mio VM.

Die Vertreterprovision ist ein fester Kalkulationsfaktor in dem kapitalistischen Geschäftsgebaren, ihr Anteil beträgt je nach der Ware zwischen l- 8 % des Nettopreises. Dem gegenüber steht die Entwicklung der Provisionssätze:

1967		1.8 %
1968		1.9 %
1969	ca.	2.1 %

---

1) Zu diesen 560 Mio VM im Jahre 1969 kommen noch etwa 500 Mio VM dazu, die durch staatliche, kontrollierte Vertreter oder befreundete Firmen im Ausland abgewickelt werden.

Die durchschnittlichen Provisionssätze bei Maschinen betragen ca. 5 - 8 %, bei Massengütern zwischen 1 und 2 % und bei Anlagengeschäften sind bis zu 2.5 % ~~möglich~~ *[durchsetzbar]*. Einige Ursachen für den gegenwärtig noch nicht befriedigenden Stand der ökonomischen Ergebnisse der Transinter sehen die Verfasser darin, daß mehrere Vertreter sich die Provision teilen und infolge einer fehlenden festen staatlichen Ordnung ein einheitliches Vorgehen der Vertretergesellschaften der Transinter nicht gewährleistet wird. Dabei ist die Tatsache zu berücksichtigen, daß in vielen Fällen zwischengeschaltete oder nicht öffentliche Vertreter aus dem Ausland sich Provisionen aneignen und es infolge einer Teilung der Provision zu einer geringeren Erwirtschaftung von Devisen durch Transinter kommt. Andererseits wird dem Druck der ausländischen Firmen - nach geringeren als international üblichen Provisionen - nachgegeben. Transinter begnügt sich mit geringeren Beträgen. Eine wesentliche Ursache ist jedoch auch darin zu sehen, daß in volkseigenen Betrieben, VVB, Kombinaten und teilweise in Instituten bei der Entstehung eines notwendigen Importbedarfes von Seiten dieser *[Einrichtungen]* selbständig - ohne Einschalten von Transinter - Beziehungen zu kapitalistischen Firmen aufgenommen werden, so daß die Aktivität von Transinter erst zu einem ~~solchen~~ Zeitpunkt wirksam wird, ~~wo~~ *[in dem]* der ausländische Lieferer bereits konkrete Kenntnisse über den dringenden Bedarf der DDR-Betriebe besitzt und die Inanspruchnahme der nationalen Vertretergesellschaft Transinter als notwendiges Übel betrachtet wird.

Das Haupthindernis für den z. Zt. noch ungenügenden Einfluß der Transinter bei der Abwicklung von Importen in die DDR aus dem NSW sehen die Verfasser jedoch vor allem in ideologischen Fragen bei einer Reihe von leitenden Wirtschaftsfunktionären. Die Ausschaltung

der ausländischen, westdeutschen und Westberliner
Vertreterfirmen aus dem Importgeschäft vollzieht sich
nur in harten ideologischen Auseinandersetzungen mit
den Vertretern, die z. T. nur von Geschäften mit
der DDR existieren und sich auf Kosten der DDR
täglich bereichern. Diese räumen nicht freiwillig
den Markt der DDR zugunsten der Vertreterfirmen
der DDR. *[Hinzu kommt, daß]* Verschiedene leitende Wirtschaftsfunktionäre
~~weichen~~ vor den Auseinandersetzungen zurück *[weichen]*. Ursache
dafür ist zum Teil, daß sich zwischen ausländischen,
westdeutschen und Westberliner Vertretern und den Wirt-
schaftsfunktionären der DDR freundschaftliche Beziehungen
entwickelt haben bzw. ein Teil von Wirtschaftsfunktionären
auch durch ausländische, westdeutsche oder Westberliner
Vertreter korrumpiert worden sind, wie eine Reihe Straf-
verfahren sowie die Aufklärung der Zollfahndung und Zoll-
ermittlung beweisen. Dieser Teil von Wirtschaftsfunktionären
aber auch teilweise andere, die sich nicht haben kor-
rumpieren lassen, sehen in den westdeutschen, Westber-
liner oder ausländischen Vertretern nicht den Klassen-
feind, sondern nur den "seriösen Geschäftsmann", der
sich loyal zur DDR verhält oder gar "ein Freund" der
DDR ist. Diesem "Geschäftspartner" will man nicht "Unrecht"
tun, ihn nicht aus den Importgeschäften verdrängen. Zum
Teil herrscht bei DDR-Wirtschaftsfunktionären blindes Ver-
trauen zu den Geschäftspartnern aus Westdeutschland und
Westberlin. Das führt zu Leichtfertigkeit und Vernach-
lässigung der Wachsamkeit, insbesondere auf dem Gebiet
des Geheimnisschutzes. Die Gefährlichkeit des Feindes, sei-
ne Raffinesse wird unterschätzt. Man will - trotz
einer Vielzahl vorliegender Beweise - einfach nicht
wahrhaben, daß viele dieser äußerlich so "freundlich"
auftretenden Geschäftsleute - in der Maske eines Bie-
dermannes - gekaufte Agenten imperialistischer Geheimdienste
sind bzw. im Auftrage der Konzerne umfangreiche Störtä-
tigkeit gegen die Volkswirtschaft der DDR durchführen.

Die Ausschaltung der staatlichen Vertreterfirmen der DDR beim Import von Waren aus den NSW wird möglich bzw. dadurch begünstigt, wie Überprüfungen in einigen VVB und VEB ergaben, daß unter Umgehung der staatlichen Außenhandelsbetriebe der DDR auf Antrag von Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) und volkseigener Betriebe über die zuständigen Räte der Bezirke bzw. Räte der Kreise, in denen diese ihren Sitz haben, Aufenthaltsgenehmigungen für ausländische Geschäftspartner erwirkt werden. Dadurch bedingt besteht bei den staatlichen Außenhandelsbetrieben der DDR selbst kein genauer Überblick der Reisetätigkeit westdeutscher, Westberliner und ausländischer Vertreter in der DDR. Durch Transinter wurden 1968 nur insgesamt 568 Einreisen und bis zum 28. 10. 1969 insgesamt 806 Einreisen -und in der Mehrzahl mehrmalige Einreisen - für Vertreter in die Hauptstadt der DDR und das Gebiet der DDR bearbeitet.

Dem stehen gegenüber ca. 24.000 Anträge auf Einreisen westdeutscher und Westberliner Bürger, die durch staatliche Außenhandelsbetriebe des Ministeriums für Außenwirtschaft im Jahre 1968 bearbeitet wurden. Darin sind nicht enthalten die Anträge der VVB und VEB, die von den Räten der Bezirke oder Kreise auf Einreisen westdeutscher und Westberliner Geschäftspartner gestellt wurden. Ihre Zahl wird auf ca. 16.000 geschätzt.

In diesem Zusammenhang ist noch zu beachten, daß eine Vielzahl ausländischer und westdeutscher Personen Privat reisen in die DDR beantragen und durchführen, die zu geschäftlichen Kontakten genutzt werden. Ihre Gesamtzahl wird auf ca. 250.000 geschätzt. [1)]

---

1) Vgl. im einzelnen zur Reisetätigkeit Anlage 8

Überprüfungen in den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Leipzig haben ergeben, daß viele westdeutsche und Westberliner sowie andere ausländische Vertreter Daueraufenthaltsgenehmigungen für drei Monate und mit fortlaufender Verlängerungsmöglichkeit erhalten haben, die sich auf 10 - 15 Schwerpunktbetriebe, VVB, Forschungsstätten einschließlich Hochschulinstituten erstreckten. Das macht u. E. deutlich, wie kompliziert der Prozeß der Kontrolle und Überwachung der Reisetätigkeit ist und diese der Transinter gestellte Aufgabe mit den vorhandenen Kräften nicht zu lösen ist. [1)]

Die staatliche Vertretergesellschaft Transinter verfügt z. Zt. nur über etwa 140 Mitarbeiter. Mit diesen Kräften kann Transinter die ihr gestellten Aufgaben nicht erfüllen.

---

1) Die Verfasser sind der Meinung, daß es mit herkömmlichen Mitteln und Methoden und den vorhandenen Kräften des MfS z. Zt. nicht möglich ist, über die ständig in den letzten Jahren angewachsene Zahl der einreisenden westdeutschen und Westberliner Vertreter von Handels- und Produktionsbetrieben eine systematische Kontrolle auszuüben und ihre gesamte Tätigkeit im Gebiet der DDR operativ zu kontrollieren.

Wie die Aufklärungsergebnisse im System der Störtätigkeit beweisen, sind unter diesem Personenkreis eine größere Anzahl von Personen im Auftrage von Geheimdiensten, feindlichen Stellen oder von westdeutschen und Westberliner Konzernen systematisch subversive Angriffe gegen die Volkswirtschaft im Zusammenwirken mit personellen Stützpunkten in der DDR durchführen.

Es ist unmöglich, mit diesen Kräften die notwendigen ständigen Bearbeitungen der Bedarfsträger der DDR durchzuführen. Mit diesen wenigen Kräften kann auch nicht die Aufgabe gelöst werden, das Monopol der westdeutschen und Westberliner Vertreter- und Handelsfirmen im Import der DDR zu brechen ~~und diese aus dem Importgeschäft zu verdrängen~~. Zur Lösung dieser Aufgabe ist es notwendig, in den Industriezentren der DDR Außenstellen der Vertretergesellschaften der Transinter zu errichten. Die Besetzung dieser Beratungsstellen in den Industriezentren der DDR muß mit technisch-kommerziell erfahrenen, zuverlässigen, der Partei treu ergebenen Kadern erfolgen, die eine enge Verbindung zu den volkseigenen Betrieben, Kombinaten und VVB haben. Es werden in der 1. Phase des Ausbaues von Beratungsbüros der Transinter ca. 80 - 100 Kader benötigt. Der Aufbau dieser Beratungsbüros der Transinter in den Industriezentren und die Auwahl der Kader muß mit Hilfe der Bezirksleitungen der Partei und der Räte der Bezirke erfolgen. Nur über den Aufbau der Beratungsbüros der Transinter in den Industriezentren kann eine effektive Sicherung des staatlichen Außenwirtschaftsmonopols der DDR erreicht werden und Transinter die ihr gestellten Aufgaben zur Sicherung der Außenwirtschaftsbeziehungen und zur Erwirtschaftung zusätzlicher Devisen erfüllen.

Die von einer Reihe VVB und Betrieben geübte Praxis daß ohne Einschaltung und Information der staatlichen Außenhandelsbetriebe und der Transinter selbständig zu westdeutschen, Westberliner und anderen ausländischen Handelsfirmen, Vertreterfirmen und Produktionsbetriebe, bei Importbedarf Verbindungen aufgenommen werden, gefährdet das staatliche Außenwirtschaftsmonopol der DDR.

Es wurden zwar einzelnen Betrieben und VVB der DDR eigene Verantwortlichkeiten in der Außenwirtschaft ausschließlich übertragen, jedoch wurden Kompetenzen zum Teil überschritten und grob verletzt, insbesondere beim Import von Waren aus den NSW, die z. T. ohne Genehmigung und Überwachung durch die staatlichen Außenhandelsbetriebe erfolgen.

In diesen Fällen erfolgt eine Durchbrechung des staatlichen Außenhandelsmonopols der DDR.
Zur Sicherung der staatlichen Ordnung und des Außenhandelsmonopols wurde durch die Verfügung Nr. 121/69 des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR nochmals ausdrücklich festgelegt:

1. Die staatlichen Außenhandelsbetriebe, VVB, volkseigene Kombinate und Betriebe mit Außenwirtschaftsfunktionen dürfen nur im Rahmen des lizenzierten Planes und der für den jeweiligen Betrieb festgelegten Importwaren-Nomenklatur Auslandsverträge abschließen.

   - - -

3. Um alle Vorteile, besonders im Handel mit kapitalistischen Konzernen und Firmen für die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu nutzen, sind Anfragen und das Einholen von Angeboten im NSW in Abstimmung mit staatlichen Vertreterfirmen der DDR vorzunehmen. Entsprechende Vereinbarungen sind zwischen den Generaldirektoren der Außenhandelsbetriebe, der Betriebe und Organe und den staatlichen Vertreterfirmen kurzfristig abzuschließen. [1)]

____

1) Den gesamten Wortlaut der Verfügung siehe Anlage 9

Die konsequente Durchsetzung dieser Verfügung wird dazu beitragen, das staatliche Außenwirtschaftsnonopol zu sichern und den Einfluß der westdeutschen, Westberliner und anderen ausländischen Vertreterfirmen in den importseitigen Geschäften systematisch zurückzudrängen und diese durch die staatlichen Vertreterorganisationen der Transinter wahrzunehmen. [1)]

Untersuchungen der Verfasser haben ergeben, daß diese Verfügung Nr. 121/69 des Vorsitzenden des Ministerrates vom 24.7.1969 noch nicht in allen VVB und Betrieben bekannt ist und somit auch nicht konsequent durchgesetzt wird.

Diese Verfügung muß deshalb unverzüglich allen Generaldirektoren der VVB und den Leitern von Kombinaten sowie von Betrieben, die Außenhandelsfunktionen wahrnehmen, zugestellt werden. Bei Verstößen gegen diese Verfügung sind gegen die verantwortlichen Leiter Disziplinarmaßnahmen durch die vorgesetzten staatlichen Organe einzuleiten und die Ursachen für die Nichteinhaltung genau aufzuklären.

-----

1) In der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien wird in Durchsetzung der staatlichen Weisungen der gesamte Ex- und Import einschließlich mit den sozialistischen Staaten nur über staatliche Vertreterfirmen abgewickelt. So erwirtschafteten diese Vertreterfirmen aus dem Export der DDR nach Jugoslawien durch Provisionen jährlich ca. 12 Mio VM Gewinn. Jüngste Erscheinungen in der CSSR und der VR Polen deuten daraufhin, daß diese Länder zu ähnlichen Regelungen kommen wollen.

Die Zurückdrängung der westdeutschen bzw. Westberliner Vertreter, deren Ersetzung durch staatliche Vertreterorganisationen der DDR im Prozeß der Durchsetzung der Verfügung Nr. 121/69 des Vorsitzenden des Ministerrates, muß durch die zuständigen Diensteinheiten des MfS besonders beachtet werden. Bei diesem Prozeß können solche wichtigen und operativ interessanten Fragen geklärt werden, wie:

- Wo haben sich die westdeutschen bzw. Westberliner Vertreter starke Positionen aufgebaut?
- Wer unterstützt aus dem Bereich der Außenhandelsbetriebe und der volkseigenen Industrie mit welcher Begründung die Fortsetzung der Importgeschäfte mit diesen Vertretern und warum?
- Welche westdeutschen und Westberliner Vertreter, die bei der Auseinandersetzung eine relativ positive Rolle spielen, können von uns auch für andere Aufgaben einbezogen werden, z. B. für den Aufbau abgedeckter DDR-eigener Vertreterfirmen und Produktionsbetriebe im NSW zur Durchführung riskanter Geschäfte u.a.m.

3. Zu einigen Möglichkeiten der Erwirtschaftung zusätzlicher Devisen durch die Nutzung des feindlichen Wirtschaftspotentials und den Aus- und Aufbau eigener abgedeckter Firmen im NSW

3.1. Politisch-ideologische Grundlagen des Klassenauftrages an die Außenwirtschaft zur Beschleunigung des Tempos bei der Erhöhung der Wirtschaftskraft der DDR

Aufbauend auf den Lehren Lenins, daß die höchste Arbeitsproduktivität entscheidend die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus bestimmt [1] und ausgehend von den Lehren der Sowjetunion und deren vielfältigen eigenen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in der DDR, kann heute festgestellt werden, daß das ökonomische Bewegungsgesetz des Sozialismus "die ständige Erweiterung, Vervollkommnung und Intensivierung der sozialistischen Produktion und Reproduktion auf der Basis der Arbeitsproduktivität ..." [2] verlangt.

---

1) Vgl. Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Bd. 27, S. 247)

2) W. Ulbricht - Vorwort zur Politischen Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR Dietz Verlag 1969 - S. 8

Ausgehend von diesen objektiv wirkenden Gesetze, konzentriert die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ihre Wirtschaftspolitik in Durchführung der Beschlüsse des VII. Parteitages der SED, vor allem des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, mit seinem Kernstück, dem ökonomischen System, verstärkt auf die

- Konzipierung einer modernen Wissenschafts- und Wirtschaftsorganisation nach volkswirtschaftlichen strukturbestimmenden Zweigen;

- Erzielung von Pionier- und Spitzenleistungen bei der Erreichung des technisch-wissenschaftlichen Höchststandes;

- komplexe Automatisierung ganzer Produktionsprozesse und Betriebe.

Auf dieser Grundlage führt die Partei- und Staatsführung den Kampf um maximalen Zeitgewinn bei der Erreichung überdurchschnittlicher Zuwachsraten in der Arbeitsproduktivität.

In seiner Rede auf der internationalen Beratung .... wies Genosse W. Ulbricht darauf hin, daß

> "der Kampf um höchste Arbeitsproduktivität, um die effektivste Form der sozialistischen Planung, Leitung und Organisation aller gesellschaftlichen Prozesse, der Kampf also für ein Leben des Volkes in sozialer Sicherheit, in Frieden und Glück, für die sozialistischen Länder zum Hauptfeld der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus im Weltmaßstab geworden ist." [1]

1) ________

(W.Ulbricht, Festigen wir die Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, stärken wir den Internationalismus, Berlin 1969, S. 7

Die Imperialismusanalyse, die auf der Moskauer Beratung, besonders auch in den Reden führender Vertreter der kommunistischen und Parbeiterparteien aus den imperialistischen Staaten vorgenommen wurde, geht davon aus, daß der Haupteinfluß auf die internationale Entwicklung gegenwärtig durch die Wirtschaftspolitik ausgeübt wird. In den ökonomisch stärksten imperialistischen Staaten, wie USA, Westdeutschland und Japan, wird gegenwärtig dieser Kampf um politische und wirtschaftliche Vormachtstellung in der Welt mit den Mitteln imperialistischer Machtherrschaft untereinander, aber ausgehend von ihrer gemeinsamen Grundthese - des Antikommunismus - gegen die sozialistische Staatengemeinschaft strategisch geplant und organisiert.

In den Ausführungen des Genossen Breshnew auf der Moskauer Beratung heißt es dazu:

> "Die Politik des Imperialismus wird in immer größerem Maße durch die Klassenziele des gemeinsamen Kampfes gegen den Weltsozialismus, gegen die nationale Befreiungsbewegung und die Arbeiterbewegung bestimmt." [1]

---

1) L.I. Breshnew - "Für die Festigung des Zusammenschlusses der Kommunisten - für einen neuen Aufschwung des antiimperialistischen Kampfes" Dietz Verlag,Berlin 1969

Die Erhöhung der internationalen Anziehungskraft der Deutschen Demokratischen Republik und der Nachweis ihrer Überlegenheit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, vor allem gegenüber der westdeutschen Bundesrepublik wird entscheidend von der konsequenten und beschleunigten praktischen Verwirklichung der modernsten Erkenntnisse in der Wissenschafts- und Wirtschaftsorganisation, bein Aus- und Aufbau vollautomatischer Konstruktions- und Produktionsprozesse - unter Verwendung der neuesten Erkenntnisse des Einsatzes der elektronischen Datenverarbeitung - bestimmt. Einen wichtigen Beitrag hat dabei die Außenwirtschaft der DDR - als ihren Klassenauftrag - zu leisten.
Genosse Walter Ulbricht formulierte dazu:

> "Entfaltete Außenwirtschaftsbeziehungen bilden einen entscheidenden Ausgangspunkt für die Bestimmung der Grundrichtung von Forschung und Entwicklung der Investitionen, der Gestaltung der Grundstruktur der Volkswirtschaft und nicht zuletzt der komplexen sozialistischen Rationalisierung. Sie stellen im Prognosezeitraum ein wichtiges Kettenglied für die Beschleunigung des nationalen Wirtschaftswachstums dar." [1)]

Man muß heute nüchtern einschätzen, daß trotz erreichter großer Fortschritte und Steigerungsraten in den Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR mit den sozialistischen Ländern, besonders mit der Sowjetunion und auch mit

---

1) W. Ulbricht: Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus S. 203

den kapitalistischen Industrieländern und Entwicklungsländern, die erreichten Außenwirtschaftsbeziehungen - vor allem die Methoden des Absatzes - noch nicht in der Breite den Erkenntnissen der fortgeschrittenten kapitalistischen Industrieländer entspricht.

Zweifellos wurde die Tätigkeit der Außenwirtschaft der DDR durch nichtbestehende diplomatische Anerkennung eingeschränkt und erschwert. Fehlende diplmatische Anerkennung darf aber keinesfalls zum Verzicht auf die Nutzung von Möglichkeiten des Außenhandels zur Beschleunigung des Wachstumtempos in der DDR führen. Die Verfasser der vorliegenden Arbeit haben sich deshalb speziell das Ziel gesetzt, mit der Herausarbeitung von taktischen Varianten, legalen und nichtoffiziellen Mitteln, neue Ressourcen zur Beschleunigung des ökonomischen Wachstumtempos in der DDR aufzuzeigen und zu erschliessen. Insbesondere unterbreiten die Verfasser Gedanken und Vorschläge zur Ausnutzung des Wirtschaftspotentials des Feindes, der westdeutschen und Westberliner Monopolkapitalisten. Ausgangspunkt der in diesem Abschnitt unterbreiteten Vorschläge, ist die bereits 1962 vom Genossen W. Ulbricht formulierte Position.

> "Wir haben in der Auseinandersetzung bis zum 13.8.1961 große ökonomische Verluste erlitten. Durch organisierte Republikflucht und den Währungsschwindel wurden uns die Milliarden-Summen geraubt, die wir in den 10 Jahren vorher zusätzlich hätten investieren müssen, um eine hochmoderne, neu ausgerüstete und leistungsfähige Industrie zu besitzen." [1]

---

1) ND v. 15. 4. 1965 - Ausgabe B

Auf der Festveranstaltung zum 20. Jahrestag der Befreiung von Faschismus an 5. Mai 1965 konkretisierte Gen. W. Ulbricht diese Forderung. Gestützt auf Fakten, wies Gen.W. Ulbricht darauf hin,

> "daß wir in Vorbereitung der Wiedervereinigung die rund 120 Milliarden Mark, die Westdeutschland der Deutschen Demokratischen Republik und ihren Bürgern schuldet, aufrechnen werden." [1]

[neuer Text]

Auf Grund der bisherigen Berechnungen und Ermittlungen bestehen *[u.a.]* Ansprüche der DDR gegenüber der westdeutschen Bundesrepublik bzw. teilweise gegenüber den westlichen Besatzungsmächten in folgender Höhe:

1.	Erstattungen für von der DDR geleistete Reparat~~uren~~*[ionen]*	12.928 Mio DM/DBB
2.	Schadenersatz für die der DDR durch Abwerbung, Menschenhandel und sonstige Wirtschaftsdeversion - unter Ausnutzung der offenen Grenze - entstandenen ökonomischen Verluste	85.260 " " "
3.	Ansprüche der DDR gegenüber der Bundesrepublik und den Besatzungsmächten auf Schadenersatz für gestohlene Patente, Warenzeichen und andere Rechte	742 " " "
4.	Beteiligung an westdeutschen Unternehmen mindestens	3.000 " " "
		101.930 " " "

1) ND v. 6.5.1965, Ausgabe B

Hinzu kommen Ansprüche, wie

- Anteile an das ehemalige deutsche Reichsvermögen im In- und Ausland
- sowie die auf dem Gebiet der Versicherung u.a. [1]

Die Erklärung des bekannten westdeutschen Ökonomen und ehemaligen westdeutschen Bundestagesabgeordneten, Prof. Bade, im April 1965, daß Bonn der DDR moralisch 100 Milliarden Mark an Reparationen für Schäden durch ständige Diskriminierungen während der Jahre der offenen Grenze schulde, hatte damals in den Bonner Dienststellen große Unruhe hervorgerufen.

Im einzelnen hatte Bade zugegeben:

> "Ich habe zu den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten meine eigene Meinung als Volkwirtschaftler.
> Den Kern des Problems sehe ich in den Unterschied der Entwicklung der Produktivkräfte ohne Rücksicht darauf, daß die Natur und andere Quellen in den beiden Teilen Deutschlands nicht gleich sind, wurde die DDR ökonomisch stark diskriminiert. Ich halte die offiziellen Schätzungen der DDR von den Schäden, die ihr während der Zeit der offenen Grenze zugefügt wurden, für richtig. Unser Wohlstand ist in gewissem Maße eine Folge der Diskriminierungen der DDR. Wenn diese Reparationen verwirklicht würden, könnte das sozialistische System mit einem derartigen Tempo seine Vorteile beweisen, daß das Lebensniveau in den beiden deutschen Staaten bald gleich wäre, soweit es sich nicht zugunsten der DDR entwickeln würde." [2]

---

1) S. Anlage 10

2) ND v. 13.4.1965, Ausgabe B

Unter dem Druck der Tatsachen mußte selbst der Bonner Wirtschaftsminister Schiller eingestehen, "daß besonders im Zeitraum 1955 - 1960 die Zunahme von Erwerbstätigen ....., insbesondere aus dem anderen Teil Deutschlands das Angebot an Arbeitskräften in der Bundesrepublik erhöht." [1)]

Unsere Ansprüche an die Bonner Machthaber verjähren nicht. Es ist deshalb unsere Klassenpflicht, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln des legalen und nichtoffiziellen Kampfes dem Feind ganz bzw. zeitweise finanzielle und materielle Fonds zu entziehen und deren Einsatz in tempobestimmenden Zweigen der Industrie in der DDR zu nutzen.

Es erscheint besonders unter dem Aspekt der Regierungsausübung durch eine SP-Regierung für zweckmäßig, die-Bonner Regierung und westdeutsche Bevölkerung immer wieder an diese Tatsachen zu erinnern. Der Inhalt der Ausführungen Bewies hat auch heute große Bedeutung für die politische Denkweise aller an den Außenwirtschaftsbeziehungen mit Westdeutschland und Westberlin beteiligten Staats- und Wirtschaftsorgane. Auch in der Zurückweisung von kritischen Bemerkungen befreundeter sozialistischer Länder, daß die DDR den Außenhandelsumsatz nit Westdeutschland nur zu ihrem Vorteil erhöht, muß dies ein wesentlicher Gesichtspunkt sein.

[S. Material beschaffen]

---

1) Vorabdruck aus "Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland" - 3. Vierteljahr 1968

Die Geschichte der letzten 20 Jahre hat nachdrücklich vor der Weltöffentlichkeit bestätigt, daß mit dem Beharren der Bonner Clique auf ihre Alleinvertretungsanmaßung, der Deutschen Demokratischen Republik die größten politischen und ökonomischen Schäden entstanden sind. Es muß kritisch festgestellt werden, daß besonders in den letzten Jahren die Auslandspropaganda der DDR in den sozialistischen und kapitalistischen Ländern zu wenig an diese Tatsache erinnert hat und damit feindlichen und falschen Auffassungen von den wirtschaftlichen Erfolgen der DDR, die oft fälschlicherweise vorwiegend auf Wirtschaftsbeziehungen mit Westdeutschland zurückgeführt werden, freien Raum läßt.

Durch unsere Auslandspropaganda sollte in diesem Zusammenhang immer wieder auf die besondere Rolle der DDR als dem westlichsten Vorposten des gesamten sozialistischen Lagers hingewiesen werden.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß die DDR dem raffiniertesten und aggressivsten imperialistischen Staat in Europa gegenübersteht.

Gestützt auf die Erklärungen führender Politiker unserer sozialistischen Bruderstaaten, die immer wieder die Rolle und Verantwortung der DDR als Vorposten des sozialistischen Lagers hervorheben, sollte unsere Auslandspropaganda wirkungsvoller zur Überwindung falscher Einschätzungen zur Wirtschaftsentwicklung der DDR beitragen.

3.2. Die Realisierung von finanziellen Forderungen der DDR gegenüber Westdeutschland und Westberlin und die dabei gesammelten Erfahrungen

Wenn im Abschnitt 3.1. der Nachweis der Verschuldung Westdeutschlands gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik geführt wird, ergibt sich als logischer Schluß die Forderung, gangbare Lösungswege für die Realisierung unserer Forderungen vorzuschlagen.

Seit 1955 werden Maßnahmen zur Eintreibung der Schulden durchgeführt. Die Verfasser können sich dabei auf erste Erfahrungen stützen, bestimmte Erscheinungen in diesen Prozeß verallgemeinern und erste Schlußfolgerungen für das weitere Vorgehen unserer Organe ziehen.

Bei der Realisierung unserer Forderungen gegenüber der westdeutschen Bundesrepublik bzw. des Westberliner Senats wurde bisher richtig davon ausgegangen, daß die Entstehung bestimmter Schulden, trotz unterschiedlicher Gründe, letztlich in der einen Richtung münden, sie sind als einseitige Mehrleistung durch die Deutsche Demokratische Republik gegenüber Westdeutschland und der politisch selbständigen Einheit Westberlin entstanden. Auf Kosten der DDR und ihrer Bürger bereicherte und bereichert sich weiterhin tagtäglich der Bonner Staat.

Zu der im Abschnitt 3.1 ausgewiesenen Schuldensumme von 120 Milliarden Mark, die bis zum 13.8.1961 entstanden war, kommen folgende Forderungen der DDR an die Bonner Regierung - nicht inbegriffen die durch die wirtschaftliche Störtätigkeit des Feindes der DDR zugefügten Schäden - hinzu:

- 405 Millionen DM/DBB durch einseitig von der DDR erbrachte Mehrleistungen. Diesen Betrag schuldet die westdeutsche Bundespost der Post der DDR.

- 70 Millionen DM/DBB aus aufgelaufenen Mündelgeldern, die widerrechtlich den Unterhaltsberechtigten in der DDR vorenthalten werden.

- 20 Millionen DM/DBB Sperrguthaben von Bürgern der DDR in Westdeutschland und Westberlin, die trotz eindeutiger Rechtslage nicht freigegeben werden.

Bei der Realisierung der Forderungen der DDR gegenüber der westdeutschen Bundesregierung und des Westberliner Senats bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurde deutlich, daß die volle Eintreibung der Schulden ein komplizierter und langwieriger Prozeß wird.

Das Verharren auf dem Standpunkt der Alleinvertretungsanmaßung, die Verhinderung gleichberechtigter ökonomischer Beziehungen sowie die Fundierung und der Ausbau ökonomischer Abhängigkeiten der DDR auf bestimmten Teilgebieten durch die westlichen Verhandlungspartner, belastete bisher die Eintreibung der Forderungen.

Selbst dann, wenn die Forderungen der DDR anerkannt wurden, verursachte die Westseite Schwierigkeiten und versuchte, ihre Zahlungsbereitschaft von politischen Gegenforderungen an die DDR abhängig zu machen.

Eine Erfahrung zeigt, daß bei bisher allen Gesprächen von der Westseite versucht wurde, andere Forderungen von der DDR zu verlangen.

Man stellte die Zahlung der von uns verlangten Schulden in Aussicht, wenn damit dieses oder jenes geregelt wird. So bei den Verhandlungen der Deutschen Reichsbahn mit der Deutschen Bundesbahn über Verkehrsprobleme im Raum Gerstungen (Kalitransporte). Es sei kurz angemerkt, daß unsere errechnete Schuldensumme nicht aufrechterhalten werden konnte. Unsere geforderte Summe belief sich auf 5,6 Mio DM/DBB. Die Vereinbarung konnte aber nur über 2,4 Mio DM/DBB abgeschlossen werden.

Bei diesen Verhandlungen wurden von der Westseite darüber hinaus folgende Fragen mit auf die Tagesordnung gesetzt:

- Bau des Autobahnanschlusses Eisenach/West bis nach Obersuhl/Westdeutschland

- Verlängerung der Autobahn Plauen bis nach Westdeutschland u.a.m.

Durch Diskriminierung, Stör- und Scheinmanöver versuchen die Bonner Regierung und der Westberliner Senat, die Tilgung ihrer Schulden zu verhindern.
So wurden z. B. die ersten offiziellen Verhandlungen dadurch belastet und verzögert, daß durch das Verhalten der westdeutschen Verhandlungspartner keine Einigung über Anreden, Anschriften und anderen "Protokollfragen" zustande kam.

Als eine richtige und zweckmäßige Methode bewährte sich, wenn durch nichtoffizielle Kanäle alle konkreten Fragen vorgeklärt und abschlußreif gemacht wurden.
Diese Methode wurde bei dem Abschluß der Verhandlungen über Abwässer Westberlin, Deutsche Reichsbahn Gerstungen, Mineralölschulden und den gegenwärtigen Verhandlungen auf dem Gebiet der Post praktiziert.

Aus den ersten Verhandlungen in den Jahren 1965/66 die Lehren ziehend, wurde das taktische Vorgehen der DDR-Vertreter variabler gestaltet, um das strategische Ziel - maximale Eintreibung der Schulden - zu erreichen.
Bei der Nutzung solcher Kanäle kann man - ohne auf eine politische Position zu verzichten - frei von allen offizielln Formfragen, schnelle und praktische Lösungen suchen und zu guten, für die DDR vorteilhaften, Vereinbarungen kommen.

Der Abklärungsprozeß versetzt uns darüber hinaus in die Lage, von Etappe zu Etappe die Reaktion der Westseite genauer einzuschätzen, bei Notwendigkeiten evtl. Korrekturen in unserer Taktik vorzunehmen.

Ausgehend von der Erfahrung, daß die Westseite nur exakt nachgewiesene Forderungen anerkennt, ist es notwendig, die von uns erhobenen Forderungen exakt zu fundieren und beweismäßig die Rechtmäßigkeit der Ansprüche und die Höhe der geforderten Summe zu belegen.

Die bisher von den zuständigen Fachministerien oder staatlichen Organen der DDR aufgestellten Berechnungen und Forderungen für die Verhandlungen basierten oft nicht auf sachlich aufrechtzuerhaltenden Ausgangspositionen.
In den Forderungen unserer Organe wurde zu stark von gewissen Illusionen ausgegangen.
Im Interesse der Erzielung von vertretbaren Verhandlungsergebnissen mußte deshalb häufig von unseren ursprünglichen Forderungen Abstand genommen werden. Kritisch muß festgestellt werden, daß wir noch in keinem einzigen Fall erreicht haben, unsere vorher aufgestellten Forderungen 100%ig einzutreiben. Wir mußten bei den Verhandlungen von unseren eigenen Positionen abgehen. Das trifft für alle bisher verhandelten Abschnitte zu. Das Beispiel der Verhandlungen über die Eintreibung der Abwässerleistungen zeigt diese Tendenz sehr deutlich.

Der Westberliner Senat schuldet dem Amt für Wasserwirtschaft beim Ministerrat der DDR für die Behandlung Westberliner Abwässer mit dem Stand vom 31.12.1967 nach unserer Forderung 73.1 Mio DM. Als Vorgeschichte muß erwähnt werden, daß am 12.12.1950 zwischen der damaligen Stadtentwässerung Ost und der Stadtentwässerung West ein Übereinkommen geschlossen wurde, demgemäß die Westberliner Stadtentwässerung an die Entwässerungswerke der DDR einen Jahrespauschalbetrag von 1.3 Mio zu zahlen hatte. Dabei wurde eine jährliche Abwässerungsmenge von 100 Mio m^3 mit einem Gebührensatz von 0.013 DM p/m^3 zugrunde gelegt. In der Vereinbarung war eine Geltungsdauer von einem Jahr festgelgt. Trotzdem wurde auf dieser Basis bis zum 13.8.1961 weiter verrechnet.

Die angeführten Verhandlungen mit der Westseite haben wiederholt gezeigt, daß beim Vorliegen rechtlich beweiskräftiger Fakten gute Chancen bestanden, einen Teil unserer Forderungen einzutreiben. Hier liegt eine bedeutsame Lehre für künftige Klärungen von bestimmten Komplexen. Für die bis zum 13. 8. 1961 anfallenden Gebühren auf dem Gebiet Abwässerungsbehandlung, reparierte die Westberliner Seite bis zu diesem Zeitpunkt U-Bahnwagen der DDR im Gesamtwert von 13.8 Mio DM/DBB.

Die Effektivkosten,die der DDR durch die Abwässerbehandlung entstanden, betrugen jedoch ca. 50 Mio DM/DBB. Somit ergab sich eine Restforderung für diesen Zeitraum von ca. 36 Mio DM/DBB. Nach dem 13. 8. 61 hat die Westberliner Seite jeglichen Ausgleich, der von der DDR bei der Abwässerungsreinigung erbrachten Leistungen, eingestellt. Die Ansprüche der DDR gegenüber dem Senator für Bau- und Wohnungswesen des Senats hat der Leiter des Amtes für Wasserwirtschaft im Schreiben vom 2.5.1967 erst geltend gemacht und eine spezifizierte Rechnung übergeben. Die für die Jahre 1950 bis zum 13. 8.61 nachträglich von unserer Seite auf Grund der erhöhten effektiven Kosten geltend gemachten Ansprüche in Höhe von 36 Mio Mark erwiesen sich als nicht realisierbar. Die Westseite beruft sich zur Ablehnung dieser Forderungen der DDR auf den zwar 1951 abgelaufenen Vertrag, der für sie äußerst günstig war, nach dem aber ohne Einspruch der DDR bis zum 13. 8. 61 abgerechnet wurde ohne jemals höhere Forderungen durch die DDR anzumelden. In Verhandlungen sollte als Mindestforderung von unserer Seite gestellt werden, daß die Zahlungen ab 1966 auf der Basis des Tarifes von 0,05 DM in voller Höhe durch die Westberliner Seite erfolgen. Das hätte für die Jahre 1966/67 eine Zahlung von 14 Mio bedeutet. Für die zurückliegenden Jahre 1961 bis 1965 sollte eine Zahlung von rd. 15 Mio als Vergleich angestrebt werden. Insgesamt sollte demnach eine Forderung von 29 Mio DM/DBB durchgesetzt werden.

Das Abschlußergebnis der Verhandlungen zeigt, daß auch diese Forderungen nicht durchgesetzt werden konnten. Es wurden 24 Mio DM/DBB als Vergleich für die vergangenen Jahre und

0.07 DM p/m^3 als neuer Preis ab Zeitpunkt der neuen Vereinbarungen in den Verhandlungen erreicht. Daraus ist die Schlußfolgerung zu ziehen, daß eine der ersten Voraussetzungen darin besteht, exakt nachweisbare Rechnungen über unsere Forderungen aufzustellen, unter Zugrundelegung der dafür notwendigen Tarife, Verträge oder Vereinbarungen. Von aller größter Bedeutung für unser taktisches Vorgehen war und wird zukünftig bleiben, vor Stattfinden von Verhandlungen genau die Vorstellungen der Westseite zu erkunden. Dazu gehört die Klärung solcher Fragen, wie

- welche Schuldensumme wird von der Westseite anerkannt,
- welche Abweichungen zu den von uns erhobenen Forderungen sind vorhanden und es ist einzuschätzen, ob die von der Westseite genannten Schuldensummen für uns akzeptabel sind, und wie sie zu erklären sind.

Als nicht unerheblich für das variable taktische Verhalten unserer Beauftragten halten die Verfasser den Hinweis, künftige Verhandlungsvorbereitungen nicht durch detailierte Presseveröffentlichungen zu belasten, was keinesfalls einer zielgerichteten und die Verhandlung unterstützenden offensiven Publikationstätigkeit entgegensteht. Auch in dieser Frage sollte die Forderung nach straffer zentraler Leitung bei nichtoffiziellen Verhandlungen Geltung haben.

Schlußfolgernd aus den bisherigen Erfahrungen schlagen die Verfasser vor:

- zu klären, wie bereitet die Westseite ihre Verhandlungen vor,
- zu klären, mit welchen Gegenforderungen der Westseite zu rechnen ist, und welchen Standpunkt wir zu diesen Forderungen beziehen,

- zu klären, welche von uns angewandte Taktik hat sich bewährt, mit welchen Gegenargumenten und mit welchen Beweismitteln kann die juristische Argumentation der Westseite widerlegt werden.

Entscheidend für die Durchsetzung unserer Forderungen ist, daß die nichtoffiziellen Kanäle straff von oben bis unten durchorganisiert sein müssen, die notwendigen Verbindungen zu Personen vorhanden sind, die entsprechende Kompetenzen besitzen und entsprechende Entscheidungen treffen können. Unbedeutende und wenig einflußreiche Personen sind für solche Kanäle nicht zu gebrauchen.

3.3 Die Nutzung des feindlichen Wirtschaftspotentials - besonders in Westberlin und Westdeutschland - zur Erhöhung des industriellen Wachstumstempos in der DDR

In der internationalen Klassenauseinandersetzung wird immer deutlicher sichtbar, daß besonders von Seiten der imperialistischen Hauptländer große Anstrengungen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden politischen und materiellen Mitteln unternommen werden, um ihre ökonomische internationale Vormachtstellung gegenüber anderen Staaten zu behaupten und auszubauen.

Die imperialistischen Hauptmächte messen der Auseinandersetzung auf ökonomischem Gebiet - sowohl untereinander aber in der Hauptlinie mit den sozialistischen Staaten - große Bedeutung bei. Im ökonomischen Wettbewerb zur Entscheidung der Frage "Wer - Wen?" zwischen Sozialismus und Imperialismus wird letztlich nur das sozialistische Lager als Sieger hervorgehen, weil es das höchste Wachstumstempo in der industriellen Produktion erreicht. Die imperialistischen Hauptmächte unternehmen in ihrer Wirtschaftspolitik seit Jahren große Anstrengungen zur Erhöhung ihres industriellen Wachstumstempos.

In Auswertung einer Reise zum Studium der japanischen Wirtschaftspolitik und -strategie schreibt der westdeutsche sozialdemokratische Wirtschaftspolitiker Klaus von Dohnanyi

> "... in der Unternehmensstrategie werden... dem Wachstum alle anderen Gesichtspunkte untergeordnet. Die japanische Industrie kennt nur ein Ziel: wettbewerbsfähig zu werden und zu bleiben mit den stärksten Unternehmen der Welt. [1]

---

1) K.v.Dohnanyi, Japanische Strategien oder das deutsche Führungsdefizit, Verlag R. Piper u. Co., München 1969, S. 64

> ...Regierungen, auch wenn sie ihre entscheidende Verantwortung für die Wirtschaftsentwicklung der Nation unvollkommen verstanden haben, suchen die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft zu stärken, jeden Vorsprung zu sichern und bestehende Nachteile wettzumachen." [2)]

Dem westdeutschen Imperialismus sind - wie bereits in den vorangegangenen Abschnitten der Arbeit nachgewiesen wurde - im ökonomischen Wettbewerb mit der DDR zur Entscheidung der Fragen "Wer - Wen?" und zur Erhöhung seines industriellen Wachstumstempos alle Mittel und Methoden - einschließlich verbrecherischer - recht. So gehört es seit Jahren zu den Praktiken des westdeutschen Imperialismus, im ökonomischen Wettbewerb mit der DDR auf Kosten des Wirtschaftspotentials der DDR, sein eigenes Wachstumstempo zu forcieren in der ökonomischen Auseinandersetzung mit der DDR einen maximalen Zeitgewinn zu erreichen. Der Feind versucht mit seinen raffinierten Methoden und Mitteln auch weiterhin auf Kosten des Wirtschaftspotentials der DDR, sein eigenes Wachstumstempo zu beschleunigen mit dem Ziel der ökonomischen Unterwanderung der DDR und der Restaurierung der imperialistischen Ordnung in der DDR. Das Schuldenkonto des westdeutschen Imperialsismus gegenüber der DDR wächst täglich an, wie bereits nachgewiesen wurde. Aus diesen Tatsachen leiten die Verfasser der Arbeit den Klassenauftrag und die Pflicht für die zuständigen Staatsorgane der DDR ab, ständig zu prüfen und Lösungsvarianten vorzuschlagen, wie die DDR durch Ausnutzung des feindlichen Wirtschaftspotentials des westdeutschen Imperialismus das eigene industrielle Wachstumstempo entscheidend beschleunigen kann.

Die Verfasser der vorliegenden Arbeit halten es für gerechtfertigt, in Anbetracht der uns zugefügten Schäden durch den westdeutschen Imperialismus, diesen Klassenauftrag soweit

---

K.v. Dohnanyi, Japanische Strategien oder das deutsche Führungsdefizit, Verlag R. Piper u. Co., München 1969, S. 21

zu fassen:

Dem Feind mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten, durch Anwendung seiner eigenen Methoden und Moralbegriffe, Schaden zuzufügen sowie die sich bietenden Möglichkeiten des feindlichen Wirtschaftspotentials zur allseitigen Stärkung der DDR voll zu nutzen. Bei der Realisierung dieses Klassenauftrages kommt uns die Absicht des Feindes entgegen, die Wirtschaftsbeziehungen zur DDR auszubauen mit dem Ziel, ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse der DDR von Westdeutschland und Westberlin zu schaffen.

Durch die volle Ausnutzung der zentralen staatlichen Planung und des Außenwirtschaftsmonopols ist die DDR in der Lage, ohne Erhöhung der Störanfälligkeit, ihre Volkswirtschaft, besonders auf den Gebieten wo einheimische Rohstoffe mit hohem Nutzeffekt verwendet werden können, insgesamt und zusätzlich zum Perspektivplan bis 1975 bedeutende Reserven auf Kosten des Feindes und seines Wirtschaftspotentials zu erschließen. In Durchführung solcher Maßnahmen wird es zwar notwendig sein, eine Erhöhung des Außenhandelsvolumens mit Westdeutschland und Westberlin im Perspektivplanzeitraum vorzunehmen. Von einer solchen Maßnahme sollte auch nicht zurückgeschreckt werden bei zu erwartenden ideologischen Auseinandersetzungen mit den befreundeten sozialistischen Staaten. Es kommt darauf an, diesen unseren Rechtsstandpunkt unter der Sicht der Schulden des westdeutschen Imperialismus gegenüber der DDR darzulegen.

Unter Zugrundelegung des bewiesenen Rechtsstandpunktes der DDR besteht deshalb das Ziel der Überlegungen der Verfasser darin, materielle und finanzielle Fonds des Feindes ganz oder zeitweise für die Beschleunigung des Wachstumstempos der Industrie der DDR durch den Auf- und Ausbau hocheffektiver moderner volkseigener Industriebetriebe, vor allem

- durch die effektivste Verwendung der einzutreibenden Schulden im Werte von ca. 500 Mio VE [1)]
- durch den Kauf ganzer schlüsselfertiger Produktionsanlagen im Werte von ca. l Mrd. VE auf der Grundlage langfristiger Zahlungsziele mit international günstigen Kreditzinsen und Rückzahlungsterminen

für die allseitige Stärkung der DDR zu nutzen. Die Bestätigung und Anwendung einer solchen Grundlinie hätte volkswirtschaftlich große Bedeutung. So zeigten sich bei der Vorbereitung des Volkswirtschaftsplanes 1970 in zunehmendem Maße Schwierigkeiten, verursacht durch das rasche Ansteigen des Rohstoffbedarfes der Industrie aus Aufkommen in nichtsozialistischen Ländern, bei der planmäßigen Finanzierung des Importes von neuen Produktionsstätten, Maschinen und Ausrüstungen für strukturbestimmende Zweige aus kapitalistischen Industrieländern. Dadurch wird die völlig berechtigte Entscheidung - ca. 150 ausgewählte Automatisierungsvorhaben und deren Inbetriebnahme bis zum VIII. Parteitag der SED ausschließlich durch die im Volkswirtschaftsplan finanzierten Fonds materiell zu sichern, gefährdet. Damit würde jedoch eine große Reserve ideeller und materieller Art in den volkseigenen Betrieben und auch in Betrieben anderer Eigentumsformen zeitweise brachliegen. Das wäre nach Ansicht der Verfasser volkswirtschaftlich unverantwortlich, denn gerade auf diesem Gebiet liegt eine volkswirtschaftlich bedeutende Wachstumsreserve, die mit dem von uns in folgenden aufgezeigten Möglichkeiten, unter Inanspruchnahme des feindlichen Wirtschaftspotentials des westdeutschen Imperialismus, optimal genutzt werden sollte.

---

1) Von dieser Summe wurden bereits ca. 170 Mio VE für den außerplanmäßigen Import des Platten- und Möbelkombinates Ribnitz-Damgarten und für den Aufbau der Graugußgießerei im Bereich des Kombinates Fritz Heckert, Karl-Marx-Stadt freigegeben und mit der Firma Berlin-Consult in Westberlin vertraglich gebunden bzw. befinden sich in der Vertragsvorbereitung.

Die vorliegenden Erfahrungen bei der Verwendung bereits eingetriebener Schulden bzw. bei der Ausarbeitung von Vorschlägen zum Einsatz von noch anstehenden Schuldenforderungen, deren Realisierung in nächster Zeit möglich erscheint, zeigen, daß besonders über Westberlin gute Möglichkeiten bestehen, zu kommerziell günstigen Bedingungen ganze Produktionsstätten zu importieren. Besonders die Westberliner Industrie und der Senat von Westberlin sind auf Grund der Gesamtlage der Stadt, der unklaren politischen und wirtschaftlichen Perspektive und des Interesses, die Stellung dieser Stadt als attraktiver Partner gegenüber den sozialistischen Ländern weiter auszubauen, objektiv daran interessiert, unter Federführung Westberliner Generalprojektanten und Lieferanten, ganze Produktionsbetriebe zur Lieferung in die DDR anzubieten. In Westberlin wird das gemeinsame Interesse des Staates und der Monopole am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zur DDR besonders deutlich sichtbar, so daß insgesamt beim Import von kompletten Anlagen über Westberlin bessere Möglichkeiten als über Westdeutschland oder andere kapitalistische Länder vorhanden sind. Die Nutzung dieser möglichen Quellen für die weitere materielle Sicherung zur Beschleunigung des Tempos beim Aufbau- und Ausbau einer hocheffektiven modernen volkseigenen Industrie, setzt eine klare politische und ökonomische Vorgabe des Zieles und Weges zur Realisierung dieses Vorhabens voraus. Zur vollen Nutzung aller volkswirtschaftlichen Möglichkeiten über den z. Zt. für 1970 und dem Perspektivplanzeitraum konzipierten Plan hinaus wird von den Verfassern folgende Grundlinie vorgeschlagen:

- Kauf ganzer vollautomatischer Produktionslinien und Betriebe auf der Grundlage langfristiger Zahlungsziele, vor allem in und über Westberlin als zusätzliche Maßnahme zur Sicherung der geforderten jährlichen Zuwachsrate und Steigerung der Arbeitsproduktivität, besonders in strukturbestimmenden Zweigen der Volkswirtschaft durch Verwertung einheimischer Rohstoffe, die nur durch den weiteren konsequenten und beschleunigten Aufbau modernster Produktionsstätten möglich sein wird.

Die bereits auf diesem Wege praktizierten Beispiele, wie der Aufbau des Metalleichtbaukombinates, des Aufbaues von Produktionsstätten für Polyester und Polyuritan, der Import von ganzen Produktionslinien zur Herstellung von synthetischen Geweben in Cottbus mit Hilfe langfristiger Auslandskredite, haben sich bewärt. Um heute konkurrenzfähig zu bleiben, um : ständig Pionier- und Spitzenleistungen vollbringen zu können, ist es objektiv notwendig, besonders unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, eine Erhöhung des Automatisierungsgrades und der Erneuerung der Produktionsmittel vorzunehmen, um eine hocheffektive und den Marktbedürfnissen entsprechende Produktion zu gewährleisten.

> "Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution muß eine vornehmlich quantitative Ausdehnung der Produktion auf gleicher technischer Stufenleiter bei unzureichender qualitativer Erneuerung des vorhandenen Produktionsapparates, zwangsläufig zur Minderung der Leistungsfähigkeit des Betriebes führen." [1)]

Diese theoretische Erkenntnis trifft natürlich auch für die Industrie in ihrer Gesamtheit zu. Deshalb hat die konsequente Durchsetzung der besonders in Vorbereitung des 20. Jahrestages der Gründung der DDR begonnene Automatisierungspolitik, vor allem in den strukturbestimmenden Zweigen und Kombinaten, ; äußerst große politische und ökonomische gesamtvolkswirtschaftliche Bedeutung. Die Lösung von Automatisierungsvorhaben, unter Beachtung der erreichten Weltspitzenleistungen, ist unter den gegenwärtigen Bedingungen der internationalen Arbeitsteilung, einem einzelnen Land nicht mehr auf allen Gebieten der Produktion möglich. Jedes einzelne Land ist mehr oder weniger auf den Kauf von Lizenzen oder kompletten Anlagen aus anderen Staaten angewiesen, um den Anschluß an die Weltspitze in der industriellen Produktion zu halten. Das trifft

---

1) Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Dietz-Verlag Berlin, 1969, S. 763

auch in vollem Umfange für die DDR zu. Die Verfasser sehen real die Möglichkeit, das Wachstumstempo der Industrie der DDR wesentlich zu beschleunigen durch die Aufnahme von Krediten zum Kauf schlüsselfertiger Anlagen in der Größenordnung von etwa l Milliarde Verrechnungseinheiten mit einer Laufzeit zwischen 5 - 7 Jahren nach Inbetriebnahme und mit einem Zinsfuß von etwa 7 % mit evtl. rückzahlungsfreien Zeiträumen von 2 Jahren zum Kauf schlüsselfertiger Anlagen einschließlich Bau vorwiegend in und über Westberlin.

Unter Zugrundelegung des dargelegten Vorschlages zur vertraglichen Bindung, zum Bau und zur Inbetriebnahme von schlüsselfertigen Industrieanlagen im Werte von ca. l Mrd. Verrechnungseinheiten, die vorwiegend über die selbständige politische Einheit Westberlin im Zeitraum 1971/72 realisiert werden sollen, ergibt sich nachfolgend dargestellte optimale Variante:

1 Milliarde VE Kreditaufnahme

5 Jahre Kreditlaufzeit nach Inbetriebnahme, davon 2 Jahre rückzahlungsfreie Zeit bei 10 % Anzahlung und Zinszahlung in l0 Halbjahresraten in Höhe von 7 % p.a. bei einem angenommenen Vertragsabschluß spätestens 1. 3. 1970. Die Znszahlung für die zwei rückzahlungsfreien Jahre erfolgt mit der ersten Tilgungsrate.

Bei der Durchsetzung dieser optimalen Variante ergeben sich folgende jährliche Rückzahlungsraten für die DDR:

31. 3. 1970	angenommener Termin des Vertragsabschlusses Anzahlung ca. l00.000 TVE (sollten aus Reservefonds oder kurzfristigen Finanzkrediten eingeschossen werden)
31.3. 1972	angenommener Termin der Inbetriebnahme

30. 9. 1974	1. Tilgungsrate zuzüglich Zinsen für den Zeitraum vom 1. 3. 72 bis 1. 9. 74 einschließlich Zinseszinsen	318.917,7	TVE
31. 3. 1975	2. Tilgungsrate einschließlich Zinsen	176.250,0	"
30. 9. 1975	3. Tilgungsrate einschließlich Zinsen	171.000,0	"
31. 3. 1976	4. Tilgungsrate einschließlich Zinsen	165.750,0	"
30. 9. 1976	5. Tilgungsrate einschließlich Zinsen	160.500,0	"
31. 3. 1977	6. Tilgungsrate einschließlich Zinsen	155.250,0	"
	Gesamtzinsbelastung	247.667,7	TVE [1]

Die Auswahl solcher Projekte sollte nach folgenden ökonomischen Kriterien erfolgen:

- Das zu fertigende Erzeugnis kann mit hohem volkswirtschaftlichen Effekt, in marktbeeinflussenden Losgrößen und mit langfristiger Absatzsperspektive in das NSW, vor allem gegen Freie Devisen, verkauft werden.

---

1) Bei einer zweiten Variante:
Die Zinsen werden ab Kreditentnahme halbjährlich gezahlt, das ergibt eine gesamtzinsmäßige Belastung von 236.250 TVE, also eine Einsparung von 11.417 TVE gegenüber Variante eins. Bei Variante zwei müßten im 1 Jahr 31.500 TVE und im 2. Jahr 63.000 TVE gezahlt werden. Diese Summen müßten aus zeitweise verfügbaren Fonds bzw. aus kurzfristigen Finanzkrediten vorfinanziert werden.

- Die Fertigung der Erzeugnisse erfolgt auf der Grundlage vorwiegend einheimischer bzw. im sozialistischen Wirtschaftsgebiet kontinuierlich beschaffbarer Rohstoffe.

- Der Aufbau der Produktionsstätten bis zur Inbetriebnahme wird in maximal 1 1/2 - 2 Jahren abgeschlossen.

- Die aus dem Export in das NSW erzielten Erlöse gewährleisten die planmäßige Rückzahlung der aufgenommenen Kredite in solchen Zeiträumen, daß die Valutaeinnahmen aus der Exportproduktion von mindestens 1 - 2 Jahren zusätzlich planwirksam werden können.

- Die ökonomische Abhängigkeit von Westdeutschland und Westberlin sowie die Anfälligkeit gegenüber der wirtschaftlichen Störtätigkeit des Feindes darf nicht vergrößert werden, sondern muß mit Hilfe aller zur Verfügung stehenden Mittel eingeschränkt werden, durch Unabhängigkeit in Rohstofflieferungen, Drohung mit Einstellung der Kreditratenzahlung bei Störaktionen des Feindes und Nichteinhaltung ihrer eingegangenen vertraglichen Vereinbarungen, vertragliche Sicherung von Ersatzteillieferungen bei Abschluß eines Vertrages über einen Zeitraum von nicht unter 10 Jahren.

- Die neuen Produktionsstätten müssen mit einem Minimum an Arbeitskräften zu betreiben sein.

- Die einzelnen festgelegten neuen Produktionsstätten sind als <u>gesonderter Bestandteil des Perspektivplanes bis 1975 auszuweisen und gesondert abzurechnen.</u> Dabei ist zu gewährleisten, daß bis zur vollen Rückzahlung der Kredite <u>die Produktion und der Export nicht planwirksam werden.</u>

In Durchsetzung der Realisierung des Vertrages - Kreditaufnahme in Höhe von 1 Mrd. VE - und ihre effektivste ökonomische Verwendung ist in allen volkseigenen Betrieben und Kombinaten

in Weiterführung des ökonomischen Systems zu prüfen, wie durch Inanspruchnahme dieser zusätzlichen Maßnahmen die Effektivität der Produktion und des Exportes, besonders in das NSW, durch gleichzeitige staatliche Förderungsmaßnahmen, wirksam gesteigert werden kann.

Mit der Konzentrierung der Lieferung der Anlagen aus Westberlin soll in stärkerem Maße als bisher eine gewisse Abhängigkeit Westberliner Betriebe gegenüber der DDR durchgesetzt werden. Als Partner bietet sich in Westberlin die Firma Berlin-Consult an. An diesem Betrieb ist der Senat von Westberlin finanziell beteiligt und hat bereits in drei konkreten Fällen der Lieferung von Industrieanlagen in die DDR auf der Grundlage eines langfristigen Zahlungszieles die Kreditversicherung gegenüber den beteiligten Westberliner und westdeutschen Betrieben übernommen. Es gab keine besonderen Schwierigkeiten, abweichend von den Berner Verträgen, Zahlungsziele über 5 Jahre zu erhalten. [1] In diesem Zusammenhang ist interessant, daß z. Zt. auf Antrag des Senats von Westberlin die Möglichkeiten des Aufbaues einer Finanzierungsbank in Westberlin geprüft werden, deren Aufgabe vor allem darin besteht, den Export in die sozialistischen Länder und darunter besonders in die DDR, finanziell zu sichern.

Nach den bisherigen Feststellungen tritt durch die Einschaltung der Westberliner Firma Berlin-Consult, die die Rolle eines Generalprojektanten und Lieferanten ausübt, keine wesentliche Verteuerung ein, da die Stellung dieses Betriebes innerhalb der Vergünstigung, die für Westberliner wirksam sind, mögliche Nachteile finanzieller Art für die DDR aufhebt.

Die ökonomischen Vorteile, die sich aus der Aufnahme langfristiger Kredite zum Bau schlüsselfertiger Anlagen durch die Westberliner Firma Berlin- Consult für die DDR - unter Beachtung der gegenwärtigen ökonomischen Gesamtlage - ergeben,

---

1) Die Berner Verträge verbieten, der DDR Zahlungsziele über 5 Jahre hinaus zu gewähren.

sollen am Modell des Baues einer schlüsselfertigen Porzellanfabrik für Hotelgeschirr demonstriert werden. Die Verfasser sehen in diesem Modell und an dessen Bewährung ein Beispiel für weitere prinzipielle neue Lösungen im ökonomischen System des Sozialismus, zur Beschleunigung des Wachstumstempos der Volkswirtschaft der DDR unter Ausnutzung des feindlichen Wirtschaftspotentials. Diese Maßnahme trägt gleichzeitig zur Erwirtschaftung zusätzlicher Devisen, brachliegender einheimischer Rohstoffe bei und führt schließlich dazu, daß mittels der erwirtschafteten Devisen neue Automatisierungs- und Rationalisierungsvorhaben im Perspektivplanzeitraum und darüber hinaus in Angriff genommen werden können.

Im Rahmen der dargestellten Prämissen für den außerplanmäßigen Import von neuen, schlüsselfertigen Produktionsstätten und der Finanzierungsvarianten wird der sofortige Vertragsabschluß über den Aufbau einer kompletten Produktionsstätte für die Herstellung von Hotelporzellan mit einer Kapazität von 11.000 t/a vorgeschlagen.

Auf Initiative des Mitgliedes des Politbüros und Sekretärs des ZK der SED, Gen. Dr. Mittag, wurde durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung die Ausarbeitung einer Studie zur Entwicklung der feinkeramischen Industrie der DDR bis 1975 über den Minister für Leichtindustrie Mitte Oktober 1969 veranlaßt.[1)]

Nach dem jetzigen Stand der Untersuchungen ergibt sich folgender Sachstand:

Die Entscheidung über den Bau eines Werkes, ausschließlich spezialisiert auf die Herstellung von Hotelporzellan, wird neben den guten Möglichkeiten für den Export und des ständig wachsenden Inlandsbedarfs durch die Tatsache begünstigt, daß

---

1) siehe VVB Keramik, VD Nr. 12/63 vom 30. 10. 1969

Hotelgeschirr die besten Automatisierungsmöglichkeiten innerhalb der Erzeugnisgruppe Geschirr bietet - begrenztes Artikelsortiment - einfache Dekortechnik. In Verbindung mit der konsequenten Verwirklichung des Durchlaufprinzips wird die Arbeitsproduktivität auf 12.2 t pro Gesamtbeschäftigte gesteigert. Dieser Wert stellt absolute Weltspitze dar. Durch den Aufbau eines solchen Werkes ist die DDR in der Lage,auf dem Weltmarkt mit wettbewerbsfähigen Größenordnungen aufzuwarten.

Als günstigster Standort für das neue Werk wird Könitz/Krs. Saalfeld, Bezirk Gera, als Ausweichvariante der Raum Kemmlitz Kreis Oschatz Bez. Leipzig vorgeschlagen.

Vorgesehener Generalprojektant und Lieferant:	Berlin-Consult, Westberlin
Mögliche Inbetriebnahmetermine bei schlüsselfertiger Lieferung:	18 - 20 Monate nach Vertragsunterzeichnung
Gesamtkosten einschl. Zinsen:	ca. 80 Mio VE
Voraussichtliches NSW-Exportvolumen für 1. Qualität:	ca. 20 Mio VM pro/Jahr
Anteil einheimischer Rohstoffe am Gesamtprodukt:	ca. 95 % Kaolin und Feldspatsand

Es wird speziell bei Hotelporzellan ein hoher Veredelungsgrad des Rohstoffes erreicht. Einem Rohstoffeinsatz von 1.0 t mit einem Wert von 170.- Mark p/t Fertigungserzeugnis stehen Durchschnittserlöse von ca. 6 TM gegenüber.

Absatzsituation im Export:

Der durchschnittliche Prokopfverbrauch an Haushalts- und Hotelgeschirr liegt in der überwiegenden Anzahl der Staaten der Erde in der Größenordnung von 0.5 kg. Es wird eingeschätzt,

daß der obere Grenzwert im Prokopfverbrauch mit 1.5 kg auch bis aum Jahre 2000 nicht erreicht wird. Kunststoffe werden nur zu ca. 10 % in der Geschirrproduktion Verwendung finden. Es ist also mit keiner wesentlichen Beeinträchtigung der Produktion von Hotelgeschirr auf silikatischer Basis durch Substitutionen zu rechnen. Die Aufnahmefähigkeit des kapitalistischen Marktes gestattet den Absatz von einem vorgesehenen Exportvolumen in folgende Länder: Österreich, Schweiz, Italien, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Dänemark, Schweden, Finnland, USA und Kanada. Da lediglich die Einfuhr nach Kanada, USA, der Schweiz und Finnland liberalisiert ist und nach dem jetzigen Stand für die übrigen Länder Erfahrungen über den Lizenzerhalt von ca. 25 Mio VM vorliegen, müßten bereits notwendige Anstrengungen zur Erhöhung von Exportlizenzen unternommen werden. Es wird für möglich gehalten, daß bei der Erweiterung der Absatzorganisation, speziell für diesen Zweig, DDR-eigene abgedeckte Firmen mit eingesetzt werden können.

Eine Rentabilitätskennziffer im Export in das NSW von ca. 1.0 wird für erreichbar gehalten.
Nachstehende zusätzliche staatliche Förderungsmittel sollten als prinzipielle Lösung für diese Kategorien von Investitionsvorhaben angewandt werden:

- Die vorgeschlagenen, zusätzlich zum Perspektivplan bis 1975 in Betrieb zu nehmenden neuen Betriebe produzieren ausschließlich, bis auf den Teil nichtabsetzbarer Produktion im Ausland, (Qualitätsgründe - II. Wahl) für den NSW-Export.

- Bis zur vollen Abdeckung aller Valutaaufwendungen für den Aufbau des Betriebes und der Erweiterung der Absatzorganisation erfolgt keine Aufnahme in den Volkswirtschaftsplan. Die Produktion und der Export aus diesen Produktionsstätten ist gesondert in der Statistik auszuweisen.

- Zur Beschleunigung der Amortisationszeiten entfällt der Importaufschlag.

- Die markseitige Finanzierung durch notwendige Kredite erfolgt über die INdustrie- und Handelsbank mit Vorzugszinsen in Höhe von 1.8 % - üblich sind z. Zt. 5 %

- Bis zur vollen Abdeckung des Kredites erläßt der Staat die Nettogewinnabführung.

- Es ist eine, die schnelle Amortisation fordernde Produktionsfondsabgabe festzulegen.

Bei der Entscheidung dieser Vorschläge sollte beachtet werden, daß nach dem gegenwärtigen Stand der Ausarbeitung des Perspektivplanes bis 1975 der Aufbau und die volle Nutzung dieser zusätzlichen Kapazitäten nicht vorgesehen ist. Es bleibt also im Grunde nur die Entscheidung zu treffen, entweder die vorhandenen Rohstoffe weiter ungenutzt liegen zu lassen, oder sie unter diesen Bedingungen für die Erweiterung des Wachstums-Tempos der Volkswirtschaft optimal zu nutzen.

In diesem Zusammenhang wird es zweifelsohne auch zu ideologischen Auseinandersetzungen mit leitenden Staats- und Wirtschaftsfunktionären kommen, die sich einem solchen Weg widersetzen, weil sie das teilweise damit verbundene Risiko scheuen. Durch Scheu vor volkswirtschaftlich gerechtfertigten ökonomischen Risiken werden jedoch oft bedeutende Reserven der Volkswirtschaft durch ungenügende Kampfpositionen von leitenden Staats- und Wirtschaftsfunktionären nicht voll genutzt. Deshalb sollten die ideologischen Auseinandersetzungen gegen weitverbreitete Auffassungen, alle finanziellen und materiellen Fonds nur von der Staatlichen Plankommission zu fordern, verstärkt werden. Nach Ansicht der Verfasser sind die aufgezeigten Möglichkeiten zur Beschleunigung des Wachstumstempos voll zu nutzen und in Auseinandersetzung mit rückständigen, das Wachstumstempo hemmenden Auffassungen durch-

zusetzen. Auf Grund mangelnder Kampfposition und des persönlichen Zurückschreckens vor möglichen Risiken darf kein Tempoverlust bei der umfassenden Anwendung des technisch-wissenschaftlichen Höchststandes in der Produktion zugelassen werden.

Der vom Ministerium für Leichtindustrie in den Jahren 1968/69 beschrittene Weg zum Bau von vollautomatischen Produktionseinheiten und Produktionsbetrieben und deren Finanzierung aus verschiedenen Aufkommensquellen, darunter auch langfristige Auslandskredite und den hierbei gesammelten positiven Erfahrungen bei der Eigenerwirtschaftung der Fonds für die Rückzahlung der Kredite, bestätigen die Richtigkeit des Weges und des einzugehenden zeitweiligen Risikos.

Bei der Betrachtung des gesamten Vorschlages muß deshalb klar festgestellt werden, daß ein zeitweises erhöhtes Anwachsen der Verbindlichkeiten der DDR gegenüber westdeutschen und Westberliner Lieferanten auftritt, das aber aus den dargestellten volkswirtschaftlichen Gründen nicht gescheut werden sollte. Die hohen notwendigen Wachstumsraten der Industrie, die im ökonomischen Wettbewerb, um konkurrenzfähig zu bleiben, notwendig sind, stellen auch die Volkswirtschaft der DDR vor große Finanzierungsprobleme, die mit den herkömmlichen Finanzierungsmethoden nicht mehr allein gelöst werden können. In diesem Zusammenhang sei besonders daran erinnert, daß man in Japan sogar zeitweise bereit war im Interesse des erhöhten Wachstumstempos, Kreditzinsen mit 12 und 16 % in Kauf zu nehmen und wie das praktische Ergebnis der japanischen Wirtschaftsentwicklung beweist, mit Erfolg in Kauf genommen hat. Allein die durch den Einsatz moderner Technik mögliche Einsparung von Arbeitskräften hat besonders für die Volkswirtschaft der DDR große Bedeutung. Deshalb sollte der notwendige Mut aufgebracht werden, in der vorgeschlagenen Richtung erste Schritte zu unternehmen.

In den letzten Jahren hat sich das Leasing zu einer bedeutenden und erfolgreichen Verkaufsmethode in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern, besonders auch in Westdeutschland, entwickelt.

Im Zeitalter der wissenschatlich-technischen Revolution nimmt der moralische Verschleiß von Rationalisierungs- und Automatisierungsmitteln zu und verschärft damit die Bedingungen im Kampf um Maximalprofite. Marktbeeinflussende Produzenten, wie z. B. IBM, auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung tragen dieser Entwicklung Rechnung und halten sich über das Leasing einen festen Kundenstamm, indem sie den Kunden ständig die neuesten, für ihre optimal verwertbaren Anlagen und Geräte zur Verfügung stellen. Der Anwender hat einen dreifachen Vorteil:

- Möglichkeiten für hohe Abschreibungen, und damit Verkürzung der Amortisationszeiten,
- ständige Beratung über Neuentwicklungen bzw. über die Erschließung neuer Anwendungsgebiete von eingesetzten bzw. von zur Verfügung stehenden Maschinen und Geräte durch den Produzenten,
- der Produzent bzw. die Leasing GmbH übernimmt die Finanzierung gegenüber dem Anwender. Damit entfällt ein oft komplizierter Verfahrensweg bei der Beschaffung von Investitionskrediten oder Darlehnen.

Die Verfasser halten es auch unter Beachtung evtl. zeitweilig erhöhter Abhängigkeiten und im Auftreten von Störfaktoren für empfehlenswert, unter einer zentralen Koordinierung, z. B. in einer speziellen Firma im Gesamtverband der staatlichen Vertretergesellschaften als Partner der Leasing GmbH in Westberlin und evtl. auch in Westdeutschland,in ausgewählten Kombinaten und Betrieben der DDR experimentell zu erproben.

Nach optimaler Nutzung der ausgeliehenen Maschinen und Geräte sollten sie nicht in der DDR verbleiben (Abhängigkeit von Ersatz- und Verschleißteilen), sondern nach dem Eintreffen neuer Technik auf der Grundlage eines Leasing-Vertrages an den Produzenten oder an die Leasing GmbH zurückgesandt werden.

Die Finanzierung des Leasings erfolgt über die zu schaffenden Gesellschaften im Verband der staatlichen Vertretergesellschaften-sie arbeiten nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung - durch die von den volkseigenen Betrieben und Kombinaten zusätzlich zum Plan erwirtschafteten Devisen.

Ein wesentlicher Vorteil besteht darin, daß ohne Erhöhung des Außenhandelsumsatzes mit Westdeutschland und Westberlin bedeutende zusätzliche Automatisierungsmittel der DDR zur Verfügung stehen könnten (beginnend mit 10 Mio, aufbauend bis 100 Mio). Im Ernstfall würden sich diese Maschinen auf dem Territorium der DDR befinden.

Über die hier in der vorliegenden Arbeit dargestellten Möglichkeiten hinaus mußte im Interesse der optimalen Ausnutzung aller volkswirtschaftlichen Möglichkeiten im Rahmen des Staatsplanes geprüft werden, inwieweit zur planmäßigen Finanzierung, besonders von Rohstoffen und ausgewählten Maschinen und Ausrüstungen zeitweise eine Veränderung der Grundproportionen SW - NSW zugunsten des Handels mit Ländern, in denen Freie Devisen erwirtschaftet werden, vorgenommen werden, weil das volkswirtschaftlich notwendig ist. Die einzige Begründung für einen solchen Schritt ist die reale Einschätzung der gegenwärtigen Liefermöglichkeiten der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, die den vollen Rohstoffbedarf der DDR und das Bedürfnis nach modernsten Maschinen und Ausrüstungen, vor allem im Zeitraum bis 1975, nicht mehr voll befriedigen können. Die Verfasser halten, es für notwendig, das Wachstumstempo der DDR auch unter Beachtung des Eingehens zeitweiliger vertretbarer Risiken, wie z. B. zeitweise vertretbare Abhängigkeiten und damit zusammenhängende mögliche Störfaktoren unter allen Umständen insgesamt zu beschleunigen.

Da eine solche zeitweise Umverteilung nur im Gesamtrahmen von wenigen Prozenten, gemessen am gesamten Wirtschaftspotential der DDR, praktisch wirksam werden würde, sehen wir keine politischen und ökonomischen Bedenken, solche Schritte im Perspektivplanzeitraum zu gehen.

3.4 Rolle und Stellung~~en~~ der internationalen Handelsfirmen Intrac und Zentral-Kommerz in der Volkswirtschaft der DDR - ihre Aufgaben und weitgehenden Möglichkeiten zur Erschließung und Erwirtschaftung Freier Devisen

Im Rahmen der Erschließung zusätzlicher Devisen erfolgte seit 1967 durch die Partei und Staatsführung eine konzentrierte Förderung und Erweiterung solcher staatlicher Außenhandelsfirmen, die speziell für die Erwirtschaftung von kapitalistischer Valuta für die Staatsdevisenreserve sowie spezieller Fonds zur außerplanmäßigen Finanzierung, vorwiegend von Automatisierungsvorhaben, beauftragt sind. Durch die vorrangige Förderung dieser Außenhandelsbetriebe konnten besonders in den Jahren 1968/69, gemessen an internationalen Maßstäben, höchste Handelsgewinne realisiert werden. Durchschnittlich haben diese Firmen das 40-fache des Jahreseinkommens (ca. 1.200.- Mark Brutto ohne Prämie) je Mitarbeiter als Nettodevisengewinn an den Staat abgeführt. [1)]

Die vom Vorsitzenden des Ministerrates der DDR in speziellen Verfügungen erteilten Vollmachten bilden die Voraussetzung, daß durch den Einsatz

- zentraler Warenfonds der materiellen Staatsreserve,
- im Volkswirtschaftsplan wegen schlechter Devisenrentabilität nicht aufgenommener Warenfonds (DE-Kennziffer weniger als 0.5),
- nicht ausgelasteter Produktionskapazitäten durch Lohnveredelungen und zusätzlicher Rochstoffbeschaffung aus dem NSW,

---

1) siehe Anlage 11

- von Produktionskapazitätserweiterungen in den Betrieben unterschiedlicher Eigentumsformen über die außerplanmäßige Bereitstellung von Maschinen, Ausrüstungen und Rohstoffen,
- von Importen verschiedenster Waren aus sozialistischen Ländern, deren Austausch bzw. Veredelegung in der DDR für den Export in das NSW,
- von Switch- u.a. Finanztransaktionen,
- und die Durchführung von riskanten Geschäften, vor allem durch Waren-, Wertpapier- und Geldspekulationen,

bisher diese ökonomischen Ergebnisse erreicht werden konnten. Ausgehend von dem gegenwärtig erreichten Kaderbestand, der politischen und fachlichen Qualifikation der Kader sowie der Aufnahme der verschiedensten bisherigen Gewinnquellen in den Volkswirtschaftsplan - was besonders am Volkswirtschaftsplan 1970 deutlich sichtbar wird - unterbreiten die Verfasser Vorschläge, in welcher Richtung und mit welcher weiteren Förderung des Sekretariats des ZK der SED und des Vorsitzenden des Ministerrates die für den Zeitraum 1970 - 1975 außerordentlich hohen Nettogewinnabführung an den Staat eingehalten und überboten werden können.

Zur Sicherung und Erweiterung der bisherigen Quellen und Möglichkeiten zur Devisenerwirtschaftung ist es im Interesse einer effektiveren Arbeit der genannten Firmen notwendig, folgende generelle Grundsätze bei der Entwicklung aller erwähnten Handelsfirmen weiter anzuwenden bzw. noch konsequenter durchzusetzen. Dieser Prozeß setzt die weitere aktive Hilfe des zentralen Partei- und Staatsapparates voraus.

- Die Firmen haben den Status von Devisenausländern.
- Die notwendigen Mark- und Valutabeträge für die Finanzierung aller betrieblichen Fonds resultieren aus selbsterwirtschafteten Mitteln der Betriebe.

- Die Generaldirektoren der Betriebe haben das Recht, vorbehaltlich der Bestätigung durch den Stellvertreter des Ministers für Außenwirtschaft für den Bereich Kommerzielle Koordinierung, eigene offizielle und abgedeckte Firmen im NSW zu gründen.

- Die Finanzkontrolle der Firmen wird nach Abstimmung mit der staatlichen Finanzrevision durch den Generaldirektor und Hauptbuchhalter veranlagt. Die Revision erfolgt jährlich durch die Sondergruppe der staatlichen Finanzrevision.

- Die Generaldirektoren von Intrac und Zentral-Kommerz haben das Recht, mit VVB, Kombinaten, volkseigenen Betrieben und Betrieben anderer Eigentumsformen Verträge über die verschiedenartigste Nutzung von zusätzlichen Fonds, die nicht im Staatsplan der Betriebe enthalten sind, im Rahmen der durch den Vorsitzenden des Ministerrates generell erlassenen Verfügung über die außerplanmäßige Gewinnerwirtschaftung, abzuschließen. In diesem Rahmen könnten aus den zusätzlich erwirtschafteten Mitteln ein Teil der Gewinne für den Import von Rationalisierungsmitteln und Rohstoffen als Grundlage zur überdurchschnittlichen Steigerung der Produktion, speziell für den Export und als materieller Anreiz für die Betriebe verwandt werden. Dabei sind die im ökonomischen System konzipierten Möglichkeiten der Eigenerwirtschaftung von Valutaanrechten durch Übererfüllung der Exportpläne im NSW - besonders Planteil FD - voll zu nutzen. Die geübte Praxis, auf der Grundlage von ministeriellen Vereinbarungen bestimmte vorhandene außerplanmäßige Reserven zu erweitern, ist als spezielle Methode weiter auszubauen. Dabei sind besonders durch ungenügende Rohstoffbereitstellungen nicht voll genutzte Exportkapazitäten für den Absatz in NSW-Ländern, durch Lohnveredelungsgeschäfte außerplanmäßig zu erschließen.

Durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung ist der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates für Industrie über die vorhandenen Anrechte der Kombinate und Betriebe regelmäßig zu informieren, damit ein vorrangiger Einsatz für den Import für Automatisierungsmittel erfolgt.

- Die zeitweise Nutzung von Beständen der materiellen Staatsreserve sollte, wie bisher bereits praktiziert, allein schon vom Standpunkt von Zinsgewinnen, zeitweise über Intrac und Zentral-Kommerz wesentlich erweitert und in Geldform gehalten werden. Die dazu vorliegenden Erfahrungen gestatten durchaus diesen zeitweisen Einsatz der in Frage kommenden Warenfonds.

Die bisher dargelegten Quellen und Möglichkeiten müssen zur Überbietung der bisher konzipierten langfristigen Gewinnnormative durch die rasche und umfassende Nutzung nachstehend aufgeführter zusätzlicher Quellen für die Gewinnmöglichkeiten ergänzt werden.

In diesem Zusammenhang wirft sich die Frage auf: Wo liegen neue oder wenig genutzte Möglichkeiten, die bisher vor allem durch das Fehlen qualifizierter Außenhandelskader nicht oder nur am Rande bearbeitet wurden?
Das sind besonders solche:

- Systematische Durcharbeitung der Produktionskapazitäten unter dem Aspekt einer 3-schichtigen Auslastung, durch außerplanmäßige Bereitstellung von Rohstoffen und Halbfertigerzeugnissen.

Dafür bieten sich besonders die chemische Industrie, die Leichtindustrie, die metallurgische Industrie und die örtlich geleitete Industrie an. Bei diesem Beispiel kann man auf erste Erfahrungen, die auf der Grundlage eines 20-jährigen Wirtschaftsvertrages zwischen der Intrac und dem Mansfeld-Kombinat "Wilhelm Pieck" abgeschlossen wurde, zurückgreifen. In diesem

Wirtschaftsvertrag geht es vor allem darum, durch die gemeinsame Erwirtschaftung von Investitionsmitteln über die Erweiterung der Produktionskapazitäten, über den Plan hinausgehende Gewinne zu erwirtschaften, die zu einem Teil für neue Produktionssteigerungen eingesetzt und zum anderen Teil für die Gewinnerwirtschaftung der Intrac verwendet werden.

- Überprüfung der Möglichkeiten, wo durch den kurzfristigen Einsatz von Automaten, Einzelmaschinen und Ausrüstungen nach dem Prinzip der Ausreichung von Devisenkrediten, vor allem durch die Einsparung von Arbeitskräften und Selbstkosten in den bezirks- und örtlich geleiteten volkseigenen sowie privaten Betrieben, Zusatzexporte in das NSW möglich sind.

Die bisher gesammelten Erfahrungen zeigen an einzelnen Positionen, daß trotz bestehender Probleme im Preisniveau durch Erhöhung der Plan- bzw. Zusatzexporte in diese Länder, Quellen für die Erwirtschaftung von Freien Devisen in erheblichem Umfange möglich sind. Hier wurden u.a. durch Anwendung bestimmter Kombinationen aus Verrechnungsrubel Freie Devisen erwirtschaftet. Wenn notwendig, würde die Erfassung von Exportwaren für den außerplanmäßigen Export nach sozialistischen Ländern in notwendigen Größenordnungen durchaus möglich sein. Nach unserer Auffassung könnten bei Nutzung der hier aufgezeigten, noch brachliegenden ökonomischen Reserven Millionen Valutamark über die bisherigen Aufgaben der genannten Betriebe hinaus erwirtschaftet werden. Voraussetzung dazu ist, daß gemeinsame Arbeitsgruppen, vor allem der Intrac und der NE-Industrie der DDR, kurzfristig alle Möglichkeiten an Ort und Stelle studieren und vom Ministerium für Außenwirtschaft Vollmacht erhalten, die zusätzlich zum Importplan erschlossenen Reserven für die Gewinnerwirtschaftung - entsprechend der Verfügung des Vorsitzenden des Ministerrates Nr. 144/69 - einzusetzen.

- Eine umfassende Prüfung und Nutzung der Rohstoffreserven in anderen Staaten, z. B. in der VR Kuba, VR Korea, VR China und der Republik Indien.

Die Verfasser sehen darin eine weitere Möglichkeit, kommerzielle Vorteile durch verschiedenartigste Beteiligung an lukrativen Rohstofferschließungen in diesen Ländern, wie z. B. NE-Metalle, zu nutzen und zu erschließen. Eine weitere Möglichkeit zur Erschließung kommerzieller Vorteile besteht im Aufbau von Produktionsbetrieben, besonders in Ländern mit niedrigem Lohnniveau über abgedeckte Firmen der DDR. Im internationalen Maßstab wird immer stärker spürbar, daß z. B. Westdeutschland, USA Frankreich u.a. Länder Erzeugnisse der Leichtindustrie in Spanien, Italien, Rumänien u.a. Staaten mit großen ungenutzem Arbeitskräftepotential, mit hohen Gewinnen konfektionieren lassen.

- Errichtung einer Freihandelszone im Überseehafen Rostock

Die zu gründende Freihandelszone im Überseehafen Rostock sollte unter Federführung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenwirtschaft, speziell den genannten abgedeckten DDR-eigenen Firmen, für die Durchführung volkswirtschaftlich attraktiver Geschäfte zur Nutzung übergeben werden. Die Verfasser sehen eine Reihe handelspolitischer und vor allem kommerzieller Vorteile bei der allseitigen Nutzung der Freihandelszone.

So können jegliche Arten von internationalen Handels- und Lagergeschäften durchgeführt werden, <u>ohne daß ein direkter Zusammenhang mit der DDR hergestellt werden kann.</u> Voraussetzung dazu ist, daß auf dem Gelände des Freihafens <u>Büros und Lagerhallen</u> von ausländischen Firmen unterhalten werden (auch abgedeckte DDR-Firmen), die z. B. Reexporte tarnen, als DDR offiziell nicht mögliche Handelsgeschäfte mit großen Gewinnen durchführen (z. B. Geschäfte mit rhodesischen Waren), in der DDR hergestellte Halbfertigerzeugnisse als zentrale oder aus anderen kapitalistischen Ländern herkömmliche Ware konfektionieren (z. B. Spirituosen und Zigaretten), Konsignationslager von kapitalistischen Firmen treuhänderisch verwalten.

Nach unserer Kenntnis liegt von seiten des Sekretariats der Bezirksleitung Rostock und des Leiters der Bezirksverwaltung Rostock eine prinzipielle Befürwortung zur Errichtung einer Freihandelszone im Überseehafen Rostock vor. Bei Befürwortung eines solchen Vorgehens müßten das Sekretariat des ZK und das Präsidium des Ministerrates der DDR einen entsprechenden Beschluß fassen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß bei Nutzung aller hier aufgezeigten ökonomischen und kommerziellen Reserven reale Möglichkeiten bestehen, im Zeitraum 1970 - 1975 ca. 120 - 150 Mio VM über das festgelegte Normativ zu erwirtschaften.

Es muß aber mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß die Lösung dieser Aufgabe nur durch die spezielle Unterstützung des Sekretariats des ZK der SED und der zentralen Staatsorgane bei der Auswahl und dem Einsatz von ca. 80 der Partei treu ergebenen Kadern mit speziellen Außenhandels- und Industrieerfahrungen in der Intrac (50) und Zentral-Kommerz (30) möglich ist.

3.5 Zur Gründung eigener abgedeckter Firmen bzw. Beteiligungen an bereits bestehenden Firmen im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet

Es hat sich sowohl vom kommerziellen als auch vom operativen Standpunkt als ein genereller Mangel erwiesen, daß die DDR über keine eigenen oder von ihr kontrollierten abgedeckten Firmen im kapitalistischen Ausland verfügt. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die DDR - besonders von den NATO-Staaten - diplomatisch nicht anerkannt und ständigen politischen und ökonomischen Diskriminierungen ausgesetzt ist, sind nach unseren gegenwärtigen Erfahrungen Firmen, die von Beginn der Aufnahme der Tätigkeit klar als DDR-Eigentum über

Gesellschafteranteile o.a. Eigentumsformen erkenntlich sind, in ihrer Geschäftstätigkeit in diesen Staaten Grenzen gesetzt. Das trifft für den Schutz des DDR-Volkseigentums, den ungehinderten Reiseverkehr der DDR-Bürger, der ständigen Überwachung der Firmen und ihrer Verbindungen, der Gewinnung von ausländischen Angestellten und im großen Maße auch für die nicht volle Inanspruchnahme aller Geschäftsvorteile - einschließlich der Auswahl des Kundenkreises - zu. Ausgehend von diesen Erfahrungen ist es zweckmäßig, verschiedene Arten von abgedeckten Firmen in ausgewählten kapitalistischen Ländern zu gründen.

1. DDR-eigene abgedeckte Handelsfirmen, die auf lange Sicht auf dem internationalen Markt wirksam sind bzw. abgedeckte Beteiligung in führenden Handelshäusern.

2. Abgedeckter Kauf bzw. Beteiligung an lukrativen Produktionsfirmen im kapitalistischen Ausland.

3. Gründung von abgedeckten DDR-eigenen Handelsfirmen, die unter Einsatz von wenig Grundkapital speziell für risikovolle Geschäfte eingesetzt werden.

4. Briefkastenfirmen - die ausschließlich zur Abdeckung risikovoller Geschäfte und Sonderoperationen eingesetzt werden. [1)]

Das Ziel der Gründung von vorwiegend DDR-eigenen Handelsfirmen und der abgedeckten Kapitalbeteiligung an bestehenden Firmen im NSW, entsprechend den Arten 1-3, besteht darin, durch Ausnutzung der kapitalistischen Produktions- und Zirkulationssphäre und der Handelspraxis, in verschiedenen kapitalistischen Ländergruppen zusätzliche Deviseneinnahmen für den Staat und Ausgangsbasen für die politisch-operative Arbeit im Operationsgebiet zu schaffen. Das kann nach Ansicht

---

1) siehe Anlage 12

der Verfasser erreicht werden durch:

- die volle Ausnutzung des gesamten Potentials der DDR und der sozialistischen Länder zum Aufbau von ökonomisch interessanten, gewinnbringenden Handelsverbindungen,

- das Eindringen mittels Kapitalbeteiligung in kapitalistischen Firmen, die vorwiegend DDR-Erzeugnisse im Ausland, Westdeutschland oder Westberlin vertreten, als Ergänzung der Tätigkeit offizieller Gemischter Gesellschaften der DDR im Ausland,

- das Führen von riskanten Geschäften mittels eigener, dazu geschaffener abgedeckter Firmen, die nach Abwicklung der Geschäfte ohne finanzielle Verluste und ohne Diskriminierung der DDR wieder liquidiert werden können (Schein- und Tarnfirmen).

Nachdem die Hauptziele der Gründung von abgedeckten Firmen sowie der Beteiligung an Firmen dargelegt worden sind, werden nachstehend die generellen Voraussetzungen und Etappen beim Aufbau DDR-eigener abgedeckter Firmen dargestellt. In der Phase der Vorbereitung der Gründung von solchen Firmen sind vor allem nachstehende Probleme und Fragen zu beachten, zu klären und zu entscheiden:

- Welche strategische Zielsetzung liegt der Tätigkeit der Firmen augrunde und welcher Sitz ist zu deren Durchführung der günstigste?

- Was soll gehandelt oder produziert werden und mit welchen optimalen Umsatzgrößen maß man für eine positive Geschäftsbilanz rechnen?

- Welche Eigentumsform soll für die zu gründende Firma gewählt werden, welche ist die günstigste für die Realisierung gestellter Aufgaben?

- Wo soll die Firma gegründet werden?

- Wer wird die Firma gründen?

- Welche Bank im Ausland wird als Finanzierungsinstitut für die Firma ausgewählt?

- Welcher Vertrauensnotar vertritt die Interessen der Firmengründer im Ausland?

- Wer steuert und leitet die Firmengründung und die Arbeit der Firmen von der DDR aus?

Diese Anforderungen treffen im wesentlichen für die unter 1-3 genannten Arten der abgedeckten Firmen zu. Bei der Gründung von Briefkastenfirmen werden unter Einsatz von relativ wenig Gründungskapital - oft reichen 20.000 DM - unter Einschaltung von Vertrauenspersonen, Rechtsanwälten o.ä. Berufsgruppen in dazu geeigneten Ländern, die Firmen kurzfristig ins Leben gerufen. Die Leitung solcher Firmen wird mit Strohmännern besetzt.

Die wenigen vorliegenden Erfahrungen bei der Gründung von abgedeckten DDR-eigenen Firmen zeigen, daß in der Auswahl und Suche von Vertrauenspersonen, die als vorgeschobene Personen bei der Finanzierung, bei Notariatsakten oder als Firmeninhaber bzw. Teilhaber auftreten, das schwierigste Problem besteht. Zu diesen Personen muß von unserer Seite ein echtes Vertrauensverhältnis bestehen, da sie zeitweise bis zu 4 Wochen über das gesamte, eingebrachte DDR-eigene Kapital persönlich verfügen. In dieser Zeit verbleibt bei uns als Auftraggeber nur eine persönliche Erklärung der Vertrauensperson als Schuldschein, der bei einer Veruntreuung des Geldes durch die ausge-

wählte Vertrauensperson nur schwer realisiert werden kann. In dieser Phase liegt somit das Hauptrisiko für die DDR. Die Sicherung des Kapitals wird erst voll gewährleistet, wenn durch Notariatsakt der Treuhänder des Geldes die Erklärung abgibt, daß er im Auftrage Dritter handelt und er nur treuhänderisch das Vermögen verwaltet. Es muß klar und eindeutig festgestellt werden, daß über längere Abschnitte bei der Firmengründung, auch bei Absicherung aller rechtlichen Möglichkeiten, ein gewisses Risiko über die Verwaltung des eingesetzten Vermögens für die DDR verbleibt. Um auch in der zweiten Linie der Absicherung noch keine DDR-Firma oder Institution auftreten zu lassen, muß ein ausgewählter DDR-Bürger bzw. eine Person, die voll unter unserer Kontrolle steht, als Eigentümer des DDR-Vermögens auftreten. Erst nachdem diese Etappe abgeschlossen ist, wird bei einem Notar in der DDR oder in einem neutralen kapitalistischen Land (Schweiz, Finnland, Schweden) die Erklärung von dem DDR-Bürger oder anderen Vertrauenspersonen abgegeben, daß das Kapital der neugegründeten Firma Eigentum einer DDR-Firma bzw. DDR-Bank ist. Diese Reihenfolge sollte generell eingehalten werden, da sie die Gewähr dafür bietet, daß über mehrere Etappen die Herkunft des Geldes verschleiert wird. Eine andere Form der Abdeckung zu gründender Firmen im Ausland setzt die Gründung einer DDR-eigenen Immobilienfirma im Ausland nach gleichen Methoden voraus, die die Rolle des Treuhänders bei mehreren Firmenbeteiligungen und Gründungen übernimmt. Als Sitz einer solchen Firma eignet sich besonders die Schweiz, Vom Beginn der Gründung bis zur Aufnahme der vollen Tätigkeit der Firma werden nach vorliegenden Erfahrungen bei der Gründung von Firmen in der Schweiz und Westdeutschland ca. 4 - 6 Monate benötigt.

Es hat sich in der Praxis als besonders bedeutungsvoll erwiesen, daß immer stärker die entscheidende Rolle bei der Gründung von Firmen und deren Unterhaltung eine echte Vertrauensbank mit Sitz in einem Land, in dem ein unbeschränkter Devisentransfer garantiert wird, spielt. Diese bisherigen Erfahrungen ergeben sich aus der Zusammenarbeit mit einem langansässigen Bankhaus in der Schweiz und einer Westberliner

privaten Bankgesellschaft. Für die Durchführung spezieller Bankoperationen der Firmen eignen sich keine Großbanken.
Die Abdeckung der Bankverbindungen der Firmen erfolgt über Nummernkonten und Deckadressen für die Bankpost der Firma.
Es empfiehlt sich, daß in Abständen von 4 - 6 Wochen ein persönlicher Besuch der DDR-Kontaktperson zur Bank, in diesem Falle in der Schweiz bzw. in Westberlin und auch umgekehrt, der Vertrauensperson in der ausländischen Bank in der DDR erfolgt. Der Prokurist oder Inhaber der Bank, der als Vertrauensperson der abgedeckten DDR-eigenen Firma fungiert, ist ein wichtiger Geheimnisträger, da er neben dem Firmengründer bzw. vorgeschobenen Finanzier gegenüber den ausländischen Behörden zugleich auch die Kontaktpersonen aus der DDR persönlich kennt. Der Vorteil der direkten Kontaktpflege besteht darin, daß durch das persönliche Kennenlernen und der Möglichkeit der Gewinnung des Geschäftspartners für spezielle Geld- und Finanzoperationen mit der Zeit ein ständiger politisch-ideologischer Einfluß auf die Person erfolgt und somit eine gute Basis für beiderseitige erfolgreiche Zusammenarbeit geschaffen wird.

Wenn dieser aufgezeigte Weg bei der Firmengründung aus bestimmten Geheimhaltungsgründen über die bereits vorhandene eigene Vertrauensbank nicht gegangen werden kann, muß sich der vorgesehene Firmengründer einer eigenen bereits vorhandenen oder auch erst aufzunehmenden Bankverbindung bedienen.

Da die Stellung der Vertrauensbank bei der Gründung und Abdeckung der Firma sehr umfassend ist und in diesem Prozeß und bei der Abwicklung der Geschäfte sehr viele Bank- und Wertpapiertransaktionen umfaßt, muß die Frage der Beteiligung der DDR an einer solchen Bank bzw. einer späteren vollständigen Übernahme der Bank als stiller Teilhaber aufgeworfen werden. Allerdings müßte dann die Gewähr gegeben sein, daß der Prokurist bzw. Teilhaber der Bank eine große internationale Bankkundschaft besitzt und eine möglichst lange Lebenserwartung der Bank garantiert. Diese Form der kleineren und mittleren

Privatbanken stehen und fallen mit dem Leiter und seiner fachlichen Qualifikation auf dem Gebiet des Bankwesens und seiner internationalen Bankverbindung. Als erste abgedeckte Beteiligungsgröße der DDR an solchen Banken würden ca. 2.5 Mio US-$ ausreichen, denn mit dieser Größe kann bereits ein bestimmter Einfluß in der Privatbank garantiert werden.

Nicht unbedeutend für die Lebensfähigkeit der abgedeckten Firmen sind die territoriale Auswahl des Standortes (Sitz) der Firma, ihre internationalen Aktionsradien zur Abwicklung der Geschäfte sowie die zu wahlende Eigentumsform. Die Entscheidung über diese Fragen wird hauptsächlich durch operative, steuerliche und Gewinnfaktoren beeinflußt. Das setzt eine grundlegende Prüfung der für das Land gültigen Rechtsnormen, die bei der Gründung der Firma und der Abwicklung ihrer Geschäfte zu beachten sind, voraus. Dazu ist die Konsultation einheimischer Notare durch vertraute Juristen aus der DDR unvermeidlich.
Als Eigentumsform eignet sich für abgedeckte Firmen, die den speziellen Auftrag der Gewinnerwirtschaftung haben und evtl. auf lange Sicht gesehen auch zur Lösung operativer Aufgaben im Operationsgebiet der Firma eingesetzt werden können, nach den bisherigen Erfahrungen z. B. in der Schweiz eine annonyme Gesellschaft mit einem 3-köpfigen Verwaltungsrat, von denen mindestens 2 Schweizer Bürger sein müssen. Diese Gesellschaftsform hat eine günstige Besteuerung, wenn sie in einem steuerbegünstigten Kanton bzw. Stadtgebiet - z. B. in Zug - liegt und von diesem Sitz aus vorwiegend ihre Tätigkeit im Ausland durchführt. Die Aktien der neugegründeten abgedeckten Firma können nach Gründung derselben zu 97 % durch die DDR-Vertrauensperson übernommen werden und bei einem Schweizer Notar oder bei der Vertrauensbank in der Schweiz hinterlegt werden. Damit haben wir - in der Firma vertreten über den Notar bzw. der Vertrauensperson - in der Aufsichtsratssitzung der Firma bzw. in der Versammlung der Aktionäre ständig die notwendige Mehrheit und können durch Erteilen einschränkender Vollmachten für die Tätigkeit des Verwaltungsrates und seines Präsidenten unnötige ge-

schäftliche Risiken abgrenzen und vermeiden.

Es ist zweckmäßig, daß bei der Neugründung von abgedeckten Firmen bereits bestehende Firmenmäntel aufgekauft werden. Der Vorteil eines solchen Vorgehens liegt darin, daß man aus bestimmten Gründen ruhende Firmen mit relativ wenig Kapital aktivieren kann und selbst dabei auf Personen zurückgreifen kann, die sich bereits als Mitglieder bzw. Präsidenten des Verwaltungsrates bewährt haben und über Geschäftsbeziehungen verfügen. Durch ein derartiges Vorgehen kann DDR-eigenes Vermögen zur Gründung der Firma eingespart werden, das geschäftliche Risiko herabgesetzt werden sowie, was besonders wesentlich ist, die Aufnahme umfangreicher Geschäfte wesentlich verkürzt werden. Es kommt zu einer schnelleren Amortisierung des eingebrachten Kapitals und zeitigerer Gewinnerwirtschaftung.

In der Regel ist es so, daß ein Rechtsanwalt oder Notar in der Schweiz Präsidentenposten bzw. Verwaltungsratsposten von mehreren Gesellschaften wahrnimmt.

Daraus ergeben sich nach unseren Erfahrungen keine Nachteile, sondern insgesamt sogar Vorteile für die Abwicklung von Geschäften sowie für die Herstellung geschäftlicher Verbindungen. Es muß jedoch gewährleistet sein, daß der ausländische Notar, der als Vertrauensperson der DDR tätig ist, seine Haupteinnahmen und somit Existenzgrundlage aus abgedeckten DDR-eigenen Firmen bezieht.

In der westdeutschen Bundesrepublik und der selbständigen politischen Einheit Westberlin könnten als Gesellschaftsformen der zu gründenden DDR-eigenen abgedeckten Firmen die GmbH und Co. KG oder die reine Kommanditgesellschaft mit einem geschäftsführenden Kommanditisten oder die Aktiengesellschaft als interessante Formen, die sich besonders bewähren, angesehen werden.

So können bei der <u>Kommanditgesellschaft</u> die Komplementäre als stille Teilhaber auftreten. Dabei können auch Familienangehörige ins Spiel gebracht werden. Diese Eigentumsform hat speziell, was die Finanzierung der Einlagen, z. B. über die Schweiz betrifft, außerordentliche Vergünstigungen bei der Gewinnbesteuerung.

Die Erfahrungen der Tätigkeit zeigen bei der Form der GmbH - Co.KG, speziell im spekulativen Baugeschäft in Westberlin, außerordentlich hohe Gewinnsätze, gemessen an dem eingebrachten Grundkapital, erzielt worden sind. Dabei wird davon ausgegangen, daß die GmbH, vertreten durch 1 - 2 Gesellschafter, mit einem relativ kleinen eingesetzten Vermögen Grund und Boden aufkauft und danach über die Co.KG stille Teilhaber mit hohen Geldeinlagen wirbt. Diese hohen Geldeinlagen sind besonders steuerbegünstigt und haben günstige Abschreibungsmöglichkeiten. Diese Firmenform ist speziell beim Neubau von Hotels, Einkaufszentren, Wohneinheiten usw. einzusetzen. Es ist nach Ansicht der Verfasser nicht uninteressant, eine solche Firmengründung in der Gesamtkonzeption in Westberlin mit vorzusehen, weil hier die günstigsten Besteuerungsvorteile liegen und durch solche Firmen mit relativ wenig Grundkapital in der Perspektive hohe Gewinne erwirtschaftet werden können. Bei einem evtl. eintretenden Konkurs einer solchen Firma, kann das eingebrachte DDR-eigene Kapital durch verschiedene mögliche Manipulationen sogar mit Gewinn für die DDR zurückgezogen werden. Die Verlierer wären in diesem Falle die Kreditgeber für den vorgesehenen geplanten bzw. begonnenen, aber nicht zu Ende geführten Bau, der Gewinner aber die DDR.

Bei der Gründung abgedeckter Aktiengesellschaften besteht in Westberlin der Vorteil darin, daß man über die Konzentration der Aktien in der Hand einer Vertrauensperson, große Einflußmöglichkeiten über den Vorstand und Aufsichtsrat auf die Firma hat. Aktiengesellschaften sollten dann gegründet werden, wenn Firmengründungen auf dem Produktionssektor vorgesehen sind. Über diesen Weg besteht auch eine günstige Möglichkeit, eine größere Anzahl Kader an bestimmten Abschnitten zu konzentrieren. Es wäre auch möglich, Konstruktionsbüros auf bestimmten Gebieten, z. B. des Maschinenbaues, des Bauwesens, als GmbH zu entwickeln, die als freie Verbindung von Ingenieuren, Architekten, besonders unter dem Aspekt der Wirtschaftsinformation, eine interessante Tätigkeit zum Nutzen der DDR in kapitalistischen Staaten und in Westberlin ausüben könnten.

Zusammenfassend zu dem kommerziellen Teil der abgedeckten Firmengründungen im NSW sind als erste Schlußfolgerungen folgende Aufgaben zu stellen:

- Es ist sofort eine kurzfristige, abrufbereite Kaderreserve von mindestens 10 erfahrenen ausländischen Staatsbürgern für die Gründung bzw. Beteiligung an bestehenden Firmen aufzustellen.

- Es ist ein Netz von internationalen Bankverbindungen und die Gewinnung von leitenden Vertrauenspersonen in eingeführten Bankgeschäften, besonders für den Raum der NATO, Südamerika und Fernost aufzubauen. Dabei sind die vorhandenen Verbindungen des Bereiches Kommerzielle Koordinierung und des MfS zu nutzen.

- Zur Durchführung der prinzipiellen Notariatsarbeiten ist ein zugelassener, einheimischer, befähigter, vertrauenswürdiger Notar in Westdeutschland und in der Schweiz für die Gründung abgedeckter Firmen auszuwählen. Als Verbindungsmann zu diesem ist ein vertrauenswürdiger, fachlich erfahrener Notar mit Schweizer, westdeutschen und Westberliner Rechtskenntnissen zu gewinnen, der nach Möglichkeit bereits zu dort ansässigen Notaren Verbindungen hat. Dieser Notar hat zugleich die Aufgabe, die mit der Firmengründung beauftragten Genossen bei der Inanspruchnahme einheimischer Notare aus den Ländern, in denen Firmengründungen vorgesehen sind, zu beraten.

- Die taktisch-operative Variante der etappenweisen Gründung von Auslandsfirmen müßte nach prinzipieller Bestätigung des Vorgehens innerhalb von 6 Wochen ausgearbeitet und vorgelegt werden.

- Die Steuerung und Leitung der Auslandsfirmen erfolgt vom Bereich Kommerzielle Koordinierung. Die Revision muß über entsprechende Revisoren - evtl. auch als ausländische Bürger abgedeckte - durchgeführt werden. Aus Gründen der Geheimhaltung sollte außerhalb des MfS (Revision) kein anderes Organ der DDR - bei abgedeckten Firmengründungen - informiert und eingeschaltet werden.

- Für die Gründung baw. Beteiligung an kapitalistischen Firmen sind für den Zeitraum 1970 - 1972 ca. l0 Mio VM als Grundmittel bereitzustellen. [1)]

- Für die Durchführung der gestellten Aufgaben ist der Bereich Kommerzielle Koordinierung in enger Zusammenarbeit mit dem MfS verantwortlich zu machen.

Im folgenden wollen die Verfasser ihre Auffassungen zu einigen Fragen der operativen Nutzung von abgedeckten Firmen darlegen. Die Verfasser gehen bei dieser Einschätzung von dem Grundge danken aus, daß in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine Vielzahl von Personen käuflich sind und bei entsprechenden hohen Gewinnaussichten zu jeder Art von Geschäften legaler und illegaler Art und auch zur nachrichtendienstlichen Tätig keit bereit sind. Die Gründung der abgedeckten Firmen, wie sie hier dargelegt wurde, darf nicht in erster Linie unter der Sicht der späteren operativen Nutzung erfolgen. Das Hauptanliegen der Gründung der abgedeckten Firmen sehen die Verfasser in der Erwirtschaftung zusätzlicher außerplanmäßiger Freier Devisen. Dieses Hauptziel darf durch keinerlei riskante, operative Auf gabenstellungen gefährdet werden. In der Phase der Gründung der abgedeckten Firmen und darüber hinaus bis zu ihrer vollen Existenz fähigkeit durch eigene Geschäfte, hat eine politisch-operative Nutzung zur Lösung von Aufgaben im Operationsgebiet generell zu unterbleiben. Der Beginn einer operativen Nutzung sollte im begrenzten Rahmen erst dann erfolgen, wenn die Firmen allgemein

---

1) Bei der Anlage des Kapitals muß davon ausgegangen werden, daß die Verwertung durch Gewinnerwirtschaftung in der Regel nicht vor 3 - 4 Jahren möglich ist.

im Geschäftsleben einen festen Platz erworben haben und von einschlägigen Geschäftskreisen und Banken anerkannt werden. Das trifft besonders für die Firmen zu, die auf lange Sicht zum Zwecke des kommerziellen Vorteils aufgebaut werden. Für einmalige operative wichtige Zwecke eignen sich Firmen der genannten Arten 3 und 4. Sie sollten aber erst dann eingesetzt werden, wenn die riskanten Geschäfte abgeschlossen sind bzw. diese durch operative Aufgaben nicht gefährdet werden.

Wir schätzen ein, daß eine operative Nutzung der Firmen, vor allem auf dem Gebiet der Sammlung von Wirtschaftsinformationen in anderen kapitalistischen Staaten, möglich ist. Entsprechend den konkreten Begebenheiten können diese Firmen, ohne in den Verdacht einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit zu kommen, für nachfolgende Aufgaben eingesetzt werden:

- Wichtige Forschungsergebnisse bestimmter Industriezweige oder Teilergebnisse sammeln oder aufkaufen.

- Aufkauf neuentwickelter Spitzenerzeugnisse, ihre Zusammensetzung und ihre vielseitige Anwendung.

- Beschaffung von Erzeugnissen und Produkten, die der strengen Embargobestimmung unterliegen und die die DDR offiziell nicht aufkaufen kann.

Eine Ausnutzung in vorgenannter Richtung könnte den Vorteil haben, Forschungs- und Entwicklungsgelder in der DDR in großem Umfange einzusparen und auf bestimmten Teilgebieten zu helfen, das Weltniveau zu bestimmen oder vorhandenen Tempoverlust bei der Erreichung des technisch-wissenschaftlichen Höchststandes aufzuholen.

Die Beschaffung von Embargowaren hat für die weitere Stärkung der militärischen Überlegenheit des sozialistischen Lagers Bedeutung. Die Ausrichtung der abgedeckten Firmen auf solche speziellen Teilgebiete der operativen Arbeit bringt einen großen zusätzlichen ökonomischen aber auch militärischen Nutzen für die DDR. Dadurch kann eine relativ lange Lebensdauer der Firma möglich

sein. Die kommerzielle und operative Nutzung solcher Firmen setzt im MfS eine federführende Abteilung voraus. Inwieweit die bestehenden Abteilungen dafür in Frage kommen, bedarf einer gesonderten Prüfung. Für die operative Nutzung der abgedeckten Firmen trifft in noch weit größerem Maße die Feststellung zu, daß die Auswahl der Kader für diese Aufgaben aus dem Bereich der Firmen die entscheidende Frage ist. Es sollen deshalb einige Kriterien für die Personenauswahl aus dem Bereich der Firmen für die Durchführung operativer Aufgaben dargelegt werden. Dabei sollte in zwei Etappen vorgegangen werden.

In der ersten Etappe sind folgende Hauptfragen zu klären:

- Prüfen und analysieren des Personenkreises, der bis zum jetzigen Zeitpunkt dem Bereich Kommerzielle Koordinierung bei der Abwicklung von Geschäften im NSW bekanntgeworden ist. Die Einschätzung der beruflichen Qualitäten, der Charaktereigenschaften und der Verbindungen dieser Personen, Einschätzung, inwieweit läßt sich ihr gegenwärtiger Status in der Zusammenarbeit erweitern, umgruppieren oder verändern. Welche Bindungen haben diese Personen zur DDR, aus welchen Motiven heraus sind sie stark ausgeprägt. Waren die Personen in der Abwicklung von Geschäften mit der DDR zuverlässig. Bestehen materielle Abhängigkeiten von der DDR?

- Das systematische Suchen und Aufbauen von Personen, die für eine bestimmte Funktion in einer Firma herangebildet werden können. Perspektivische Auswahl und Schulung dieses Personenkreises. Welche IM im Ausland können für einen zweckmäßigen Einsatz in der einen oder anderen Firma in Frage kommen?

Die für den operativen Einsatz vorgesehenen Personen in abgedeckten Firmen müssen folgende Charaktereigenschaften haben, die sich in der ersten Etappe der Sondierung des Personenkreises

bestätigen müssen:

- Es muß ein echtes Vertrauensverhältnis der Personen zur DDR bzw. zum MfS vorhanden sein.

- Es müssen echte Garantien gegeben sein, die die Einschätzung zulassen, daß eine solche Person der DDR bzw. dem MfS treu ergeben ist.

- Die Person muß charakterlich, kontaktfreudig, anpassungsfähig, beweglich und mit einem soliden Fach- und Sachwissen ausgerüstet sein, über eine gute Allgemeinbildung, vor allem Sprachkenntnisse, eine gute und saubere äußere Erscheinung verfügen.

- Die zum Einsatz vorgesehenen Personen müssen über eine einwandfreie Vergangenheit verfügen.

Erst wenn diese Fragen in der ersten Etappe der Vorsondierung für den Einsatz in abgedeckten Firmen geklärt sind, darf zur zweiten Etappe, dem Einbau vorhandener IM in die Firmen - hier evtl. schon bei Firmengründung - aber in diesem Stadium mit vorwiegend kommerzieller Aufgabenstellung bzw. der Nutzung von neuen Kandidaten aus dem Bereich des Firmenpersonals übergegangen werden. Die Werbung neuer IM-Kandidaten aus dem Personenkreis der Firmen darf in der Regel erst dann erfolgen, wenn die gegründete abgedeckte Firma bereits auf eigenen Füßen steht und existenzfähig ist. Als Hauptmethode der operativen Nutzung der Firmen ist nach Ansicht der Verfasser der Weg des Abschöpfens der Firmenmitarbeiter unter dem Vorwand geschäftlicher Notwendigkeiten durch die Verbindungspersonen der DDR zu gehen.

Der kommerzielle, als auch operative Erfolg von zu gründenden Firmen oder Firmenbeteiligungen im kapitalistischen Ausland hängt in großem Maße von der einheitlichen Leitung des Aufbauprozesses und während der gesamten Tätigkeit derselben ab. Darüber hinaus hat sich speziell bei den offiziellen Gemischten Gesellschaften gezeigt, daß eine Firma nur überdurchschnittlichen kommerziellen Erfolg haben wird, wenn sie von Beginn an mit

der ganzen Kraft des Hinterlandes (der DDR) unterstützt wird. Es zeigt sich immer wieder, die Motive dafür sind sehr unterschiedlich, daß die DDR Außenhandelsbetriebe selbst nicht an ihre eigenen Auslandsverbindungen glauben und den vorhandenen Auslandsfirmen zuwenig Unterstützung durch qualitätsgerechte und vertragsgemäße Lieferung vereinbarter Exponate geben.

Da bei der Gründung und Erweiterung von eigenen abgedeckten Firmen im kapitalistischen Ausland die Erfahrungen bei der Gründung und Tätigkeit von offiziell als DDR-Firmen klar erkennbaren Gemischten Handels- und Produktionsgesellschaften im NSW von Bedeutung sind, sollen sie kurz dargestellt werden.

Die ersten Gemischten Gesellschaften wurden 1964/65 gegründet. Es handelte sich in der ersten Etappe um 3 Gesellschaften in Holland, Österreich und Griechenland, die speziell den Absatz von Erzeugnissen, die unter dem Warenzeichen "ORWO" auf den Weltmarkt kamen, zu forcieren hatten. Darüber hinaus wurden in den Jahren 1967/68 und 1969 insgesamt 13 Gesellschaften als Absatzorgane von Exportbetrieben der metallverarbeitenden Industrie, Zeiss Jena 2, Außenhandelsbetrieb WMW-Export 2, Außenhandelsbetrieb Büromaschinen-Export 2, Außenhandelsbetrieb Maschinenexport 1 und durch die Leitfirma für Gemischte Gesellschaften im Ausland, z.Zt. noch Transinter, 2 Gesellschaften gegründet. Bei der Gründung und der Tätigkeit der Gemischten Gesellschaften im Ausland sind eine Reihe zusätzlicher Risiken zu beachten, die sich vor allem aus der offiziellen Kapitalbeteiligung als DDR und aus der Tatsache ergeben, daß die Gemischten Gesellschaften kapitalistische Betriebe sind und damit der Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus voll und ganz unterliegen. Auf die Tätigkeit dieser Firmen können sich besonders politische Ereignisse, wie Streik, Inflation, Regierungs- und Militärputsche, Ereignisse im sozialistischen Lager u.a.m. negativ auswirken. Die Gemischten Gesellschaften der DDR haben im Zeitraum von 1964 - 1968 nur einen geringen Anteil am Export der DDR erreicht. Zu Fob-Preisen wurden in diesen Jahren nur für insge-

samt rund 47 Mio VM auf Selbstkäufer und Provisionsbasis im Umsatz erreicht. Darüber hinaus vermittelte die Gemischte Gesellschaft SUNEY S.A. Uruguay, eine Zuckerfabrik im Werte von ca. 27.6 Mio VM, deren Auslieferung in der Hauptsache in den Jahren 1969/70 erfolgen wird. Die Exportentwicklung über Gemischte Gesellschaften in den einzelnen Jahren zeigt folgende Tendenz:

1964	2	Gesellschaften	547	TVM
1965	5	"	5.374	"
1966	5	"	6.591	"
1967	8	"	14.420	"
1968	11	"	20.000	"

Mit derartigen geringen Umsätzen sind diese Firmen nicht existenz- und konkurrenzfähig.

Zu den in den Bilanzen der Gesellschaften ausgewiesenen Verlusten muß generell festgestellt werden: Die Mehrzahl der Gesellschaften wurde erst in den Jahren 1967/68 gegründet. Dies gilt fast ausschließlich für die Absatzorgane der Außenhandelsbetriebe der metallverarbeitenden Industrie. Die gesammelten Erfahrungen zeigen, daß jedoch die Festigung und Entwicklung Gemischter Gesellschaften in der Regel einen Zeitraum von drei Jahren erfordert. Diese Erkenntnisse wurden auch durch die Konsultation mit anderen RGW-Ländern im IV. Quartal 1968 bestätigt. [1)]

---

1) In den letzten Wochen haben sich westdeutsche Publikationsorgane verstärkt mit der Gründung von Gemischten Gesellschaften im Ost-West-Handel beschäftigt.
So wurden unter dem Titel "Kapitalgesellschaften in Osteuropa" und "Gemischte Gesellschaften im Ost/West-Handel" Tendenzen zur Entwicklung solcher Eigentumsformen in den sozialistischen Ländern dargestellt.
"Obwohl es gar nicht ins "sozialistische" System paßt, setzt sich in den europäischen Staaten langsam aber sicher die Erkenntnis durch, daß man Geld arbeiten lassen kann und daß

An dieser Stelle soll nochmals besonders herausgestrichen werden, daß die Entwicklung der Gemischten Gesellschaften nicht den objektiv vorhandenen Möglichkeiten entspricht und im wesentlichen auf die mangelnde Unterstützung der verantwortlichen Außenhandelsbetriebe und Exportbetriebe der DDR

Fortsetzung der Fußnote von S. 133

der Preis für Geld wieder Geld ist, möge dieses Zinsen, Dividende oder sonstwie heißen."
(Weltwirtschaft - Ein- und Ausfuhrdienst Nr. 172, S. 5, vom 9.9.69)

Herausgestellt wurden nachfolgende Gemischte Gesellschaften:

Metatex - France	polnisch-franz. AG - Handel mit Investitionsgütern
Sigma - Italiana	tschechoslowakisch-ital. AG - Handel mit Pumpen und anderen Geräten
Nafsa	sowj.-belg. Unternehmen - Import von sowj. Erdöl über Antwerpen
Duta - Robusta	ung.-franz. AG - Vertrieb von Traktoren
Svetho	ung.-schwed. AG - Verwendung einer schwed. Lizenz im Baugewerbe
Intercarbon	ung.-österr. AG - Brennstoffsektor
Cortez Mexiko AG	ung.-mexikan. AG - Handel mit ung. Werkzeugmaschinen in Lateinamerika
Technotrans	ung.-franz. Gesellschaft - Handel mit ung. Werkzeugmaschinen sowie Elektrogeräten in Frankreich
Sofpim	bulg.-franz. Gesellschaft - Import/Export v. Maschinenbauerzeugnissen
Sibimex	bulg.-ital. Gesellschaft - Import/Export von Maschinenbauerzeugnissen
Valist Kapushiki Kaishi	bulg.-jap. Gesellschaft- Prod. und Vertrieb bulg. Elektrowaren in Japan

Es ist deutlich zu erkennen, daß auch die sozialistischen Länder sich in verstärktem Maße Gemischter Gesellschaften für den Absatz eigener Erzeugnisse in kapitalistischen Ländern bedienen.

sowie auf die Nichtbereitstellung des notwendigen Gründungs-Kapitals (ca. 10 Mio für 1970)durch die Staatliche Plankommission zurückzuführen ist. Hinzu kommt noch, daß den Gemischten Gesellschaften die entstandenen Kosten, die nicht durch die Einnahmen gedeckt werden, als Verluste in den Bilanzen ausgewiesen werden. Obwohl diese Feststellung allgemein richtig ist, muß man wissen, daß die DDR noch über andere Formen der Absatzgesellschaften, wie z. B. der technich-kommerziellen Büros, verfügt. In diese Formen der Absatzorganisation werden die erforderlichen Kosten in die Dienstleistungspläne der Außenhandelsbetriebe aufgenommen und daraus finanziert. Durch diese Formen wird das Verhältnis zwischen Kosten und Umsatz nicht klar sichtbar. Allein schon die Untersuchung der offiziellen Provisionszahlungen für Exportvertreter der DDR in kapitalistischen Ländern - ohne die vielen zusätzlichen Zuwendungen aus Werbefonds und Vertreterzuschüssen u.ä. Mitteln - zeigen, daß ca. 70 - 80 Mio aus der DDR diesen Firmen als Unterstützung gezahlt werden. Deshalb muß das Ziel darin bestehen, in diesen eingeführten ausländischen Firmen mit DDR-Kapital einzudringen. Dadurch können von vornherein bisher begangene Fehler ausgeschlossen werden, die der DDR zum Teil viel Geld kosteten. Mit der Beteiligung an bestehenden Firmen mit Geschäftsverbindungen zur DDR kann eine große Quelle von Zeit- und Kostenersparnis erschlossen werden, die bisher noch nicht zielstrebig genutzt wurde. Durch die Bildung eines eigenen Dienstleistungsbetriebes für die Vorbereitung und den Aufbau von Gemischten Gesellschaften im Ausland, der dem Bereich Handelspolitik mit kapitalistischen Ländern im Ministerium für Außenwirtschaft direkt unterstellt werden soll, wird nach unserer Auffassung ein konsequenter Weg gegangen, um diese Form des offiziellen Auftretens der DDR in kapitalistischen Ländern optimal zu gestalten und über diese Form der Beteiligung an Gemischten Gesellschaften zusätzliche Devisen für die DDR zu erschließen.

A n l a g e 1

Aktivitäten westdeutscher Botschaften und Vertretungen im Ausland gegen die Auslandsvertretungen der DDR und gegen die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu den jeweiligen Ländern.

Im Anschluß an den Abschluß eines 5-jährigen Handels- und Zahlungsabkommens auf Regierungsebene zwischen der DDR und Zypern im Dezember 1968, protestierte die westdeutsche Botschaft in Zypern dagegen und auch gegen den Besuch des Ministers für Außenwirtschaft der DDR und drohten, Westdeutschland würde seine Beziehungen zu Zypern einer Überprüfung unterziehen.

Anläßlich der Eröffnung der Fleischwarenausstellung der DDR in Nikosia am 7. 5. 1968 in der Handelsmission der DDR versuchte der Handelssekretär der westdeutschen Botschaft, der ohne eingeladen zu sein erschien, die Leistungsfähigkeit der DDR-Industrie zu diskreditieren und die Existenz der DDR als selbständiger souveräner Staat in Abrede zu stellen. Durch das besonnene Auftreten der DDR-Vertreter konnte diese Provokation zurückgewiesen werden.

Ein besonderes übles Manöver startete die westdeutsche Botschaft in Kolumbien im Zusammenhang mit der 7. Internationalen Messe in Bogotha im August 1968. Auf Protest der westdeutschen Botschaft hin lehnte das Außenministerium Kolumbiens es ab, die Ausstellungshalle der DDR mit der Staatsbezeichnung Deutsche Demokratische Republik zu kennzeichnen. Als von der Handelsmission der DDR mit Hilfe von Bilddokumenten von der Hannovermesse 1968 bewiesen wurde, daß selbst in Westdeutschland eine gleichberechtigte Teilnahme der DDR erfolgte, wurden diese Dokumente von der westdeutschen Botschaft als Fälschung bezeichnet. Durch die Vorlage weiterer Dokumentationen konnte die Unglaubwürdigkeit der westdeutschen Botschaft nachgewiesen werden.

Auf Intervention Westdeutschlands und durch die Entfesselung einer Pressepolemik trat Japan Anfang 1969 von der bereits zugesagten Absicht zurück, die Einrichtung eines Handelsbüros der DDR in Japan zu gestatten.

Durch die Beeinflussung der Staatsbank Uruguays seitens westdeutscher Berater wurde einer uruguayischen Kälberfirma ein bereits zugesagter Kredit nicht gewährt und dadurch die Lieferung einer Zuckerfabrik durch die DDR verhindert.

A n l a g e   2

Versuche westdeutscher Konzerne gemeinsam mit DDR-Betrieben in dritten Ländern als Kooperationspartner aufzutreten.

Im Frühjahr 1967 schlug der Simens-Konzern Erlangen den VEB Carl-Zeiss-Jena vor. Einbau der neuentwickelten Röntgenschirmbildkamera des VEB Zeiss in komplette Schirmbildgeräte des Simens-Konzerns, wobei Simens für abzustimmende Exportländer die Exklusivität forderte.

Es war zu erwarten, daß Simens nach der westdeutschen Terminologie der Alleinvertretungsanmaßung diese Exportware als deutsches Erzeugnis deklariert hätte. Deshalb wurde aus politischen Überlegungen diese Kooperation abgelehnt.

Der Demag-Konzern schlug im Januar 1968 Betrieben der DDR den gemeinsamen Aufbau eines Hüttenwerkes in Skoplie in Jugoslawien im Werte von 100 Millionen Valutamark mit 10-jährigem Kredit vor.
Dieser Vorschlag war darauf gerichtet, Angebote über gemeinsames Auftreten und enge Kooperation zwischen der DEMAG und den Betrieben der DDR auf dritten Märkten zu unterbreiten. Die Realisierung wurde verhindert.

Der Klöckner-Konzem schlug im Dezember 1967 dem AHB Maschinen-Export folgendes vor. Der gesamte Außenhandelsbetrieb beteiligt sich an der Ausschreibung Cassablanca die eine Lieferung von Hafenkränen nach Marrokko beinhaltet. Die Ausschreibungsbedingungen verlangen 15 Jahre Kredit.

Klöckner bot an, sich an der Finanzierung dieses Objektes über ein westdeutsches Finanzinstitut zu beteiligten. Das würde bedeuten, daß die DDR bei der Ausführung dieses Auftrages in Abhängigkeit von einem westdeutschen Konzern geriet. Diese Kreditfinanzierung durch den Klöckner-Konzern wird nicht vorgenommen.

Die Mannesmann-AG hat dem AHB Invest-Export angeboten, gegen eine Provision über das Berliner Abkommen eine Anlage in Höhe von ca. 6 Millionen Valutamark in die CSSR zu liefern.
Damit wird durch einen westdeutschen Konzern versucht, die DDR auszunutzen, um in ein sozialistisches Land auf den Markt eanzudringen. Diese Manipulation wurde nicht zugelassen.

A n l a g e   3

Versuche der westdeutschen Regierung zur Erpressung der NATO-Staaten und EWG-Verbündeten.

Die Bonner Regierung benutzt ihre dominierende Stellung in der EWG und in den anderen imperialistischen Gremien dazu, die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der DDR zu anderen europäischen Industriestaaten zu diskriminieren.

Diese Zielsetzung der Bonner Regierung zeigt sich in einem Beschluß des Ministerrates der EWG, der auf westdeutschem Druck mit folgendem Inhalt gefaßt wurde.

Der Handel der anderen EWG-Staaten mit der DDR soll niedrig gehalten werden und darf eine bestimmte Höhe nicht überschreiten.
Langfristige Kredite dürfen der DDR nicht gewährt werden.
Auf der Basis der Berner Konvention verlangt Bonn von seinen EWG-Partnern, daß Kredite nicht länger als für 5 Jahre gewährt werden dürfen. Das trifft vor allem auf Investitionskredite für den Anlagenbau in der DDR oder für die Finanzierung anderer langfristiger Objekte zu.

Alle Handelsvereinbarungen der übrigen EIYG—Länder mit der DDR setzen die Kenntnis und Billigung der Bonner Regierung voraus.
Die Bonner Regierung verlangt in Verhandlungen mit der britischen Regierung, daß sie ihre Zustimmung zum britischen EWG-Beitritt u. a. von der Haltung Großbritanniens zum Handel mit der DDR abhängig machen werde.

In Frankreich wurden 1965 und 1968 Getreideeinkaufe für insgesamt 150 Millionen Valutamark getätigt. Durch die Behandlung der DDR als Drittland, wurden den Französischen Exporteuren Rückvergütungen aus dem Agrarfonds gezahlt.

Durch Einspruch der westdeutschen Regierung wurden ab 1956 die Lieferungen in die DDR nicht mehr als Lieferungen in ein Drittland anerkannt. Die Preise werden auf das EWG-Niveau erhöht, so daß die DDR die Importe aus Frankreich an Getreide einstellte. Am 20. 12. 1967 wurde dem italienischen Außenministerium ein Protestbrief der westdeutschen Regierung übergeben, in dem folgende Hauptforderungen enthalten waren.

Italien soll keine wesentliche Erhöhung des Volumens der Warenliste für 1968 im Rahmen des Abkommens der Kammer für Außenhandel ICE zulassen.

Italien soll keinerlei Zugeständnisse gegenüber Forderungen der DDR abgeben. Es darf nichts unternommen werden, was zu einer Aufwertung der DDR führen könnte.

A n l a g e 4

Preisvergleiche für Importe aus Westdeutschland und Westberlin zu anderen kapitalistischen Industrieländern.

Metallurgische Erzeugnisse:

Position	Preis WD/WB per t	Preis KIL per t
Edelstahlrohre	9.592.- VM	10.295.- VM
Niro-Feinbleche	3.590.- VM	3.920.- VM
Federbandstahl	2.155.- VM	2.950.- VM
Schweißdraht	296.- VM	498.- VM
Profilwalzdraht	634.- VM	885.- VM

Chemische Erzeugnisse:

Position	Preis WD/WB per t	Preis KIL per t
Titandioxyd	1.679.- VM	1.825.- VM
Glycerin DAB	1.804.- VM	2.050.30 VM
Olein	889.59 VM	999.54 VM
Polystyrol (schäumbar)	1.410.- VM	1.500,- VM

A n l a g e 5

Aus der Tatsache, daß die Klassifizierung und Begutachtung der Exponate den vertraglich festgelegten Qualitätsbildern entspricht und durch die Beauftragten der Intercentral vorgenommen wurde, ergibt sich, daß die Stoßungen ungerechtfertigt sind.

So wurden im Zeitraum vom 23. 2. - 13. 5. 1959 im Schlachthof Burg folgende Stoßungen vorgenommen:

Datum:	Soll	vorgeführt	abgenommen
23. 2. 69	220/2	220/2	130/2
24. 2. 69	300/2	300/2	252/2
2. 3. 69	300/2	310/2	211/2
9. 3. 69	300/2	360/2	215/2
11. 3. 69	300/2	330/2	192/2
8. 5. 69	275/2	200/2	169/2
13. 5. 69	300/2	260/2	164/2

Die gleichen Erscheinungen und Tendenzen treten in allen Fleischkombinaten und Schlachthöfen der DDR auf, was an nachfolgenden Beispielen, die beliebig ergänzt werden können, bewiesen werden soll:

Schlachtbetrieb der DDR	Datum	vorgeführt	abgenommen
Stendal	13. 4. 69	300/2	68/2
Ludwigslust	15. 5. 69	320/2	71/2
Eisenhüttenstadt	20. 4. 69	257/2	112/2
Halle	21. 1. 69	210/2	22/2
Zerbst	17.12. 68	250/2	177/2
Plauen	4. 5. 69	424/2	320/2
Parchim	8. 4. 69	80/2	58/2
Perleberg	9. 4. 69	100/2	79/2

Diese ungerechtfertigten Stoßungen bildeten auch im Jahre 1968 die wesentliche Ursache dafür, daß kein höheres Devisenaufkommen durch die Lieferung von Fleischwaren nach Westdeutschland und Westberlin für die DDR erbracht werden konnte.

Durch die westdeutschen und westberliner Firmen wird über ihre Abnehmer durch ungerechtfertigte Qualitätsabstufung der DDR Schaden zugefügt.
Der durch die Umklassifizierung eingetretene Schaden ergibt sich aus den unterschiedlichen Verkaufserlösen der einzelnen Qualitätsbilder.

Güteklasse	E	3.500	VE pro t
"	I	3.350	" " "
"	II	3.000	" " "
"	III	2.600	" " "

So wurden z. B. am 9. 4. und am 20. 4. 1969 im Schlachthof Cottbus

61 Schweinehälften von der Klasse E zur Klasse I und
182 Schweinehälften der Klasse I zur Klasse II

einklassifiziert.

Die durchgeführten Überprüfungen in allen Lieferbetrieben der DDR ergaben, daß bei mindestens 20 % der Exponate derartige Qualitätsabstufungen vorgenommen wurden. Das ergibt unter Zugrundelegung des realisierten Exportes einen Gesamtschaden in Höhe von 2,1 Mio VE im Zeitraum des Jahres 1968.

A n l a g e   6

Die Exportgeschäfte des VEB Pressen- und Scherenbau in das nichtsozialistische Lager werden über Vertreterfirmen abgewickelt.
Die Hauptvertreterfirmen in Westdeutschland sind:

- Gebrüder Höffmann
  Werkzeugmaschinen GmbH.
  4 Düsseldorf, Erkrathestr. 167

- Präzisionswerkzeug GmbH.
  6 Frankfurt/Main

- Kurt Schweln & Co.
  Werkzeugmaschinen KG.
  4 Düsseldorf, Hörweg 230

Gebrüder Hoffmann, Werkzeugmaschinen GmbH.

Diese Firma hat Niederlassungen in:

- 2 Hamburg 1, Gotenstr. 3
- 8 München 18, Schwarzstr. 2
- 1 Berlin 21, Kaiserin-Augusta-Allee 5
- 7 Stuttgart 13. Talstr. 60
- 6 Frankfurt/Main, Schaumainkai 41

Durch die Vertreterfirma Gebrüder Hoffmann, Düsseldorf, wurde beim VEB Pressen- und Scherenbau eine doppelwirkende Tiefknieziehpresse Typ PKNZT I 500/250 bestellt. Bei Verhandlungen in Erfurt am 27. 9. 1968 wurde der Verkaufspreis mit 475.000,- VE und als Liefertermin der 10. 10. 1968 genannt.

Durch eine Änderung im Produktionsplan mußte als neuer Liefertermin der 15. 11. 1968 vereinbart werden.
Diese Situation wurde von der westdeutschen Vertreterfirma zum Anlaß genommen, Forderungen zu erheben und durchzusetzen, die für den VEB erhebliche finanzielle und ökonomische Verluste zur Folge hatten.
Sie bestanden darin, daß zusätzlich eine Maschine Typ PKZZ I 315, die bereits an den VEB NEMA Netzschkau geliefert wurde, für einen "Sonderpreis" von 150.000,- VE geliefert wurde.

Darüber hinaus wurden folgende Forderungen gestellt:

- Kostenlose Montage der noch nachzuliefernden Maschine Typ PKNZT I 500 durch den VEB,
- Lieferung dieser Maschine frei Grenze einschließlich kostenloser Verpackung,
- Kostenlose Lieferung von Ersatzteilen und kostenlose Montage einer bereits vor mehreren Jahren gelieferten Maschine Typ DF 400, zu der keine Garantieleistungen mehr zu erbringen sind,
- Durchsicht der Maschine Typ DF 400 durch 2 Monteure des VEB.

Die Durchsetzung dieser Forderungen brachten dem westdeutschen Betrieb erhebliche Gewinne, da

- die Maschine Typ PKZZ I 315 sowieso im Investitionsprogramm der westdeutschen Firma enthalten war und sie diese zum Vorzugspreis erhielt,
- die Lieferung von Ersatzteilen und Dienstleistungen kostenlos zu solchen Maschinen erfolgte, für die keine Garantieleistungsverpflichtungen mehr bestehen,
- die Maschine PKNZT I 500 darüber hinaus noch zu liefern war und diese kostenlos verpackt und montiert wurde.

Der dadurch dem VEB Pressen- und Scherenbau entstandene Schaden erhöht sich noch dadurch, daß die Maschine TyP PKZZ I 315 vom VEB NEMA Netzschkau zurückgekauft und Zugeständnisse gemacht wurden, wie z. B.

- Übernahme der Montage- und Transportkosten,
- Bereitstellung und Finanzierung des Transportraumes,
- Verlängerung des Generalreparaturvertrages,
- Lieferung einer neuen Maschine Typ PKZZ I 315 bis 5. 6. 1969.

Ausgehend von dieser Sachlage erhebt sich die Frage, warum durch die verantwortlichen Mitarbeiter des VEB Pressen- und Scherenbau derartige Zugeständnisse gemacht werden, die zu erheblichen finanziellen und ökonomischen Verlusten des Betriebes führten und die um ein Mehrfaches höher liegen, als die mit der nicht termingerechten Lieferung der eingangs genannten Maschine vom Typ PKNZT I 500/250 verbundenen Konventionalstrafe in Höhe von 37.240,- VE.

Durch die westdeutsche Vertreterfirma wird ein starker Preisdruck auf die Erzeugnisse des VEB Pressen- und Scherenbau vorgenommen. Diese Preismanipulationen der westdeutschen Firma stellen sich als bewußte und zielgerichtete Tätigkeit zum Schaden der Volkswirtschaft der DDR dar.

Die westdeutsche Vertreterfirma ist für die Firma Witte & Co., Iserlohn, Stephanstr. 2 - 4 an der Lieferung von Pressen vom Typ III 500 interessiert.
Der Preis einer solchen Presse beträgt 620.000,- VE. Dieser Preis wird von seiten der westdeutschen Firma als 20 % zu hoch bezeichnet, obwohl diese Pressen bisher mit diesem Preis nach Westdeutschland geliefert wurden.

Für Maschinen des Typs PKZZI 500 will die westdeutsche Vertreterfirma nur 50 - 60 % des Preises zahlen.

Aus einer Verhandlungsschrift des VEB Pressen- und Scherenbau geht hervor, daß die westdeutsche Dirma Interesse am Kauf einer Excenter-Presse 125 t hat. Die kleinste Größe, die der VEB Pressen- und Scherenbau herstellt, ist eine 160 t Presse. Unter dem Vorwand, daß die westdeutsche Firma jedoch nur eine 125 t Presse benötigt und nur bei Preisreduzierungen beim VEB Pressen- und Scherenbau kauft, wurde der Preis wie bereits in den zwei vorangegangenen Fällen, von 58.000,- VE auf 45.000,- VE reduziert.

A n l a g e   7

Der Vertrieb der DDR-Exponate wurde in der Regel über die Generalvertreterfirma

Kälte-Dienst Emsdetten GmbH
4407 Emsdetten, Hermannstr. 7

vorgenommen.
Hierbei handelt es sich um die Nachfolgefirma des in Konkurs gegangenen Unternehmens

Heitmann u. Wähning GmbH & Co. KG
4407 Emsdetten, Borghorsterstr. 146/148

Mit dieser Firma wurden bereits im Jahre 1967 Verträge über die Lieferung von Gewerbekühlschränken abgeschlossen. Der im Jahre 1967 abgeschlossene Vertrag belief sich auf

520 Kühlschränke

verschiedener Ausführungen. Bereits bei Abwicklung dieses Vertrages, der sich mindestens auf

200.000,- VE

belief, traten erhebliche Schwierigkeiten auf. Die Abrufe der Firmeninhaber erfolgten nicht termingemäß, so daß dem DDR-Betrieb erhebliche Lagerkosten entstanden.
Die "Großzügigkeit" seitens des DDR-Lieferbetriebes geht soweit, daß

336 Schränke

ausgeliefert wurden ohne Vorlage der vertraglich vereinbarten Vorauskasse.

Trotz Nichtrealisierung dieses Vertrages wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, obwohl bereits zu diesem Zeitpunkt die Zahlungsunfähigkeit dem Lieferbetrieb als auch dem Außenhandelsunternehmen Technocommerz bekannt war.
Der neue Vertrag beinhaltete die Lieferung von 100 Gewerbekühlschränken - G 45 mit einem Gesamtwert von

64.000,- VE = 131 439,- M IAP.

Daraus ergibt sich, daß die Exponate 50 % niedriger als der IAP angesetzt sind und dem Abnehmer äußerst günstige Verkaufsmöglichkeiten bieten.
Vom zu zahlenden Betrag erhielt die Fa. Heitmann und Wähning 3 % Garantieablösung = 1.920,- VE gutgeschrieben. Gleichzeitig wird festgelegt, daß die Zahlung 120 Tage nach Rechnungsdatum gegen Wechselakzept erfolgt.
Mit Abschluß dieses Vertrages wurden der Firma Heitmann und Wähning seitens TechnoCommerz zusätzlich

26 Kühlschränke - 645 -

mit einem Gesamtwert von

16.640,- VE

als kostenlose Entschädigung für angeblich schlechte Qualität bereits ausgelieferter DDR-Exponate zugebilligt.
Als Mängel wurden seitens der westdeutschen Firma

- Befestigung der Schlösser,
- Geräusche vom Magnetventil,
- schlechte Oberflächenbearbeitung,

angesprochen.

Die Lieferung der vertraglich vereinbarten 100 Schränke sollte am

3. 1. 1968 nach Emsdetten

3. 1. 1968 nach Freiburg-Breisgau

4. 1. 1968 nach Münster

8. 1. 1968 nach Emsdetten

erfolgen, obwohl im Vertrag eindeutig Frachtfrei - Emsdetten festgelegt wurde.

Am 3. 1. 1968, also am Tag der festgelegten Auslieferung, forderte die Abnehmerfirma eine abermalige Umdisponierung nach Celle. Auch diese eigenmächtige Vertragsänderung durch den westdeutschen Abnehmer wird durch den Lieferbetrieb der DDR ohne Reaktion akzeptiert.
Die sich dadurch erhöhenden Transportkosten gehen zu Lasten des DDR-Betriebes. Ebenso muß man als Schadensumme die erhöhten Auslieferungskosten nach Freiburg und Münster dem Kühlmöbelwerk Erfurt zuordnen.

Von den ausgelieferten 100 G 45 wurden 80 G 45 erneut reklamiert und in die DDR zurückgeführt. Seitens des DDR-Betriebes erfolgte ein kostenloser Umtausch. Die Transportkosten gehen wiederum zu Lasten der DDR.
Trotz äußerst schlechter Verkaufstätigkeit und Realisierung der Zahlungsbedingungen wurden abermals Verhandlungen über den Verkauf von 800 Kühlschränken geführt. Im Ergebnis dieser Vorverhandlungen bestellte die westdeutsche Firma

400 Flaschenkühlschränke a 493,- VE
250 Backwarenkühlschränke a 640,- VE
150 Fleischwarenkühlschränke a 640,- VE

Als Liefertermine wurden vereinbart:

400 Backwaren- u. Fleischkühlschränke - 15. 2. 1968

400 Flaschenkühlschränke - 15. 3. 1968

mit einer Vorablieferungsgenehmigung von 4 Wochen.

Als Zahlungsbedingungen wurden bei diesen Verhandlungen vorgeschlagen:

1/4 Kasse gegen Dokumente (Sofort-Bezahlung)
1/2 90 Tage Ziel gegen Wechselakzept
1/4 120 Tage Ziel gegen Wechselakzept

In diesem Zusammenhang stellte Fa. Heitmann und Wähning die Forderung, daß der Außenhandelsbetrieb eine Erklärung abgibt, worin er sich verpflichtet, bei Absatzschwierigkeiten eine Verlängerung der Laufzeit der Wechsel zuzustimmen.

Trotz der Vereinbarung über die Zahlungsbedingungen lt. Protokoll vom 1. 11. 1967 wurde erneut den Forderungen des Herrn Wähning stattgegeben.
Auf dem Genehmigungsdokument sind folgende Zahlungsbedingungen festgelegt:

10 % Anzahlung bis 20. 4. 1968 =	43 960.40 VE
Mai - November je 49 455,- VE =	346 185.-- VE
Dezember =	49 458.60 VE

Als Liefertermine wurden erneut vereinbart April und Mai 1968.
Der abgeschlossene Exportauftrag beläuft sich insgesamt auf:

453 200,- VE = 1 037 965 .-- Mark der DDR.

Hierbei erhält die Firma Heitmann und Wähning

3 % Garantieableistung =13 596,- VE.

Mit dieser einmaligen Garantieableistung erlischt jeglicher Anspruch des Käufers auf Ersatzteile und Monteurleistungen.
Sämtliche Forderungen seitens des Abnehmers erfolgen nur gegen Bezahlung.

Da der VEB Kühlmöbelwerk Erfurt mit dem abgeschlossenen Vertrag (Lieferzeit) nicht einverstanden ist und in diesem keine genauen Festlegungen über die vereinbarte Zulieferung von Magnetbändern sowie über die Abrufe getroffen wurden, wird Technocommerz um eine Berichtigung gebeten. In dieser 1. Berichtigung wird eindeutig festgelegt, daß die Auslieferung bis 30. 6. 1968 zu erfolgen hat. Sollten seitens des Kunden keine Abrufe bis zum 30. 5. 1968 erfolgen, wird die Auslieferung seitens der DDR vorgenommen.
Die erwähnte westdeutsche Firma hat trotz dieses ungewöhnlichen Entgegenkommens der verantwortlichen Leiter von Technocommerz keine Abrufe getätigt, so daß auf Grund von Produktionsschwierigkeiten und Lagerüberfüllung des DDR-Betriebes am 11. 6. 1968 selbständig mit der Auslieferung begonnen wird. Diese Festlegung der selbständigen Auslieferung erfolgte von Technocommerz, obwohl die Vertragsfirma Heitmann und Wähning in Konkurs ging, und die Geschäfte nach Ausscheiden des Teilhabers Heitmann allein durch Herrn Wähning weitergeführt wurden und dem Außenhandelsunternehmen Technocommerz seit längerer Zeit bekannt war, daß der Kunde zahlungsunfähig ist.

Der Lieferbetrieb VEB Kühlmöbel Erfurt schätzt seinen Kunden folgendermaßen ein:

"Die Fa. Kälte-Dienst Emsdetten ist kein Geschäftspartner für DDR-Betriebe. In diesem Unternehmen ist keine finanzielle Substanz vorhanden. Es wird eingeschätzt, daß die Handelstätigkeit mit der DDR nur Ausweichgeschäfte darstellen, die Fa. "KDE" in Westdeutschland keinen Kredit mehr bekommt. Bei Marktschwankungen bzw. Absatzschwierigkeiten ist die Fa. zahlungsunfähig. Hinzu kommt, daß die Fa. in der westlichen Geschäftswelt einen schlechten Leumund besitzt."

Trotz aller dieser bekannten Fakten und obwohl die vertraglich festgelegte Anzahlungssumme bis zu diesem Zeitpunkt nicht gezahlt wurde, wurde der Vertrag durch den VEB Kühlmöbel nicht

storniert, sondern mit der Auslieferung begonnen. Allein dadurch wird bewiesen, daß es sowohl dem AHU Technocommerz als auch dem Lieferbetrieb nicht um die Gestaltung effektiver Außenwirtschaftsgeschäfte geht, sondern in erster Linie um die rein formale Erfüllung des Exportauftrages. Durch diese unverantwortliche Handlungsweise verantwortlicher Außenhändler potenziert sich die Schädigung in materieller und ideeller Hinsicht ständig weiter.

Wie bereits erwähnt, wurde also der Vertrag nicht storniert, sondern weitere Zugeständnisse gegenüber Kälte - Dienst Emsdetten vorgenommen.
In einer 2. Berichtigung zum Exportauftrag vom 12. 7. 1968 wird der Endauslieferungstermin der Ware auf den 31. 8. 1968 festgelegt. Der Vertrag enthält auch neue Zugeständnisse in preislicher Hinsicht. Die Zahlungsbedingungen ändern sich demnach in:

10 % Anzahlung bis 20. 6. 1968 =	43 960.40 VE
August - Februar 1969 je 49 455,- VE =	346 185.-- VE
März 1969 =	49 458.60 VE
	439 604.-- VE

Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits 273 Kühlschränke ausgeliefert. Schleppend werden die Abrufe seitens Kälte-Dienst Emsdetten getätigt. Einen Teil dieser Abrufe werden an andere Orte gefordert, so daß die entstehenden Mehrtransportkosten (Zeit und Kilometer) abermals zu Kosten der DDR gehen. Ein Teil dieser Abrufe wird dann durch Herrn Wähning wieder storniert, da der Lagerbestand in Emsdetten sich vergrößert. Ein Teil der Abrufe, die Wähning tätigt und an die Unterhändler gelangen soll, werden von diesen nicht angenommen.

A n l a g e   8

Die als Anlage dargestellten Tabellen sind Teilergebnisse aus den Erkenntnissen der Zentralen Reisestelle beim Büro des Ministerrates.

Seit 1. 1. 1969 werden Einreisen nur noch für ein Vierteljahr beantragt und erteilt (vorher monatlich).
Damit hat sich die Anzahl der Anträge pro Quartal verringert (einige reisten ja 3 x im Quartal ein). Die dennoch hohe Anzahl im Jahre 1969 muß als Steigerung gewertet werden.

Seit dem gleichen Zeitraum gibt es keine Trennung mehr zwischen Anträgen für die Hauptstadt der DDR und dem Gebiet der DDR. Bürger aus Westberlin sind deshalb nicht mehr als Besucher der Hauptstadt, oder Weiterreisende in die DDR zu erkennen.

Eine Vielzahl von AHB werden ständig von westdeutschen und westberliner Vertretern aufgesucht, obwohl diese AHB keine Passierscheine ausgestellt haben.

Z. B. wurden in einem Quartal

- Unitechna von 82 Vertretern aus Westdeutschland und Westberlin aufgesucht, davon allein 68, ohne daß Unitechna einen Antrag auf Passierscheine gestellt hat.
  Das sind gleich 83 %.
- AHB Holz und Papier wurde von 136 Vertretern aufgesucht, davon hatte AHB Holz und Papier für 1969 keinen Antrag gestellt. Das sind gleich 50,8 %

Analog zu diesen Beispielen ist die Praxis der Vertreter im gesamten Gebiet der DDR, wie der Aktionsradius der westberliner und westdeutschen Vertreter

- de Haas Fredrik Senior und Junior
- Arft, Helmut und Rita
- Skrzypzymski, Leo
- van Vuuren, Jan

es zeigen.

Entwicklung der beantragten Aufenthaltsgenehmigungen für Bürger aus Westdeutschland für das Gebiet der DDR

Zeitraum	1964	1965	1966	1967	1968	1969 AHB	1969 VVB	1969 ges.
1. Quartal	445	852	1.255	1.514	2.057	1.670	403	2.073
2. Quartal	819	1.122	1.540	2.135	1.995	1.761	515	2.276
3. Quartal	750	2.359	1.568	1.732	1.971	1.637	610	2.247
4. Quartal	1.003		1.821	1.992	2.224	-	-	-

Im Zusammenhang mit der AH-Tätigkeit reisen damit Bürger aus Westdeutschland und Westberlin ständig in die DDR

Zeitraum	1964	1965	1966	1967	1968
1. Quartal	687	1.171	1.634	2.205	2.872
2. Quartal	1.134	1.612	2.133	3.052	2.854
3. Quartal	1.016	3.277	2.100	2.564	3.456
4. Quartal	1.420		2.432	2.934	3.142

Entwicklung der von den AHB beantragten Aufenthaltsgenehmigungen für die Hauptstadt der DDR für westberliner Bürger

						1969 = Berlin u. DDR pro 1/4 Jahr		
Zeitraum	1964	1965	1966	1967	1968	AHB	VVB	ges.
1. Quartal	2.845	3.135	3.199	3.033	2.515	1.635	62	1.697
2. Quartal	3.010	3.090	3.242	2.751	2.455	1.400	92	1.492
3. Quartal	3.004	6.395	3.157	2.474	2.627	1.842	106	1.948
4. Quartal	3.023		3.159	2.850	3.148	--	-	-

Entwicklung der von den AHB beantragten Reisen in die DDR für westberliner Bürger

Zeitraum	1964	1965	1966	1967	1968
1. Quartal	242	319	379	691	815
2. Quartal	315	490	593	917	859
3. Quartal	266	918	532	832	1.485
4. Quartal	417		671	942	1.684

Westberliner Vertreter

de Haas, Fredrik (Senior)
de Haas, Frederik (Junior)
Fa. Werksvertretungen de Haas, Berlin 115
Düsseldorfer Str. 33 a

Vertretungen für: Beyer Leverkusen
Aichelin
Dr. Otto
Somenor

Aktionsradius in der DDR lt. Reiseanträge des AHB Invest-Export in der Zeit vom 1. 1. 1967 - 31. 12. 1968

---

1. VEB Stahl- und Walzwerk "W.PF" Hennigsdorf
2. VVB Wälzlager u. Normteile Karl-Marx-Stadt
3. VVB Automobilbau Karl-Marx-Stadt
4. VEB Automobilwerk Eisenach
5. VEB Automobilwerk Zwickau
6. VEB Simson-Werke Suhl
7. VEB Walzwerk Finow/Eberswalde
8. VEB Rohr- und Kaltwalzwerk Karl-Marx-Stadt
9. VEB Walzwerk Hettstedt/Südharz
10. VVB Stahl- und Walzwerke Berlin
11. VVB Eisenerze - Roheisen Saalfeld
12. VVB NE-Metalle -Halbzeuge Eisleben
13. VEB Landmasch.- u. Traktorenbau Leipzig
14. VEB Chemieingenieurbau Leipzig
15. VEB Draht- u. Schraubenfabrik Finsterwalde/Cottbus
16. VEB Kaltwalzwerk Bad Salzungen
17. VEB Draht- u. Federnwerke Karl-Marx-Stadt
18. VEB Eisen- u. Hüttenwerke Thale/Harz
19. VEB Getriebewerk Brandenburg
20. VEB Edelstahlwerk "8. Mai" Freital
21. Stadt Eisenhüttenstadt
22. " Rothenburg
23. " Ronneburg

Reihenfolge der Reiseanträge, alle für mehrmalige Reisen

1967

1.	1.1. - 31.3.	Stahl- u. Walzwerke, Wälzlager und Normteile
2.	8.2. - 31.3.	VVB u. VEB Auto, Stahl- u. Walzwerk, Wälzlager u. Normteile, Eisenerz - Roheisen, NE-Metalle-Halbzeuge,
3.	1.4. - 30.6.	-dto-
4.	17.5. - 30.6.	VVB u. VEB Auto, Landmasch. u. Traktorenbau
5. 6.	1.7. - 30.9. " "	VVB u. VEB Auto, Chemieing.-Bau, Wälzlager u. Normteile, NE-Halbzeuge, Eisenerz-Roheisen,
7. 8.	1.10.- 31.12. " "	Stahl- u. Walzwerke, VVB u. VEB Auto, NE-Halbzeuge, Wälzlager u. Normteile.

1968

1. 2.	16.1. - 10.4. " "	VVB u. VEB Auto, Stahl- u. Walzwerke, Wälzlager u. Normteile, Chemieing.-Bau,
3.	1.4. - 30.6.	-dto-
4.	" "	
5.	14.4. - 30.6.	Stahl- u. Walzwerke, Schraubenfabrik Finsterwalde
6.	4.4. - 30.6.	Wälzlager u. Normteile
7. 8.	1.7. - 30.9. " "	VVB u. VEB Auto, Stahl- u. Walzwerke, Wälzlager u. Normteile
9. 10.	1.8. - 30.9. " "	Eisenerz - Roheisen
11. 12.	30.8. - 30.9. " "	DIA-Invest Berlin
13. 14.	1.10.- 31.12. " "	DIA Invest Berlin
15.	1.10.- 31.12.	VVB u. VEB Auto, Stahl- u. Walzwerke, Eisenerz - Roheisen

Zu beachten ist, daß im März und September jedem Inhaber auf Grund der Leipziger Messen ohnehin die Einreisen gegeben werden.

Westberliner Vertreter

A r f t , Helmut
A r f t , Rita jetzige Tätigkeit: Pumpensachverständiger

Fa. Ing.-Büro H. Arff
1 Berlin 27, Kettlerpfad

Aktionsradius in der DDR, lt. Reiseanträge des AHB - TC
in der Zeit vom 1. 1. 67 - 31. 12. 68

1. VVB Schiffbau Rostock
2. VEB Warnow—Werft Warnemünde
3. VEB Mathias-Thesen-Werft Wismar
4. VVB Chemieanlagen Leipzig
5. VVB Zellstoff, Papier u. Pappe Dresden
6. WTZ der VVB Papierindustrie Dresden
7. VEB Papierfabrik Schwedt
8. VEB Kombinat "Schwarze Pumpe"
9. Braunkohle Cottbus
10. VVB Mineraloele u. Betriebe Halle
11. VEB Leuna Werke "W. Ulbricht"
12. VEB Chemieing.-Bau Leipzig
13. VEB Buna—Werke
14. VEB Alubau Wismar

Reihenfolge der Reiaeanträge, alle für mehrmalige Reisen

1967

1.	1.1. - 31.3.	Schiffbau, CA-Leipzig, Zellstoff-Papier
2.	" "	u. Pappe,
3.	20.12.66 - 31. 3.67	"Schwarze Pumpe"
4.	1.4. - 31.12.	"Schwarze Pumpe, TC Berlin, Schiffbau,
5.	" "	Zellstoff , Papier u. Pappe
6.	4.7. - 30.9.	Braunkohle Cottbus, Schiffbau
7.	" "	
8.	1.10.-31. 12.	Zellstoff , Papier u. Pappe, Schiffbau,
9.	" "	Mineraloele, CA Leipzig, Braunkohle Cottbus

<u>1968</u>

1.	1.1. - 30.3.	Leuna, Chemieing.-Bau, Buna, Mineraloele
2.	" "	
3.	6.4. - 30.6.	Schiffbau
4.	30.6. - 30.9.	Leuna, Buna, Schiffbau, CA Leipzig, Schwedt
5.	1.7. - 31.10.	-dto-
6.	1.10.- 31.12.	TC Berlin
7.	11.10.- 11.1.69	TC Berlin, Schiffbau, CA Leipzig
8.	" "	

Westberliner Vertreter

Leo S k r z y p z y n s k i
vom 1. 7. - 30. 9. 68 keine Einreise nach

Messe Leipzig
VVB Zellstoff,Papier u. Pappe
VEB Thälmann-Werk Magdeburg
VEB Germania Karl-Marx-Stadt

Aktionsradius damit:

VEB Walzwerk Finow
VEB Walzwerk Hettstedt
VEB Flugzeugwerk Dresden
VEB Industriewerke Karl-Marx-Stadt, Berlin, Dresden u. Heidenau
VEB Zellstoff, Papier u. Pappe Dresden
VEB Zentr. Proj.-Büro für Zellstoff- u. Papierindustrie
VEB Thälmann-Werk Magdeburg
VEB Germanie Karl-Marx-Stadt
VVB Chemie-Anlagen Leipzig, Rudisleben, Oschersleben
Institut für Schweißtechnik
Zentralinstitut f. Schweißtechnik Halle
Konstruktionsbüro Bitterfeld

Westberliner Vertreter

Mitarbeiter:	Eckhardt, Elisabeth
	Wasmoeth, Gottlieb
	Hillmann, Barbara
	van Vuuren, Helen
	Wasmoeth, Hendrik

Vertretungen für:	Malcus	Schweden
	Birka Trade	Schweden
	Kobe Steel	Japan
	de Scheide	Holland
	Bran u. Lübbe	WD

Aktionsradius in der DDR, lt. Reiseanträge der Transinter GmbH.

1. Berlin
2. Dresden
3. Leipzig
4. Rostock
5. Magdeburg
6. Karl-Marx-Stadt
7. Potsdam
8. VVB Diesel-Pumpen u. Verdichter Halle
9. VVB Stahl- und Walzwerke Berlin
10. VVB Gießereien Leipzig
11. DHZ Chemie
12. VVB Eisenerz - Roheisen Saalfeld
13. VVB Datenverarbeitung u. Bürormasch. Leipzig
14. VVB Schiffbau
15. VVB Chemieanlagen Leipzig
16. VEB Buna-Werke
17. VVB Luft- u. Kältetechnik Dresden
18. VVB Elektroapparate Berlin
19. VEB Hafenwirtschaft Rostock
20. VVB Takraf Leipzig
21. VVB ASUG Magdeburg

Anlage 9

Abschrift der Verfügung Nr. 121
des Vors. des Ministerrates
vom 24. Juli 1969

Die übertragene Verantwortimg für die Außenwirtschaft wurde durch einzelne Betriebe und VVB hinsichtlich der Genehmigung und Überwachung von kommerziellen Warenbewegungen über die Grenzen der DDR bei der Durchführung von Importen grob verletzt.

Zur Sicherung der staatlichen Ordnung und des Außenwirtschaftsmonopols wird verfügt:

1. Die staatlichen Außenhandelsbetriebe, VVB, volkseigene Kombinate und Betriebe mit Außenwirtschaftsfunktionen dürfen nur im Rahmen des lizenzierten Planes und der für den jeweiligen Betrieb festgelegten Importwaren-Nomenklatur Auslandsverträge abschließen.

   Der Minister für Außenwirtschaft wird beauftragt, den Leiter der Zollverwaltung anzuweisen, die Einhaltung dieser Festlegung durch ein wirksames Kontroll- und Informationssystem zu gewährleisten.

2. Außerplanmäßige Importe im Rahmen von

   - Beschlüssen des Ministerrates
   - Verfügungen des Vorsitzenden des Ministerrates
   - Vereinbarungen zwischen den Ministern
   - Devisenkrediten
   - Lohnveredelungen und
   - vorgesehenen Reexporten

   dürfen gleichfalls nur entsprechend der für den jeweiligen Betrieb festgelegten Importwaren-Nomenklatur sowie im Rahmen der erteilten Lizenzen durchgeführt werden.

Ausnahmen von diesen Grundsätzen sind durch den Minister für Außenwirtschaft zu genehmigen.
Außerplanmäßige Importe außerhalb dieses Rahmens sind untersagt.

3. Um alle Vorteile, besonders im Handel mit kapitalistischen Konzernen und Firmen für die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu nutzen, sind Anfragen und das Einholen von Angeboten im NSW in Abstimmung mit staatlichen Vertreterfirmen der DDR vorzunehmen. Entsprechende Vereinbarungen sind zwischen den Generaldirektoren der Außenhandelsbetriebe, der Betriebe und Organe und den staatlichen Vertreterfirmen kurzfristig abzuschließen.

4. Die Minister, Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Leiter der zentralen staatlichen Organe haben die Einhaltung der Verfügung durch die mit der Durchführung von Importen beauftragten Betriebe, Einrichtungen und Organe zu sichern.

A n l a g e   10

I. Forderungen der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber der Bundesrepublik auf Erstattung von der Deutschen Demokratischen Republik geleisteter Reparationen

Auf der Grundlage der Tatsache, daß die Deutsche Demokratische Republik Reparationen zur Wiedergutmachung der durch Hitlerdeutschland im zweiten Weltkrieg angerichteten Schäden in ungleich höherem Maße geleistet hat als Westdeutschland, ergibt sich die Berechtigung einer Forderung der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber Westdeutschland in Höhe von mindestens

12.928 Mio DM DBB

Diese Forderung wird wie folgt begründet:

1. Von der DDR wurden insgesamt Reparationen geleistet in Höhe von 4.292 Mio $

   davon 3.658 Mio $ bis zum Jahre 1950. Die Bestätigung erfolgte im Schreiben des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR vom 15. 5. 1950.

   In den Jahren 1951 bis 1953 wurden weitere 634 Mio $ Reparationen seitens der DDR aufgebracht. Das ergibt sich aus dem Protokoll vom 22. 8. 1953 über die Einstellung der Erhebung der deutschen Reparationszahlungen.

   Die UdSSR hat der DDR auf Grund der genannten beiden Dokumente Reparationen erlassen in Höhe von insgesamt 5.708 Mio $.

2. Die von den Westmächten gegenüber Westdeutschland anerkannten Reparationen werden nach einem Bericht der Inter-Alliierten Reparations-Agentur aus dem Jahre 1949 mit insgesamt ausgewiesen. 517 Mio $

Die nähere Prüfung dieser westdeutschen Reparationen ergibt, daß nur ein geringer Teil aus der westdeutschen Wirtschaft geleistet wurde. Die Summe von 517 Mio $ kann mithin von uns nicht voll als westdeutsche Reparationsleistung anerkannt werden.
Die von den Westmächten anerkannten Reparationen setzen sich wie folgt zusammen:

181 Mio $	aus der westdeutschen Wirtschaft (Demontage und Lieferungen),
43 Mio $	Übergabe deutscher Handelsschiffe,
293 Mio $	Beschlagnahme deutschen Auslandsvermögens.

Übergebene deutsche Handelsschiffe und das beschlagnahmte deutsche Auslandsvermögen sind gesamtdeutsches Vermögen und gehören nicht Westdeutschland allein. Die Leistungen können demzufolge auch Westdeutschland nur anteilig als Reparationen angerechnet werden. Ein anderer Teil ist der DDR als Reparationsleistung zuzurechnen.

Wenn diese Anteile entsprechend der Einwohnerzahl der beiden deutschen Staaten verrechnet werden, so erhöhen sich die der DDR zu verrechnenden Reparationen um 80 Mio $ und vermindern sich die Westdeutschlands um den gleichen Betrag.

3. Die Gesamt-Reparationen beider deutscher Staaten betragen demnach 4.372 Mio $

seitens der DDR	
seitens Westdeutschland	437 Mio $
insgesamt	4.809 Mio $

Die Reparationen stellen einen Teil der Wiedergutmachung der durch den Hitlerkrieg verursachten Schäden und Verluste dar. Beide deutsche Staaten müssen demzufolge in gleichem Maße für die Reparationen herangezogen werden. Der zweckmäßigste Maßstab könnte die Berechnung der Reparationsleistungen entsprechend der Einwohnerzahl der beiden deutschen Staaten sein.

Einwohnerzahl der DDR	17.012 Mio = 23,7 %
Einwohnerzahl der Bundesrep.	54.758 Mio = 76,3 %

Hiernach hätten Reparationen leisten müssen

die DDR	1.140 Mio $
die DBR	3.669 Mio $

4. Entsprechend der unterschiedlichen Reparationsleistungen beider deutscher Staaten ergibt sich folgende Aufrechnung der Forderungen der DDR gegenüber der Bundesrepublik:

- Von der DDR effektiv geleistete Reparationen	4.372 Mio $
von der DDR anteilig zu leistende Reparationen	1.140 Mio $
Forderung der DDR an die DBR auf Erstattung	3.232 Mio $

- Von Westdeutschland effektiv geleistete Reparationen	437 Mio $
Von Westdeutschland anteilig zu leistende Reparationen	3.669 Mio $
Verpflichtung der westdeutschen Bundesrepublik zur Erstattung gegenüber der DDR	3.232 Mio $
	===========

Da alle Reparationsleistungen entsprechend den getroffenen internationalen Vereinbarungen in US $ verrechnet worden sind, besteht die Verpflichtung für Westdeutschland an die Deutsche Demokratische Republik eine Erstattung in US $ zu leisten.
Wenn die DDR bereit ist, die Erstattung Westdeutschland in DM DBB anzunehmen, so ergibt sich aufgrund des derzeitigen offiziellen Kurses zwischen DM DBB und US $ von 4:1 eine Verbindlichkeit der DBR gegenüber der DDR im Betrage von 12.928 Mio DM DBB

5. Bei der Ausarbeitung dieser Berechnungen sind eine Reihe Fragen aufgetreten, auf die ich hinweisen möchte:

a) Wenn die Reparationsverpflichtungen entsprechend der Bevölkerungszahl beider deutscher Staaten berechnet werden, wie ist dann mit der Bevölkerung Westberlins zu verfahren? Da Westberlin nicht Bestandteil der Bundesrepublik ist, kann die Bevölkerung Westberlins auch nicht der Bevölkerung der Bundesrepublik zugerechnet werden. Da Westberlin eine selbständige politische Einheit ist, kann die Bevölkerungszahl auch nicht ohne weiteres zur Bevölkerungszahl der DDR zugerechnet werden.

Bei den obengenannten Berechnungen über die anteiligen Reparationen beider deutscher Staaten wurde zunächst die Einwohnerzahl Westberlins nicht herangezogen, d. h., weder zur Bundesrepublik noch zur Deutschen Demokratischen Republik hinzugerechnet.

b) Es wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit ist es richtig, zum jetzigen Zeitpunkt die anteilige Berechnung der Reparationen beider deutscher Staaten nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl vorzunehmen, ohne daß eine abschließende Untersuchung der Auseinandersetzungen über das ehemalige deutsche Reichsvermögen vorliegt. Könnte durch die Berechnung der Reparationen nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl nicht ein Präzedenzfall geschaffen werden, der für die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen für uns möglicherweise von Nachteil wäre,wenn die Verrechnung des ehemaligen Reichsvermögens nach dem Prinzip der Parität beider deutscher Staaten, nach dem Belegenheitsprinzip oder anderen Gesichtspunkten für uns vorteilhafter wäre. Unser Standpunkt hierzu ist, daß die Rechtsnachfolge der DDR in das alte Reichsvermögen und die Ansprüche der DDR auf die Verrechnung der Reparationen zwei voneinander getrennte, völkerrechtlich unterschiedliche Angelegenheiten sind, die nicht ohne weiteres miteinander verknüpft werden können.

II. Forderungen der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber der Bundesrepublik auf Erstattung ökonomischer Verluste, die der Deutschen Demokratischen Republik durch Abwerbung, Menschenhandel und sonstige Wirtschaftsdiversionen bis zum 13. 8.1961 sowie durch Aufwendungen für die Sicherung der Staatsgrenze entstanden sind

Die Deutsche Demokratische Republik ist berechtigt, gegenüber der Bundesrepublik Anspruch auf Erstattung der Schäden, Verluste und Aufwendungen zu erheben, die aufgrund des von Westdeutschland unter Ausnutzung der offenen Grenze gegen die DDR geführten Wirtschats-krieges entstanden sind.

DerAnspruch der DDR auf Erstattung dieser Schäden, Verluste und Aufwendungen ist z. Zt. nachweisbar in einer Höhe von 85.260 Mio $ MDN
================

Diese Forderung wird wie folgt begründet:

1. Der DDR sind durch Abwerbung und Menschenhandel in der Zeit vom 1. 1. 1950 bis 13. 8. 1961 ökonomische Verluste in Höhe von 62.700 Mio MDN entstanden.

   a) Durch die Abwerbung von Bürgern der DDR im arbeitsfähigen Alter, insbesondere von Spezialisten und Facharbeitern entstand in diesem Zeitraum ein Produktionsausfall von 88 Mrd. MDN.
   Unter Berücksichtigung des Produktionsverbrauchs und der individuellen Konsumtion, die auf eine solche Produktionshöhe entfällt, ist der DDR ein Verlust an Nationaleinkommen, das für die Akkumulation bestimmt ist, in Höhe von 16.400 Mio MDN entstanden.

   b) Ökonomische Verluste ergeben sich aber nicht allein aus dem Produktionsausfall. Als Produktivkraft verkörpert jeder Mensch einen Wert, der sich aus dem Aufwand der Gesellschaft für den Lebensunterhalt, die Erziehung und Berufsausbildung ergibt. Die Abwerbung der in der DDR ausgebildeten Facharbeiter, Wissenschaftler, Ingenieure, Ärzte, Lehrer usw. führt für die DDR zu einem Schaden in Höhe des Aufwandes für

die Ausbildung und andererseits zu einer widerrechtlichen Bereicherung der westdeutschen Monopole.
Diese Verluste sind berechnet für den Zeitraum von 1950 - 1961 mit 42.400 Mio MDN.

c) Ökonomische Verluste der DDR, die durch die widerrechtliche Ausnutzung der Arbeitskraft von Bürgern der DDR in Westberlin entstanden sind (Grenzgänger).
Der Verlust an Nationaleinkommen für die DDR beträgt hierfür 3.900 Mio MDN.

Nicht berechenbar ist der Schaden, der der DDR durch den eingetretenen Geburtenausfall sowie durch den Leistungsausfall der abgeworbenen Wissenschaftler, Forscher und Ärzte entstanden ist.
Für den Zeitraum von 1950 - 1961 ist z. B. ein Arbeitsausfall bei Wissenschaftlern und Forschern von 28,5 Mio Stunden und bei Ärzten von 63,0 Mio Stunden eingetreten.

2. Durch die Einführung einer Separatwährung in Westdeutschland und in Westberlin sowie die Anwendung eines willkürlichen Schwindelkurses, der mittels staatlich sanktionierter Wechselstuben aufrecht erhalten wurde, wurden der DDR unter Ausnutzung der offenen Grenzen große wirtschaftliche Schäden zugefügt. Die Ausnutzung des Schwindelkurses zu Spekulationsgewinnen und zu einem ausgedehnten Warenschmuggel hat die Wirtschaftskraft der DDR und die Versorgung der Bevölkerung erheblich gestört.

   Der westdeutsche Staat, die Monopole sowie eine Vielzahl von Spekulanten haben sich an dieser, von westdeutscher Seite bewußt organisierten verbrecherischen Ausplünderung bereichert.

Auf Grund der Feststellungen der Zollverwaltung, der analytischen Untersuchungen der Deutschen Notenbank und anderer Berechnungen beträgt der ökonomische Schaden aus den Währungsspekulationen und dem Warenschmuggel bis zum 13. 8. 1961 mindestens 17.320 Mio MDN

3. Auf Grund der aggressiven Politik der westdeutschen militaristischen und revanchistischen Kreise mußte die DDR seit 1952 erhöhte Aufwendungen für die Sicherung der Staatsgrenze West und der Staatsgrenze gegenüber Westberlin bestreiten, die bei einer konsequenten Durchsetzung des Potsdamer Abkommens und der Sicherung einer friedlichen demokratischen Ordnung in Westdeutschland nicht notwendig gewesen wären.

   Auf Grund dessen ist die DDR berechtigt, diese zusätzlichen Aufwendungen zur Sicherung ihrer Staatsgrenze als Forderung gegenüber der Bundesrepublik geltend zu machen. Sie beträgt 5.240 Mio MDN.

4. Bei der Ausarbeitung der Berechnungen wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit eine getrennte Ermittlung der Forderungen aus den ökonomischen Verlusten, die durch die offene Grenze entstanden sind, gegenüber Westdeutschland und Westberlin erfolgen sollte.

   Wir sind der Auffassung, daß für diese Forderung eine getrennte Ermittlung nicht richtig wäre. Diese Forderungen sind sämtlich auf Grund der von den westdeutschen Monopolen und der Bundesregierung mit direkter Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte betriebenen aggressiven Politik ~~einve~~ entstanden, bei der sie Westberlin als ihren Brückenkopf und Stützpunkt mißbrauchen.

III. Forderungen der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber Westdeutschland bzw. den Westmächten infolge widerrechtlicher Beschlagnahme und Aneignung von der DDR zustehenden Rechten

Neben den bisher genannten ökonomischen Verlusten der DDR sind eine Reihe weiterer Schäden durch westdeutsche Monopole und westliche Besatzungsmächte zugefügt worden. Nachweisbar sind bis jetzt hier insbesondere folgende Verluste:

1. Diebstahl von Patentschriften

   a) Die amerikanischen Besatzungstruppen haben bereits während der Besetzung Jenas, unter Verletzung des Jaltaer und Potsdamer Abkommens, Zeißwerte mit einem ausgewiesenen Wert von 18 Mio DM geraubt.

   Dazu gehören 180 000 Patentschriften, Bücher der Patentverwaltung mit Seltenheitswerten, eine Fotoobjektivsammlung von 2 000 Stück Objektiven u. a. wichtige Werte.

   Die Amerikaner haben unmittelbar nach dem Raub dieser Dokumente und Materialien festgestellt, daß sie damit die Monopolstellung auf dem Objektivmarkt erlangt haben. Durch diesen Diebstahl waren die Amerikaner faktisch in der Lage, auf den Ergebnissen von Zeiss, Jena, die auf diesem Gebiet in der Welt die Führung inne hatten, aufzubauen und eine eigene Monopolstellung zu begründen.

   Der tatsächliche Wert der geraubten Patentschriften und Patentakten muß nach den vorliegenden Erfahrungswerten auf mindestens 120 Mio MDN beziffert werden.
   In dieser Höhe besteht eine begründete Forderung der DDR gegenüber den USA. Was die Amerikaner tatsächlich genutzt haben, ist nicht bekannt.

b) Unter grober Verletzung der in der DDR bestehenden Gesetze, der völkerrechtlichen Normen und selbst unter Mißachtung der in Westdeutschland bestehenden Gesetzgebung hat sich das westdeutsche Pseudounternehmen Carl Zeiss mit direkter Unterstützung der staatlichen Behörden in Westdeutschland die allein der Carl-Zeiss-Stiftung in Jena zustehenden Warenzeichen angeeignet. Durch die widerrechtliche Benutzung dieser Warenzeichen war es dem Pseudounternehmen möglich, seine Erzeugnisse leicht in den Handel einzuführen und auf den Markt zu bringen und dort mit erheblichem wirtschaftlichen Erfolg abzusetzen.
Dadurch ist ein beträchtlicher ökonomischer Schaden für den Absatz der Erzeugnisse des VEB Carl Zeiss Jena entstanden.

Die Schadenersatzforderung der Carl-Zeiss-Stiftung Jena an die Pseudounternehmen durch widerrechtliche Benutzung der Zeiss—Warenzeichen für die Zeit von 1949 - 1964 beträgt

ca. 350 Mio MDN.

Diese Verluste sind konkret berechnet für die Carl-Zeiss-Stiftung in Jena.
Darüber hinaus sind von ca. 120 Betrieben in der DDR ca. 1 000 Warenzeichen, von denen ein großer Teil internationale Bedeutung hatte, von westdeutschen Betrieben entwendet worden.

Der ökonomische Schaden hieraus kann z. Zt. noch nicht exakt nachgewiesen werden. Er beträgt aber ein Mehrfaches der Verluste, die für die Carl-Zeiss-Stiftung entstanden sind.

2. Durch die widerrechtliche Beschlagnahme von Eigentum der Deutschen Reichsbahn, der Generaldirektion Schiffahrt, der [...] Kraftverkehr, der Mitropa und der Deutschen Post in Westdeutschland und Westberlin hat die DDR Forderungen auf Schadenersatz in Höhe von — 40 Mio MDN

   Die widerrechtliche Beschlagnahme erfolgte zum großen Teil im Zusammenhang mit der Spaltung Berlins durch die amerikanische und britische Militärregierung. Es handelt sich dabei um die Beschlagnahme von Lokomotiven, Kesselwagen und Einrichtungen der Deutschen Reichsbahn, von Schiffen, Treibstofflagern u. a. Verkehrseinrichtungen.

3. Gebührenforderung der DDR für die Benutzung von Fernkabeln durch die amerikanische und britische Besatzungsmacht.

   Auf Grund eines Beschlusses des ehemaligen Alliierten Kontrollrates werden die von Westberlin nach Westdeutschland durch das Gebiet der DDR verlaufenden Fernkabel 12 und 41 durch die amerikanische und britische Besatzungsmacht ausschließlich genutzt.
   Für die Benutzung der Kabel stehen der DDR Gebührenansprüche in Höhe von — 232 Mio MDN
   zu.
   Die Erstattung muß in Valuta erfolgen und zwar

   6.161.249 Pfund Sterling
   38.080.905 US-Dollar.

IV. Ansprüche der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber westdeutschen Monopolunternehmen

Der Deutschen Demokratischen Republik stehen als Beteiligung an westdeutschen Monopolunternehmen Ansprüche zu, die bisher nur zu einem Teil, in Höhe von 3.000 Mio DM DBB erfaßt sind.

1. In Übereinstimmung mit dem im Potsdamer Abkommen getroffenen Vereinbarungen sind die in der DDR gelegenen Kapitalgesellschaften der Naziaktivisten, Kriegsverbrecher und Monopolisten entschädigungslos enteignet worden. Ein Teil dieser enteigneten Betriebe war an in Westdeutschland befindlichen Unternehmen beteiligt. Diese Beteiligungen fallen unter die Enteignung und gehören der DDR.

   Nach der Enteignung dieser Betriebe und ihrer Überprüfung in Volkseigentum haben die Monopolisten teils den Sitz derartiger in der DDR enteigneter Gesellschaften widerrechtlich nach Westdeutschland verlagert. Auf diese Weise erhielten sie die in Westdeutschland gelegenen Vermögensteile, darunter auch die Beteiligungen, unter ihre Verfügungsgewalt.
   Das trifft z. B. zu auf

   die Thüringische Zellwolle AG,
   die Deutsche Continental-Gas-Ges.,
   die Thüringer Gas-Ges.,
   die Rudolf Karstadt AG,
   die Salzdetfurth AG

   und andere in der DDR enteignete Kapitalgesellschaften.

Die Höhe der der DDR zustehenden Beteiligungen derartig "sitzverlagerter" Gesellschaften an westdeutsche Unternehmungen beträgt bei 80 untersuchten Gesellschaften nominell rd. 245 Mio DM.

Da die Gesamtzahl der verlagerten Gesellschaften ca. 190 beträgt, kann der tatsächliche Betrag der widerrechtlich durch westdeutsche Monopole bzw. der Bundesrepublik angeeigneten Beteiligungen mit mindestens 500 Mio DN Nominalwert angenommen werden.
Der tatsächliche Wert dieser Beteiligungen beträgt auf Grund der schon damals vorhandenen Reserven und der in der Zwischenzeit vor sich gegangenen Werterhöhung heute mindestens 3.000 Mio DN

Mindestens in dieser Höhe bestehen begründete Eigentumsansprüche bzw. Beteiligungen der DDR an westdeutschen Unternehmen.

2. In der Verfügungsgewalt der DDR befinden sich erhebliche Bestände an Aktien von Unternehmen, die bis zum 8. 5. 1945 ihren Sitz im Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches hatten.
Eine speziell hierfür gebildete Bankenkommission hatte bis zum 31. 12. 1949 aus diesen Beständen Aktien im Nominalwert für rd. 3.000 Mio Reichsmark ermittelt. Ende 1950 wurde die Bankenkommission aufgelöst.
Mit einer erneuten Sichtung und Ordnung der Wertpapiere ist erst Ende 1959 wieder begonnen worden, wobei zunächst nur die Wertpapiere gesichtet wurden, die Ansprüche an ausländische Unternehmen begründen.
Mit der Erfassung derjenigen Aktien, die sich auf westdeutsche Unternehmen beziehen, ist noch nicht wieder begonnen worden. Ein Überblick hierüber besteht noch nicht.

In diesem Zusammenhang muß noch auf einen wichtigen Tatbestand hingewiesen werden.
[... ab 1949] eine sogenannte Wertpapierbereinigung durchgeführt. In diesem Zusammenhang erfolgte von den westdeutschen Monopolunternehmen ein Umtausch der alten Reichsmarkaktien in neue DM-Aktien. Dazu mußten entweder die alten Aktien vorgelegt oder ein Besitznachweis erbracht werden. Ein solcher Besitznachweis waren auch die von den Banken ausgestellten Depotbescheinigungen.
Über solche Aktien, die sich in den Depotbeständen der geschlossenen Banken im Bereich der DDR befanden, wurden bis 1958 von unseren Banken an Bürger der DDR bzw. Firmen ca. 90 000 Depotbescheinigungen ausgestellt.

Diese Depotbescheinigungen wurden in der Regel von dem betreffenden Bürger oder der betreffenden Firma der DDR dazu verwendet, um ihre Ansprüche bei den westdeutschen Unternehmen anzumelden.
Soweit bekannt, sind solche Ansprüche in Westdeutschland berücksichtigt worden, die von Privatpersonen geltend gemacht worden sind. Die Ansprüche volkseigener Betriebe und staatlicher Einrichtungen wurden nicht anerkannt.

Im Interesse der Wahrung der Ansprüche der DDR ist es erforderlich, sofort die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um einen vollständigen Überblick über die in unserer Verfügungsgewalt befindlichen Aktien und anderen Wertpapiere zu beschaffen, um die erforderlichen Maßnahmen danach zu ergreifen.
Ich habe veranlaßt, daß ein entsprechender Beschluß ausgearbeitet wird, den ich dem Präsidium des Ministerrates vorlegen werde.

V. Gesamt-Zusammenfassung

Auf Grund der bisherigen Berechnungen und Ermittlungen bestehen Ansprüche der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber der westdeutschen Bundesrepublik bzw. teils gegenüber den Westberliner Besatzungsmächten in folgender Höhe:

1.	Erstattung für von der DDR geleistete Reparationen	12.928 Mio DM DBB
2.	Schadenersatz für die der DDR durch Abwerbung, Menschenhandel und sonstige Wirtschaftsdiversionen unter Ausnutzung der offenen Grenze entstandenen ökonomischen Verluste	85.260 Mio DM DBB
3.	Ansprüche der DDR gegenüber der Bundesrepublik und den Besatzungsmächten auf Schadenersatz für gestohlene Patente, Warenzeichen und andere Rechte zahlbar zum überwiegenden Teil in freien Valuten	742 Mio DM DBB
4.	Beteiligung an westdeutschen Unternehmen mindestens	3.000 Mio DM DBB
Gesamt		101.930 Mio DM DBB

Dieser Betrag stellt die bisher berechneten und erfaßten Ansprüche der Deutschen Demokratischen Republik dar.

A n l a g e 11

Nettogewinnerwirtschaftung in Mio VM - Intrac und Zentral-Kommerz und staatliche Vertretergesellschaft Transinter

	1965			1966			1967		
	Gewinn	Anzahl d. Besch.	Ø-Gewinn d.Besch.						
Intrac	21	26	0.8	25	41	0.61	39	61	0.64
Zentral-Kommerz	37	44	0.84	46	49	0.94	50	62	0,80
Transinter (alle staatl. VG)		-			-		6.3	37	

Sondergeschäfte u.Wettbewerbs-aufgaben

	1968			1969 (Plan)			1970 (Plan)			1971/75 (Plan)		
Intrac	70	83	0.84	105	125	0.48	100	174	0.57	520	Ø 200	0.54
Zentral-Kommerz	52	80	0.65	63	100	0.63	63	130	0.49	400	Ø 150	0.5
Trans-inter	8.0	86	0.033	10.5	136	0.076	14	160	0.067	130	Ø 200	0.1

Wesentliche Ursache für Verringerung der Pro—Kopf-Gewinne in den Außenhandelsgeschäften ist die verstärkte Aufnahme bisheriger Gewinn quellen in den Plan. Dabei verlagert sich die Tätigkeit der Handels-gesellschaften immer stärker auf dem internationalen Markt. Die Spit-zengewinne pro Beschäftigte internationaler Handelshäuser werden auf den unversteuerten Gewinn berechnet auf ca. 80 TUS $ geschätzt.
Ein Verhältnis zwischen Lohn und Gewinn — 1:10 — 1:17

Arzinger, R. — Die Rolle der Gesetzgebung im System der friedensgefährdenden Politik der westdeutschen Bundesrepublik
in: Neue Justiz 1966, S. 521

Arzinger, R. u.a. — Gutachten im Prozeß gegen Hüttenrauch/ Latinsky vor dem Obersten Gericht der DDR
unveröffentlicht

Berger/Reinhold — Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung
Dietz Verlag Berlin 1966

Bertling, G. — Die Latenz im Bereich der Betrugs- und Wirtschaftskriminalität
in: Kriminalistik, Hamburg, Nr. 12/63 und 1/64

Beyer, G. — Die Aufklärung und Bekämpfung der staatsfeindlichen Tätigkeit imperialistischer Geheimdienste und Konzerne auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen mit dem nichtsozialistischen Ausland durch offensive Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern
Diplomarbeit, Juristische Hochschule Potsdam 1965, Reg.-Nr. D 190

Breshnew, L.I. — Für die Festigung des Zusammenschlusses der Kommunisten - für einen neuen Aufschwung des aniimperialistischen Kampfes
(Rede auf der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, 7. Juni 1969)

Cassier, B.C. — Wer bestimmt die Geschäftspolitik der Großunternehmer?
Frankfurt/Main 1962

Charisius, A. — Zur Rolle von Spionage und Diversion in den Blitzkriegsplänen des deutschen Generalstabes
in: Militärwesen 1962, Heft 9

Dohnanyi, K.v. — Japanische Strategien oder Das deutsche Führungsdefizit
R. Piper & Co. Verlag München 1969

Eck, H. — Zur Rolle der Unternehmerverbände im Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik
Dissertation, Juristische Hochschule Potsdam, Reg. Nr. 48/67

Faude/Tiedtke — Die Absatzorganisation im Außenhandel
Verlag die Wirtschaft, Berlin 1968

Feig, F. — Die Methoden und Mittel sowie Möglichkeiten des Gegners, durch Abschöpfung von Reisekadern der VVB Werkzeugmaschinen in das nichtsozialistische Ausland Informationen zu erlangen. Aufgaben und Schlußfolgerungen für die Organisierung der Abwehrarbeit gegen die ökonomische Spionage
Diplomarbeit, Juristische Hochschule Potsdam, Reg.Nr. D 200

Frenzel/Schwarz — Das staatsmonopolistische Herrschaftssystem und die "Oberweltkriminalität" auf wirtschaftlichem Gebiet
in: Neue Justiz 1966, S. 217 ff

Frenzel/Schwarz — Westdeutsche Oberweltkriminalität,in: Forum der Kriminalistik 1967 Nr. 1

Grunert/Abisch — Zur wirtschaftlichen Störtätigkeit des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems Westdeutschlands gegen die führenden Industriezweige der Deutschen Demokratischen Republik
Dissertation, Juristische Hochschule Potsdam, 1967 VVS

Haak, E. — Zur Rolle des westdeutschen Imperialismus bei der Entwicklung des Handels zwischen sozialistischen Staaten und kapitalistischen Staaten
in: Schriftenreihe "Probleme der kapitalistischen Weltwirtschaft" Nr. 7, Verlag die Wirtschaft, Berlin 1966

Halbritter, W. — Die Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR und seine umfassende Anwendung in den Jahren 1971 bis 1975
in: Einheit 1969 Heft 9/10, Seite 1338 ff

Heinitz, W. — Arbeitsweise und Methodik des Bundesnachrichtendienstes (BND) gegen die Deutsche Demokratische Republik
Diplomarbeit, Juristische Hochschule Potsdam, Reg.Nr. D 404

Hemberger/Maier/Petrak/REinhold/Schwank — Imperialismus heute
Dietz Verlag, Berlin 1965

Hemberger/Schwank — Ursachen und Erscheinungsformen der Aggressivität des westdeutschen Imperialismus
in: Einheit 1968, Heft 8, S. 1005 ff

Hentig, H.v. — Die unbekannte Straftat
Springer Verlag, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1964

Hofmann, R. — Zur Problematik des Kampfes zwischen sozialistischer und bürgerlicher Ideologie in der DDR
Juristische Hochschule Potsdam,Reg.Nr. 284/66

Honnecker, E. — Aus dem Bericht des Politbüros an die 10. Tagung des ZK der SED
Dietz Verlag,Berlin 1969

Kleber, W. — Die Abschöpfung als eine spezifische, gefährliche Methode der Informationssammlung durch Vertreter kapitalistischer Wirtschaftsunternehmen unter Ausnutzung kommerzieller und wissenschaftlich-technischer Beziehungen im Bereich des Industriezweiges Elektrotechnik/Elektronik
Diplomarbeit, Juristische Hochschule Potsdam, Reg.Nr. 208/69

Kleiber, G. — Automatisierung und Datenverarbeitung
in: Einheit 1969, Heft 9/10, Seite 1171 ff

Koch, P. — Die politisch-operativen Erfahrungen aus der Bearbeitung eines Sabotageverbrechens
Diplomarbeit, Juristische Hochschule Potsdam 1965, Reg.Nr. D 64

Lehmann/Wenzel — Einige Aufgaben der Qualifizierung der politisch-operativen Leitungstätigkeit und der Arbeit mit IM zur komplexen Sicherung der Außenwirtschaftsbeziehungen der führenden Industriezweige mit nicht-sozialistischen Ländern
Diplomarbeit, Juristische Hochschule Potsdam, Reg.Nr. D 299

Lenin, W.I. — Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht
in: Werke Band 27, Seite 247 ff

Lenin, W.I. — Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus
in: Werke Band 22, Dietz Verlag, Berlin 1960

Lenin, W.I. — Über eine Karrikatur auf den Marxismus
in: Werke Band 23, Dietz Verlag, Berlin 1957

Maier, L. — Lenins Imperialismus-Theorie und der gegenwärtige staatsmonopolistische Kapitalismus
in: Einheit 1969, Heft 9/10, S. 1245 ff

Mielke, E. — Interview mit Radio DDR vom 23.4.63

Mielke, E. — Rede zur Festveranstaltung anläßlich der Verleihung des Status einer Hochschule an die Juristische Hochschule Potsdam am 29. 6. 65
unveröffentlicht

Mittag, G. — Erfolgreiche Verwirklichung des ökonomischen Systems des Sozialismus - Ausdruck der kontinuierlichen marxistisch-leninistischen Politik unserer Partei
in: Einheit 1969, Heft 9/10, Seite 1092 ff

Puder, H. — Ökonomie und Ideologie
in: Einheit 1969, Heft 7, Seite 809 ff

Richter, K. — Zur Analyse von Staatsverbrechen gegen die Ökonomik der Deutschen Demokratischen Republik, die von imperialistischen Geheimdienstes ausgehen
Dissertation, Berlin 1965, Humboldt-Universität

Rothe, J. — Die Angriffsrichtung der Spionagetätigkeit des Bundesnachrichtendienstes gegen die Volkswirtschaft der DDR, insbesondere auf dem Gebiet der Elektrotechnik und die Untersuchung bestimmter Zusammenhänge zwischen Spionage und Sabotage in diesem Industriezweig
Diplomarbeit, Juristische Hochschule Potsdam, Reg.Nr. D 324

Schürer, G. — Die Entwicklung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR
in: Einheit 1969, Heft 9/10, S. 1149 ff

Servan-Schreiber,J.J. Frankreich steht auf
Hoffmann & Campe Verlag, Hamburg 1968

Stecker, R. Das System der Sicherung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR mit nichtsozialistischen Ländern gegenüber der ökonomischen Störtätigkeit des Gegners
Juristische Hochschule Potsdam, Reg. Nr. 188/68

Strauß, F.J. Herausforderung und Antwort - ein Programm für Europa,
Seewald Verlag München

Strauß, F.J. Entwurf für Europa
Seewald Verlag München

Stoph, W. Über die Reise der Partei- und Regierungsdelegation der DDR in der Sowjetunion (Bericht auf der 11. Tagung des ZK der SED)
Dietz Verlag, Berlin 1969

Ulbricht, W. Die gesellschaftliche Entwicklung der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus
Referat auf dem VII. Parteitag der SED
Dietz Verlag, Berlin 1967

Ulbricht, W. Zur Geschichte der neuesten Zeit
Dietz Verlag, Berlin 1955, Bd. I
1. Halbband

Ulbricht, W. Fünf Jahre nach unserer siegreichen Klassenschlacht am Brandenburger Tor
in: Neues Deutschland vom 14. 8. 66

Ulbricht, W. Die Deutsche Demokratische Republik, die europäische Sicherheit und die Entspannung der Beziehung zwischen beiden deutschen Staaten
Dietz Verlag, Berlin 1966

Ulbricht, W. Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus
Dietz Verlag, Berlin 1967

Ulbricht, W. — Festigen wir die Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiter-Bewegung, stärken wir den Internationalismus! (Rede auf der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, 9.6.69)
Dietz Verlag,Berlin 1969

Weiss, G. — Für eine höhere Stufe der Zusammenarbeit im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
in: Einheit 1969, Heft 9/10, Seite 1162 ff

Autorenkollektiv — Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR
Dietz Verlag, Berlin 1969

Autorenkollektiv — Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
Dietz Verlag, Berlin 1966, Bd. 6 - 8

II

Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969
Dokumente, Dietz Verlag, Berlin 1969

Analysen, Einschätzungen und Berichte operativer Abteilungen und der Untersuchungsabteilungen des MfS; der Zollverwaltung und Zollermittlung der DDR

Analysen und Informationen des Ministeriums für Außenwirtschaft der DDR

DWI-Berichte
Deutsches Wirtschaftsinstitut Berlin

Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Brandt
Der Tagesspiegel vom 29. 10. 1969, S. 5

Tätigkeitsberichte des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik, 3. Vierteljahr 1968 (Vorabdruck)

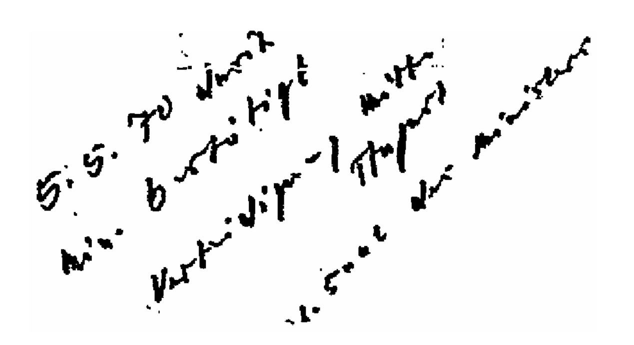
Strukturbericht 1969 (Bundesminister für Wirtschaft, Bonn, Juli 1969)

14. Promotionsverfahren

Schalck-Golodkowski / Volpert

[14. PV]

Juristische Hochschule Potsdam



bestä

Juristische Hochschule Potsdam 6. 5. 1970

Aktennotiz

Forschungsvorhaben 1970

1. Dem Gen. Minister wurde am 5. Mai 1970 die Übersicht über die im Jahre 1970 zum Abschluß zu führenden Forschungsvorhaben vorgelegt, aus der zugleich ersichtlich ist, mit welchen Führungsdokumenten die einzelnen Forschungsarbeiten abschließen.

2. In bezug auf den Abschluß der Forschungsarbeit der Genossen Volpert und Schalk wurde vom Gen. Minister wie folgt entschieden:
   a) Die Verteidigung der Forschungsarbeit wird beim Genossen Minister mit dem von ihm bestätigten Teilnehmerkreis durchgeführt (Teilnehmer siehe Vorlage von Oberstltn. Dr. Janzen).
   b) Die Genossen Volpert und Schalk haben die Bedingungen eines Promotionsverfahrens ordnungsgemäß zu erfüllen.
   c) Als Termin für die Verteidigung wird vom Genossen Minister Mitte August 1970 vorgesehen.

3. Nach Rücksprache mit dem Direktor für Forschung und den zuständigen Sektionsleitern haben die Genossen Volpert und Schalk in Übereinstimmung mit der Promotionsordnung folgende Prüfungen abzulegen:
   a) Nachweis der Vertiefung der marxist.-leninistischen Kenntnisse durch mündliche Prüfung beider Doktoranden
   b) Prüfungen in theoretischen Grundlagen:
      - Genosse Volpert auf dem Gebiet der Bekämpfung der wirtschaftl.-Störtätigkeit (Fachbereich VII)
      - Genosse Schalk auf dem Gebiet der äußeren Abwehr (Fachbereich VI)

Pö

Prof. Dr. habil. Pösel
Oberst

Juristische Hochschule Potsdam 4. 5. 1970

bestätigt: Mielke
Generaloberst
Minister für Staatssicherheit

M a ß n a h m e p l a n

für den Abschluß der Dissertation der Genossen Volpert und Schalck-Golodkowski

---

Thema der Dissertation: Zur Bekämpfung der imperialistischen Störtätigkeit auf dem Gebiet des Außenhandels (GVS)

Termin der Verteidigung: Ende Mai

Abnahme der Verteidigung:

I. Für die Durchführung des Promotionsverfahrens werden folgende Gutachten benötigt:

1. Gutachten des Genossen Minister (wird durch den Direktor für Forschung vorbereitet)

2. Gutachten des Genossen Oberstltn. Dr. Janzen

II. Die Verteidigung findet vor folgendem Forum statt:

1. Rektor der Juristischen Hochschule

2. Genosse Generalmajor Mittig

3. Genosse Generalmajor Fruck

4. Genosse Oberstltn. Dr. Janzen als wissenschaftl. Betreuer
5. Genosse Major Dr. Abisch als wissenschaftl. Betreuer

Die Verteidigung findet in geschlossener Sitzung statt. Es werden keine anderen Teilnehmer zugelassen

III. Verlauf der Verteidigung:

1. Eröffnung des Verfahrens durch den Rektor der Juristischen Hochschule
2. Verlesen des Gutachtens des Genossen Minister (durch den Rektor)
3. Gutachten des Genossen Oberstltn. Dr. Janzen
4. Vortrag der Autorenreferate der Genossen Volpert und Schalck-Golodkowski
5. Stellungnahmen
6. Verkündung und Begründung des Beschlusses

An der Hochschule wird kein Exemplar der Dissertation archiviert.

Ministerium für Staatssicherheit 20. 5. 1970
Juristische Hochschule Potsdam

P l a n

zum Abschluß des Forschungsvorhabens der Genossen Volpert und Schalck-Golodkowski

---

Thema der Arbeit: "Zur Bekämpfung der imperialistischen Störtätigkeit auf dem Gebiet des Außenhandels"

Termin der Verteidigung: Ende Mai 1970

Zusammensetzung der Senatskommission:

als Gutachter: Generaloberst Mielke

Oberstltn. Dr. Janzen

Vorsitzender: Oberst Prof. Dr. habil. Pösel

Mitglieder: Generalmajor Mittig
Generalmajor Fruck
Major Dr. Abisch

Ablauf der Verteidigung:

1. Vorberatung der Senatskommission
2. Eröffnung der Verteidigung
3. Vortrag der Gutachten:
   - Generaloberst Mielke
   - Oberstltn. Dr. Janzen
4. Autorenreferate
   - Genosse Schalck-Golodkowski
   - Genosse Volpert
5. Diskussion und Stellungnahmen der Doktoranden
6. Beratung der Senatskommission
7. Verkündung der Beschlüsse der Senatskommission

Berlin, den 26. 5. 1970

Gutachten

zur Dissertation der Genossen Schalck und Volpert
(siehe Thema)

Die vorliegende Dissertation ist eine bedeutende und mutige wissenschaftliche Arbeit zur weiteren Gestaltung, Effektivierung und Sicherung unserer Außenwirtschaftsbeziehungen mit dem NSW.

Die in der Arbeit durchgängig vorgenommene Analyse unserer außenwirtschaftlichen Aktivitäten - aber auch die des Gegners auf diesem Gebiet — charakterisiert anschaulich die inneren und äußeren Einflußfaktoren bzw. Störgrößen und deren Wirkung auf die Außenwirtschaftsbeziehungen unserer Republik.

Die Genossen Schalck und Volpert konzipieren aufgrund dieser Erkenntnisse in ihrer Arbeit durchgehend ein ganzes System von praktisch möglichen — notwendigen! - Regelungen zur Vermeidung ökonomischer Verluste, Erwirtschaftung zusätzlicher Mittel u. a. Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftspotentials der DDR.

Die Wissenschaftlichkeit und Praktikabilität der vorliegenden Untersuchungen kommt auch darin zum Ausdruck, daß es die Verfasser verstanden haben, die Außenwirtschaftsbeziehungen nicht nur theoretisch in das unmittelbare Feld des Klassenkampfes einzuordnen; die Schlußfolgerungen und Aufgaben begründen sich zu einem beachtlichen Teil auf bewährte

Erfahrungen, sie bedeuten die kontinuierliche Portsetzung eines richtigen Weges zur effektiveren Gestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen, zur wirkungsvolleren Bekämpfung der gegnerischen Störtätigkeit.

In diesem Zusammenhang sind von besonderer politischer und operativer Bedeutung die von den Verfassern unterbreiteten Vorschläge zur stärkeren Einbeziehung solcher spezifischer Kontrollorgane wie Zoll und Intercontrol in das System der Sicherung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR.

Mit der gründlichen und umfassenden Behandlung des westdeutschen Schuldkontos gegenüber der DDR wenden sich die Verfasser einem Problem von außerordentlicher politischer und ökonomischer Bedeutung zu.
Sie begründen politisch, ökonomisch und rechtlich die Nutzung gewisser ökonomischer Vorteile aus den Handelsbeziehungen mit Westdeutschland und Westberlin und zeigen neue Möglichkeiten, das Wirtschaftepotential des Feindes im Interesse der Stärkung unserer DDR zu nutzen.

Von hohem praktischen Wert sind die wissenschaftlich fundierten Untersuchungen und Vorschläge:

- zur Realisierung von finanziellen Forderungen der DDR gegenüber Westdeutschland und Westberlin,
- zur Rolle und Stellung der internationalen Handelsfirmen INTRAC und ZENTRALKOMMERZ,
- zur Nutzung der kapitalistischen Wirtschaftspraxis im Interesse und zu Gunsten der DDR.

Bei der Behandlung dieser Fragen gehen die Genossen Schalck und Volpert zurecht davon aus, daß die Realisierung der unterbreiteten Vorschläge ein komplizierter und teilweise langwieriger Prozeß sein wird.

Wenn die Genossen im Abschnitt 2 und 3 ihrer Arbeit die Schaffung der objektiven Voraussetzungen bzw. Systemregelungen für die Gestaltung und Sicherung effektiver Außenwirtschaftsbeziehungen hervorheben, so tun sie das stets im Zusammenhang mit dem ideologischen Klärungsprozeß. Sie messen dem staatsbewußten Handeln der Menschen große Bedeutung bei.

Wir sind uns darüber klar; das ist das entscheidende Problem.
Ich verweise nur auf die Kadersituation bei Intercontrol, auf die in der Arbeit ausgewiesene Kräftebilanz für Transinter, Intrac, Zentralkommerz. Eine beachtliche Anzahl politisch zuverlässiger Spezialisten - auch mit soliden Rechtskenntnissen — wird benötigt.
Viele müssen das Format eines tschekistischen Einzelkämpfers besitzen.

Der 1. Abschnitt der Arbeit - die Existenz und Praktiken eines gefährlichen Gegners - belegen die Bedeutung der Vorbereitung und ständigen praktischen Erprobung der Menschen für diese Aufgaben;
die Arbeit ist eine wissenschaftliche Begründung des Klassenauftrages unserer Partei und Staatsführung -
"dem Feind mit allen uns zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten, durch Anwendung seiner eigenen Methoden und Moralbegriffe, Schaden zuzufügen sowie die sich bietenden Möglichkeiten des feindlichen Wirtschaftspotentials zur allseitigen Stärkung der DDR voll zu nutzen."

In ihren Untersuchungen sahen sich die Verfasser einer umfangreichen Problematik gegenüber.
Umso höher ist es zu bewerten, daß sie wirkliche Schwerpunkte erfaßt und zu Schlußfolgerungen gekommen sind, die auf dem Gebiet der Außenwirtschaft der DDR wichtige theoretische Grundlagen erschließen.

Die Genossen Schalck und Volpert sind dem Anliegen des Themas sowie den Anforderungen einer Dissertation voll gerecht geworden.
Die Arbeit wird zur Annahme als Dissertation empfohlen.

Ministerium für Staatssicherheit
Juristische Hochschule Potsdam

am 26. Mai 1970

Geheime Kollegiumssache

Reg.-Nr. /70
Ex.-Nr.

Beschlüsse der Kommission

Die Kommission des Senats der Juristischen Hochschule hat zum durchgeführten Dissertationsverfahren der Genossen Alexander Schalck-Golodkowski und Heinz Volpert folgende verbindliche Feststellungen getroffen:

1. Die Dissertation

"Zur Bekämpfung der imperialistischen Störtätigkeit auf dem Gebiet des Außenhandels",

- der Juristischen Hochschule im Ergebnis eines Forschungsauftrages vom Genossen Schalck-Golodkowski und Genossen Volpert vorgelegt, wird angenommen.

2. Den Genossen Schalck-Golodkowski und Volpert wird der wissenschaftliche Grad eines Doktors der Rechtswissenschaften verliehen.

Die Promotionsleistungen der Genossen Schalck-Golodkowski und Volpert werden mit dem Prädikat

magna cum laude

bewertet.

Pösel

3. Begründung der Entscheidung

Die Gesamteinschätzung der Promotionsleistung beruht

- auf den schöpferischen Leistungen der Doktoranden bei
- der Lösung des genannten Forschungsthemas,
- auf den Verteidigungsleistungen, einschließlich der Autorenreferate,
- auf den Ergebnissen der mündlichen Prüfungen.

Die vorgelegte Dissertationsschrift - ein Forschungsauftrag des Ministers für Staatssicherheit - leistet einen ent-entscheidenden Beitrag zur weiteren Gestaltung und Komplettierung des politisch-operativen Systems der Sicherung der Außenwirtschaft der DDR gegen die raffinierter und gefährlicher werdenden Störversuche des Imperialismus. In der Arbeit werden praktisch und theoretisch bedeutsame Probleme untersucht. Die Autoren legen eine wissenschaftlich begründete Konzeption und praktikable Empfehlungen sowohl für die weitere Qualifizierung des Schutzes unserer Außenhandels beziehungen und die Vermeidung ökonomischer Verluste als auch für die Erwirtschaftung zusätzlicher Devisen vor.

Auf der Grundlage einer umfassenden wissenschaftlichen Analyse werden konstruktive Vorschläge zur Beseitigung ökonomischer Verlustquellen unterbreitet. Überzeugend orientiert die Forschungsgruppe auf die Notwendigkeit des frühzeitigen Aufdeckens ihrer Ursachen und begünstigenden Bedingungen, um größeren Schäden in der Volkswirtschaft der DDR vorzubeugen.

In vieler Beziehung können die Untersuchungsergebnisse zu Recht als eine Neuerschließung wichtiger theoretischer Grundlagen für die Sicherung der Außenwirtschaft bezeichnet werden. Das gilt insbesondere in bezug auf

- die allseitige ökonomische Stärkung der DDR unter Ausnutzung des Wirtschaftspotentials des Feindes,
- die Realisierung von finanziellen Forderungen der DDR gegenüber Westdeutschland, und nicht zuletzt
- die Erwirtschaftung freier Devisen als einem spezifischen Klassenauftrag spezieller Außenwirtschaftsorgane.

Der hohe Wert der Dissertation ist vor allem aber darin zu sehen, daß die Doktoranden bei allen Problemstellungen stets richtig vom marxistisch-leninistischen Klassenstandpunkt ausgegangen sind und die Beschlüsse der Partei sowie die Befehle und Dienstanweisungen des Ministers schöpferisch angewandt haben.

Darüber hinaus ist es der Forschungsgruppe gelungen, zu solchen theoretisch und praktisch bedeutenden Grundfragen weiterführende Aspekte aufzuwerfen wie

- kriminologische Analyse des konspirativen raffinierten Vorgehens der Konzerne,
- Methodik der Analyse der schädigenden Auswirkungen des Systems der ökonomischen Störtätigkeit.

Die Autorenreferate beider Genossen sind als eine echte schöpferische Weiterführung von solchen wissenschaftlichen Leistungen zu bewerten, die in der Arbeit als Ansätze vorhanden waren.

Die Diskussion ergab, daß beide Doktoranden mit hoher Sachkenntnis und mit der notwendigen wissenschaftlichen Exaktheit die Forschungsergebnisse verteidigten.

[Transkript HT]

Prom. Verfahren Gen. Schalck/Volpert

- Gutachten Gen. Mittig
- Gutachten Dr. Janzen

- Gen. Volpert
  - Latenz d. Feindtät.
  - leitende MA nutzen / Rolle d. GO i. [...]
  - neue Meth.: Einschaltung kleinere [...]
  - Einschaltung nationale Vertreterorg.
  - Transinter hat Aufg. (Verdrängung d. [...]) nur ungenügend erfüllt

  ideol. Kampf

  einige unserer Funkt. weichen zurück

  - Aquisition -

Gen. Schalck

Finanzierung

- durch Eintreibung von Schulden
- Import als schlüsselfertige Anlage
- Bezahlung erst nach Funktionstücht.
- op. Sich.Probl.
  - Monteure, Lieferanten, Reisev[...]
  - pol. u. soziale Betreuung d. A[...]

[Transkript HT]

- Verbot an [Wd].Bg., Westfernsehen

Bsp. der Nutzung des Feindpotenzials für
Erarbeitung von Devisen

- Import außerplanmäßig
- Einbeziehung in [Ja]-Pl. erst nach vollzogener Bezahlung

abgedeckte Firmen [im] Bereich Kommerzielle Koord.

Gen. Fruck

Angriff des Feindes wird sich verschärfen

- op.Tät. ^ [mgl.] nicht zu sehr mit kommerzielle Aufg. vermischen
- Vertreter der KA verdrängen -
  aber = viele Kap.Vertreter haben für uns gute Arb. geleistet

  harter Kurs wirft Probl. auf

  welche Meth. sind notw. ?

  Sie kommen sonst in überprüf. M[...] hinein !

- Nutzung der Tarnfa. für Aufkl.

  Meth. durchdenken

  Leichtsinn, Fehler

[Transkript HT]

Gen. Minister

- Arb. von Zuständigk. trennen.
- Grundsatz d. Arb.
  - von Kap. holen, was man kann
    - ist das heute richtig ?
  - Gefahr, Gegner kann erkennen, welche Entw.Linie wir haben - ~~sichern~~

- ist die Durchführung real ? (Verdrängung)

  schaffen wir das ?

- Dienen wir damit der Störfreimachung ?

- Warum verzichtet WD auf Sollausgleich ?

- RL 121/69 u. 65 beachten bei Ausarb.der neuen Ordn. !

  Dir. Grundl. für neue Anweisung Min.Rat

- nicht Einschätzung ist das Wichtigste, sondern Veränderung.

- Realisierung hängt von Kräften ab.

  Wer/Wen !

  Qualität des Handels heben

  WD will uns zum Versuchsfeld für O-S[...] [usw]. machen

[Transkript HT]

Minister (Schluß)

- Wi. DDR stärken - pol. Machtzuwachs
- Handel mit WD → welche Ausw. auf soz. Länder
  - richtige Informierung & richtige Lage (an soz. Ld.)

WS erkennen

- Probl. als „Anhang"
  - Wer löst die Bestandteile auf für die Linien !
    - Freihafen usw. -
- Diss. diente ökon. Zwecken
  - [welche] gem. Gesellsch. brauchen wir für ökon. u. welche für nachrichtendienstl. Zwecke.

- Wenn uns die Kap. nichts geben, müssen wir den Soz. dennoch aufbauen

- Rechtschreibung

- Verbleib d. Exemplare
  1 an der HSch
  - Sperrvermerk (Minister)
    Aufbewahren im verschl. Umschlag

[Transkript HT]

Gen. Schalck

- Inanspruchnahme des fdl. Potentials in jedem Falle notw.
- Warum verzichtet WD auf Sollausgl.
  - eigenes Opfer
- Ausschaltung
- Reisen durch die Rep. einschränken
- Gemischte Gesellsch.
  nur vertretbare Mögl. durchsetzen.

Gen. Minister

- Krit. Herangehen seitens d. Dokt.
  - sehr kompliziertes Thema
- „Reparationen" muß raus
- Geheimhaltungscharakter
- Arb. ist noch nicht fertig, weil der Prozeß selber noch läuft.
- Ausführungen der Autoren
  „SU kann nicht alle Bedürfn. decken"
  „Dialektik Handel mit Westen, Stärkung soz. Ld., Stärk. soz. Lager
  - das wollen alle soz. Länder!
  - Abhängigk. !!

Begründen, daß wir ohne auch den Soz. aufbauen !

1. Untersuchungsausschuß
"Kommerzielle Koordinierung"
- Sekretariat -

Bonn, 12. Oktober 1992
Tel. 7394

Vermerk

Betr.: Teilbericht

hier: Authentizität des vorliegenden Exemplars der Schalckdissertation

Bezug: Telefonat des Sekretariats mit Herrn Dr. Schalck-Golodkowski am 12.10.1992

Herrn Dr. Schalck-Golodkowski wurde seinerzeit vom Sekretariat ein Abdruck des hier vorliegenden Exemplars seiner Dissertation übersandt.

Mit dem Telefonat wurde das Ziel verfolgt, die Authentizität des vorgelegten Exemplars durch Schalck bestätigen zu lassen.

Schalck sieht sich aber außerstande, eine definitive Bestätigung hierzu abzugeben, hält das Exemplar jedoch mit "einem nicht geringen Grad an Wahrscheinlichkeit" für das von ihm und Volpert verfaßte Gemeinschaftswerk.

Wegen der überwältigenden Menge der in 20 Jahren verfaßten Dokumente sei es ihm auch bei gehöriger Anstrengung der Geistestätigkeit ohne Vorlage des Originals nicht möglich, ein zufriedenstellendes Maß "hoher Genauigkeit" insbesondere bezüglich der Authentizität des die inneren Zusammenhänge im MfS behandelnden Teils sowie hinsichtlich einzelner Details zu gewinnen.

Unter Hinweis darauf, daß der Ausschuß seine Bemühungen um eine Unterstützung der Untersuchungsarbeit inzwischen kennengelernt haben müßte, wirbt Schalck um Verständnis für seine Zurückhaltung in dieser Frage. Er sehe die Dissertation jetzt zum ersten Mal wieder. Er habe zuvor nie Gelegenheit gehabt, sie einzusehen, da die letzte Arbeit noch am Tage ihrer Fertigstellung "beschlagnahmt" und als Vertrauliche Verschlußsache behandelt worden sei. Eine eigene Ausfertigung sei seinerzeit auch nicht bei seinen Unterlagen verblieben.

Die Unsicherheit in der Beurteilung führt er des weiteren darauf zurück, daß es sich um eine Gemeinschaftsarbeit zweier Autoren handelt, bei der zwar alle Teile von beiden Autoren vertreten werden, aber doch aufgrund der jeweils eigenen Tätigkeitserfahrungen Unterschiede im Grad der tatsächlichen Einflußnahme auf die einzelnen Dissertationsabschnitte nicht zu leugnen seien.

Auf Vorhalt rang sich Schalck zu der Bestätigung durch, daß jedenfalls der Abschnitt "Gewinnermittlung" seine Feder erkennen lasse - dazu werde er "wohl stehen müssen". Titel, Gliederung und Duktus der Arbeit seien korrekt.

Er könne aber nicht für die Authentizität des vorgelegten Exemplars in toto geradestehen, zumal es mehrere Entwürfe gegeben habe.

Heymer

(Dr. Heymer)